PROTOKOLL

über die 24., ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Donnerstag, dem 17. Dezember 1970, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Öffentliche Sitzung

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:
Bürgermeister Josef Fellinger

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:
Leopold Petermair
Franz Weiss

STADTRÄTE:
Alfred Baumann
Alois Besendorfer
Rudolf Fürst
Konrad Kinzelhofer
Manfred Wallner
Leopold Wippersberger

GEMEINDERÄTE:
Johann Brunmair
Vinzenz Dresl
Franz Enöckl
Karl Feuerhuber
Karl Fritsch
Franz Frühauf
Dr. Hermann Gärber
Karl Gherbetz
Johann Heigl
Ing. Johann Holzinger
Anna Kaltenbrunner
Walter Kienesberger
Johann Knogler
Friedrich Kohout
Rudolf Luksch
Franz Mayr
Therese Molterer
August Moser
Walter Moser
Helmut Pils
Erich Sablik
Hubert Saiber
Heinrich Schwarz
Prof. Dr. Konrad Schneider
Dr. Alois Stellnberger
Johann Zöchling

VOM AMTE:
Magistratsdirektor Obersenatsrat
Dr. Karl Enzelmüller
Magistratsdirektor-Stellvertreter
Senatsrat Dr. Johann Eder
Oberamtsrat Ludwig Stary

PROTOKOLLFÜHRER:
Oberamtsrat Alfred Eckl
VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

1) Ha-3500/70 — Antrag auf Feststellung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1971.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:
Werte Damen und Herren!

Ich darf Sie zur heutigen Gemeinderatsitzung begrüßen. Sie ist beschlußfähig, da genügend Gemeinderäte anwesend sind. Gegen die Tagesordnung wurde kein Einspruch erhoben, auch nicht vor Sitzungsbeginn. Als Protokollprüfer werden vorgeschlagen Herr Gemeinderat Heigl und Herr Gemeinderat Knogler. Ich bitte Sie, diese Funktion zu übernehmen. Nachdem ich den 1. Tagesordnungspunkt zur Berichterstattung selbst habe, bitte ich Herrn Kollegen Weiss, den Vorsitz für die Dauer des Vortrages zu übernehmen. (Entschuldigt Gemeinderat Ing. Böhm, Gemeinderat Dr. Stellnberger erscheint um 15.20 Uhr).

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister zur Referierung über den Voranschlag 1971 das Wort!

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates und der Presse!

In der heutigen Gemeinderatsitzung hat sich der Gemeinderat mit der Beratung und der Beschlußfassung über das Budget 1971 zu beschäftigen.

Sie sind im Besitze des schriftlichen Zahlenmaterials.

In der Finanz- und Rechtsausschußsitzung bzw. im Stadtsenat vom 19. November 1970 wurde beschlossen, den Entwurf des Haushaltsvoranschlages 1971 dem Gemeinderat in der heutigen Sitzung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Gemäß § 50, Abs. 3 des Gemeindestatutes der Stadt Steyr, wurde der Voranschlagsentwurf öffentlich aufgelegt. Es wurden keine Erinnerungen eingebracht. Auch in den Sitzungen des Stadtsenates und des Finanz- und Rechtsausschusses wurde keine Einwendung von den im Gemeinderat vertretenen Parteien bzw. Mitgliedern des Gemeinderates erhoben.

Die Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag 1971 umfaßt neben den Ein- und Ausgängen des ordentlichen Haushaltes, des außerordentlichen Haushaltes, auch den Finanzplan der Städt. Unternehmungen, den Voranschlag für die Krankenfürsorgeanstalt der Beamten des Magistrates Steyr, den Voranschlag der Stiftungen, spezielle Nachweise über den Personalaufwand, die allgemeinen Amtserfordernisse, die Gebäudeerhaltungs- und Benützungskosten, den Nachweis über den Schuldendienst, den Dienstpostenplan der Stadt Steyr und nachrichtlich den Wirtschaftsplan der GWG der Stadt Steyr.

Bevor ich jedoch den Vorsitzenden ersuchen werde, den Antrag zur Diskussion zu stellen und die Beschlußfassung zu erwirken, möchte ich doch einige grundsätzliche Gedanken zur finanziellen Situation unserer Gemeinde sagen, vielleicht auch in Relation gebracht zu Haushalten anderer Körperschaften bzw. - das will ich jetzt tun - auch in Beziehung gebracht zum Bruttonationalprodukt. Absolute Ziffern, wie sie auch in unserem Voranschlag verzeichnet sind, sagen vielleicht zu wenig über die wirtschaftliche Entwicklung unserer Gemeinde aus. Erst Gegenüberstellungen lassen ungefähr eine Relation erkennen, eine Relation des Standortes der finanziellen Entwicklung unserer Stadt selbst. Ich habe hier aus statistischem Material eine Gegenüberstellung, und zwar gipfelt diese darin, daß das Bruttonationalprodukt in der Zeit von 1955 bis heute - wir besitzen natürlich für 1970 noch keine statistisch genauen Unterlagen - interpoliert ungefähr um 300 % gestiegen ist, während die Haushaltsrechnung unserer Gemeinde, im or-

dentlichen Haushalt ebenso wie im außerordentlichen Haushalt, nur rund eine 60 %ige Steigerung im selben Zeitraum erfahren hat. Ich will diese Ziffer nicht analysieren und es gäbe noch eine Reihe von Gesichtspunkten, die man bei jeder Gegenüberstellung beachten müßte. Aber grundsätzlich will ich diese Gegenüberstellung aus dem Grund gemacht haben, um zu dokumentieren, daß man den Gemeinden weniger gibt; dies zeigt diese Gegenüberstellung nicht nur für die Gemeinde Steyr, sondern sie würde auch - das wissen wir aus statistischen Jahrbüchern - auf fast alle oder zumindest die Durchschnittsgemeinden passen. Vielleicht noch eine Ziffer aus diesem Zeitabschnitt gegenübergestellt, die auch typisch für die finanzielle Lage im Bezug auf unsere Investitionstätigkeit ist. Der Investitionsumfang der Gemeinde Steyr war im Jahre 1955 49,7 %; er wandelt sich sicher und ist auch keine stabile Größe in jenem Vergleich, auch erfährt er keine gleichförmige Entwicklung; aber wenn ich die folgenden Jahre zusammen erwähne zeigt sich, 5 Jahre später S 30 Mill., wieder 5 Jahre später S 19 Mill., dann wieder ein größerer Investitionsaufwand von S 41 Mill., im Jahre 1969 von S 25 Mill., für 1970 stehen uns die Ziffern der Rechnungen noch nicht im Detail zur Verfügung, wir werden aber feststellen können, daß ein leichteres Ansteigen der Investitionstätigkeit in der Gemeinde vorhanden war. Zusammengefaßt aber wieder in Relation gebracht zu anderen Investitionsaufwänden ist ein Gleichbleiben unserer Investitionen feststellbar, das heißt, wir sind mit den uns zur Verfügung gestellten Mitteln, Steuermitteln - Abgaben und Steuern, nicht in der Lage, den so notwendigen Investitionsnachholbedarf und den gegenwärtigen Bedarf zu steigern. Das vielleicht nur ganz kurz einleitend für die wirtschaftliche und finanzielle Situation in unserer Gemeinde in Relation gebracht zum Bruttonationalprodukt. Auch auf die Wertigkeit verschiedener Ausgabengruppen soll hingewiesen werden mit einem Blick auf die voraussichtliche Entwicklung der kommunalen Probleme in der Zukunft. Ich möchte auch grundsätzlich noch im Rahmen dieser kurzen - ich möchte sie einleitende Worte nennen - einige Feststellungen treffen, einige der Feststellungen, die wir heute vielleicht bewußt herausstellen oder die wir heute herausstellen wollen, um sie uns selbst wieder bewußt zu machen. Grundsätzlich zu unserem Aufgabengebiet gesagt. Das Aufgabengebiet der Gemeinde besteht aus einer Reihe von verpflichtenden Ausgaben, die vorwiegend unter dem Sammelbegriff Hoheitsaufgaben zusammengefaßt sind und einem Teil von freiwilligen Leistungen der Gemeinde. Diese freiwilligen Leistungen nehmen immer mehr und mehr zu, das ist eine Tatsache und gerade in dem Zeitabschnitt, in dem wir leben, in unserer Funktionsausübung, erleben wir, daß die freiwilligen Leistungen in ständig steigendem Maße von der Bevölkerung in Anspruch genommen werden und damit schon zu "Pflichtausgaben" gestempelt werden, deren Erfüllung von der Gemeinde mit besonderem Nachdruck gefordert wird.

Wenn wir heute in unserem Rahmen einen Katalog dieser beiden Aufgabenbereiche erstellen würden, - Sie selbst, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, würden den überwiegenden Teil der objektiv freiwilligen Leistungen einer Gemeinde vielleicht fälschlich unter die Gruppe "Pflichtausgaben" einreihen!

Eine Feststellung, die wir natürlich bei aller unserer Arbeit nicht übersehen dürfen und an der wir unsere Arbeit orientieren müssen, soll gerade beim Anlaß der Debatte über die Beschlußfassung unseres Haushaltsvoranschlages nicht übersehen werden. Ein

weiteres Symptom der Öffentlichkeitsarbeit ist es, daß diesem großen Verlangen nach Konsum öffentlicher Leistungen ein eklatantes Unteranbot auf diesem Sektor gegenübersteht. Ich verwende einen zeitgemäßen Ausdruck dafür - Infrastruktur-Leistungen, während am privaten Gütermarkt auf fast allen Gebieten ein großer Überfluß herrscht, sind diese weit zurückgeblieben.

Die Ursache liegt nun nicht daran, daß die Produktion und der Markt des persönlichen Konsums besser funktionieren. Der Unterschied besteht meiner Meinung nach vorallem darin - ich möchte nicht mißverstanden werden - daß man in dem einen Fall, im persönlichen Konsum jederzeit bereit ist, den wahren Preis für die Ware und für diesen Konsum zu bezahlen, während man den Konsum von Wohnungen, von Bildung, für die Benützung von Verkehrsanlagen und sonstigen Dienstleistungen diese Bereitschaft nicht aufbringt - am liebsten diese Leistungen gratis beziehen möchte.

Das sei keine Kritik, sondern eine Feststellung, mit der wir uns ständig in unserer Arbeit auseinandersetzen müssen.

Bei der Bereitstellung dieser öffentlichen steigenden Dienstleistungen ist auch auf das unterschiedliche Volkseinkommen Bedacht zu nehmen. Ich will diesen Satz nur damit untermauern, daß mit steigendem Volkseinkommen natürlich - ich komme zurück auf meine vorherige Feststellung - die Anforderungen durch die Vermehrung des persönlichen Konsums - ich sage nur einen Begriff Automobil - natürlich auch die Steigerung des Bedarfes und der Forderungen an die Öffentlichkeit mit steigen. Diese Situation, die - wie ich glaube - offen feststellbar ist, löst natürlich großes subjektives Unbehagen und Mißfallen breitester Bevölkerungsschichten hervor. Ich berühre hier ein momentan sehr aktuelles, heftig diskutiertes Thema der Festsetzung von Preisen für freiwillige Leistungen, die Bürgern oder Gruppen von Bürgern zur Verfügung gestellt werden.

Ich will gleichzeitig vorweg sagen, daß es viele Standpunkte in der Beurteilung dieser Frage geben kann. Ich will sie am besten durch zwei extreme Anschauungen grundsätzlich beleuchten.

Die eine: Ich komme auf die vor kurzem beschlossenen Kindergartentarife zu sprechen. Man könnte einen wahren Preis für diese Leistungen in Anspruch nehmen und das Extrem dazu, man könnte auch auf dem Standpunkt stehen, daß hier alles aus öffentlichen Mitteln getragen wird; Ich habe das heute gegenüber einer größeren Delegation, die vorgesprochen hat, auch nicht unerwähnt gelassen. Man könnte den Besuch des Kindergartens nicht nur als eine soziale Aufgabe, sondern auch als eine vorschulpflichtige und daher kostenlose Leistung ansehen.

Für den zweiten Fall muß allerdings dann im Rahmen eines allfälligen Finanzausgleiches ein anderer Kostenträger oder die Zurverfügungstellung von Steuergeldern an die Gemeinde geregelt werden. Gegenwärtig manövrieren wir ungefähr zwischen den beiden Standpunkten durch, wobei wir mit unseren zuletzt gefaßten Beschlüssen versuchten, den sozial schwächeren Schichten der Bevölkerung, gestaffelt bis zum Einkommen von S 8.000,- bis S 9.000,-, eine Subventionierung zuteil werden zu lassen. Darüberhinaus waren wir überwiegend im Gemeinderat der Meinung, solle doch der wahre Preis für diese freiwilligen Leistungen bezahlt werden. Möge dieses Beispiel für diverse andere Leistungen der Gemeinde auf dem Sektor Sport, Kultur, Verkehr, Wohlfahrt, stellvertretend sein.

Einen großen Raum in der Diskussion um das Finanzwesen unserer Stadt nimmt natürlich auch das Problem der Verschuldung unserer Gemeinde-

finanzen ein. Es ist unmöglich, die Forderungen - die berechtigten Forderungen - von verschiedenen Bevölkerungskreisen mit ordentlichen Haushaltsmitteln abzudecken.

Wie weit die Inanspruchnahme von Fremdkapital im Gemeindehaushalt überhaupt möglich ist, darüber gibt es neben der eigenen, subjektiven Beurteilung verschiedene Fachmeinungen, die - wenn auch von verschiedenen Beurteilungsstandpunkten ausgehen - aber doch in vereinfachter Form dargestellt aussagen, daß die Verschuldungsgrenze einer Stadt dann erreicht ist, wenn 10 % der allgemeinen Deckungsmittel zum Schuldendienst herangezogen werden müssen. Auf unsere Situation in der Gemeinde bezogen, sagt dies, daß derzeit bei einer Inanspruchnahme von Fremdkapital mit rund 38 Mill. Schilling der Kapitaldienst dafür S 4,5 Mill beansprucht; das sind ungefähr 2,5 % des Haushaltes. Ich sagte ungefähr 10 % ist eine Norm, die von den Aufsichtsbehörden als die Grenze der Verschuldung der Stadt angesehen wird. Wir sind hier relativ weit von dieser Grenze fern. Allerdings muß ich sagen und vielleicht darf ich eine Untersuchung des Hauptverbandes der Österr. Sparkassen anführen, daß derzeit rund 16 Milliarden Kredite an Gemeinden aushaften. Einer Erhebung in den Gemeinden, durch den Hauptverband der Österr. Sparkassen, den Verband der Österr. Landeshypothekenanstalten, des Österr. Gemeindebundes und des Österr. Städtebundes durchgeführt, veranschlagt den Investitionsaufwand der Gemeinden für die nächsten vier Jahre auf 26 Milliarden Schilling, von denen nur 50 - 55 % von den Gemeinden selbst mit ihren ordentlichen Haushaltsmitteln gedeckt werden können, sodaß in den kommenden Jahren ungefähr S 12 - 14 Milliarden vom Kreditmarkt zur Bewältigung gemeindlicher Investitionen in Anspruch genommen werden müssen. Es ist sicher diese gesamtösterreichische Situation auch auf die finanzielle Situation in unserer Gemeinde zu projizieren. Man soll alles in Relationen sehen. Auch die Relation des Aufwandes in Zukunft soll in sachlicher Hinsicht gegeben werden. Diese Untersuchung läßt uns auf diesem Sektor einen Blick in die Zukunft werfen. Und zwar nicht nur auf dem Grad der wachsenden Verschuldung, sondern ich sagte schon, man soll alles in eine gewisse Relation bringen. Wenn wir nun die Forderungen, die unseres Wissens in Zukunft an uns gestellt werden, erwähnen, werden hier wieder die Forderungen, die seitens der Bevölkerung an die öffentliche Hand, an die Gemeinden gestellt werden, das Untersuchungsergebnis der Kreditinanspruchnahme überwiegen.

Ich möchte aber meine Ausführungen nicht abschließen, ohne auch Zukunftsperspektiven auf einigen wenigen Sektoren angeschnitten zu haben, denen sich die kommunale Tätigkeit in den nächsten Jahren mit besonderer Aufmerksamkeit zuwenden muß. Ein Problem, das sich bestens zu Prognosen eignet, ist der Wohnungsbau, das Wohnungsproblem. Eindeutig statistisch nachweisbar ist, daß Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt - ich beziehe diese Situation besonders auf Steyr - erst nach dem Bau von 5.000 bis 6.000 neuen Wohnungen ausgeglichen ist, wobei ich unter dem Begriff Ausgeglichenheit nicht allzusehr den Umstand berücksichtigt habe, daß echte Ausgeglichenheit am Wohnungsmarkt - das ist keine Erfindung von mir, sondern ist aus der Literatur und aus Untersuchungen in Deutschland heraus - herrscht, wenn ungefähr ein Überanbot an Wohnungen von 2 % gegenüber den in einer Stadt vorhandenen Haushalten ausweisbar ist.

Eine Prognose, die uns - das können Sie sich selbst unschwer ausrechnen - in das Jahr 1990 führt! Meiner Meinung nach werden die Ziffern un-

gefähr, wie ich sie heute prognostiziert auf den Tisch lege, im Jahre 1990 von den Gemeinderäten bestätigt werden können. Vorausgesetzt, daß die Wohnbautätigkeit durch den Erwerb von neuem Baugrund, gesetzliche Maßnahmen von Assanierungsmöglichkeiten und natürlich die notwendigen Fonds - mittel weiterhin zur Verfügung stehen. Denn auch in Steyr ist man noch nicht gewillt oder nicht in der Lage - wie zum Beispiel in der Schweiz - für die Wohnung den wahren Preis zu bezahlen.

Dazu würden in unserem Land große politische, gehalts- und lohnpolitische Probleme noch zu bewältigen sein. Ich will nur am Rande dieses Problemes erwähnen, derzeit sind in Steyr rund 2.500 Wohneinheiten geplant, bei den Wohnbaufonds eingereicht und auf deren Warteliste.

Ein anderes Kapitel: Für die Jahre 1985 bis 1990 erwarten die Experten die sogenannte "Vollmotorisierung". Ich will gleich vorausschicken, wir werden wahrscheinlich dieser Vollmotorisierung in den Jahren 1985 bis 1990 noch etwas nachhinken. Hoffentlich, können wir hier sagen. Das heißt, daß sich die Zahl der Fahrzeuge auf Steyrs Straßen vervielfachen wird, genauso wie sich auch deren Frequenz vervielfachen wird.

Das erfordert von uns erhöhten Bau von Straßen, Brücken und Parkmöglichkeiten, wobei sich auch heute schon in unserer Planung und in unseren Überlegungen der Bau von Parkgaragen deutlich abgezeichnet hat. Da gerade der Verkehr ständig zunehmende finanzielle Mittel für sich in Anspruch nimmt, die prozentuell immer steigenden Anteil im Gesamthaushalt beanspruchen, sei vielleicht nur mit einem Beispiel angedeutet: Für das Hundsgrabenprojekt, das zu einem Teil schon fertiggestellt ist und zu einem Teil in Kürze in Arbeit genommen wird und in einigen Phasen noch einer Detailplanung unterliegt, werden wir, wenn wir den Endausbau dieses Straßenzuges im Auge haben, von beiden Seiten Anschluß an Bundesstraßen haben. Hier sage ich eine Ziffer, die nicht mit Anboten untermauert ist. Aber wenn ich die Ziffer von 120 - 150 Mill. sage, werden Sie, wenn Sie die bekannten Preise für Deteilstücke kennen, auch diese Summe gerechtfertigt finden. In Steyr ist das Verkehrsproblem sehr schwierig. Ich hatte Gelegenheit, auch in anderen Kreisen dies zu sagen, 1 km Straße in Steyr kostet ein Vielfaches von einem Kilometer Straße wie - nur um ein Beispiel zu sagen - in Wels. Es gibt in Steyr keinen Kilometer Straße, der nicht eine neue Brücke über einen der Flüsse erfordern würde und zu gleicher Zeit einen Steilhang mit dessen Problemen ausgestattet, bewältigen muß.

Daher natürlich die Kosten und der Aufwand für einen km Straße in Steyr und ich erwähne noch die territoriale Lage und Schwierigkeiten der Innenstadt dazu, wesentlich teurer ist, als in anderen Gegenden. Wenn wir natürlich oft mit Neid, manchmal mit Selbstvorwürfen auf den Straßenbau in anderen Ländern, die diese Schwierigkeiten nicht haben, blicken, möge gerade diese Überlegung doch auch in die Diskussion mit einbezogen werden. Wie rasch einem, noch vor kurzem am Rand vermerkten, Problem zentrale Bedeutung zukommt, zeigt uns die gegenwärtige Bewertung der Probleme des Umweltschutzes:

Schutz dem Grundwasser, mehr Möglichkeiten der Abwasserbeseitigung und vor allem mehr Möglichkeiten für die finanziell aufwendige Klärung desselben. Zum Thema gehörend möge die Luftverunreinigung, die Beseitigung des rapide anwachsenden Anfalles von Abfallprodukten (Müll), der Schutz gegen Lärm angeführt werden, die ebenfalls hohe Anteile an den uns zur Verfügung stehenden Mitteln erfordern werden. In der Diskussion um diese Probleme zeichnet sich schon

heute deutlich das Ringen um die Verteilung dieses Aufwandes ab. Das ist keine Kritik sondern eine Feststellung, die wir in der Tagespolitik allenthalben vorfinden werden. Die Industrie ist bemüht, die zum Teil von ihr verursachten Umweltverschmutzungen nicht ihrem Produkt anzulasten, sondern zu einem gemeinsamen öffentlichen Anliegen zu erklären. Wir sind wieder anderer finanzieller Überlegungen, es wird kaum eine Zeit kommen, in der man für die Bewältigung öffentlicher Aufgaben mehr Mittel aufwenden wird können, als sie der private Konsum zur Verfügung haben wird. Sie können sich heute schon ausrechnen und überlegen, wer hier - ich will nicht sagen Sieger sein wird, aber zu wessen Gunsten ein Teil dieser Überlegungen entschieden wird.

Progressiv zur Wohlstandssteigerung verhält sich die Bewältigung der Beseitigung der Folgen auf die Umwelt, wobei der Mensch selbst miteinbezogen ist.

Alle diese Probleme benötigen zur Behebung nicht nur Überlegungen, Planungen, sondern Geld, viel Geld! Ständig komplizierter gestalten sich die mitmenschlichen Beziehungen und erfordern den Einsatz auch von immer mehr Mittel für die Planung der Gebietskörperschaften, der Regionen unseres Landes im allgemeinen gesprochen.

Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir haben heute wohl einen Haushaltsvoranschlag für ein weiteres Jahr zu erstellen, und die derzeit geltende Form der kameralistischen Fassung der Voranschläge und der Abrechnung unserer wirtschaftlichen Tätigkeit gibt zeitlich darüber hinausreichenden Festlegungen keinen Raum. Ich glaube doch, daß wir uns bei der Debatte über den Haushaltsvoranschlag für das kommende Jahr darüber hinaus Gedanken machen müssen. Ich habe einige Probleme versucht anzudeuten, die nicht nur in ihrem Umfang, in ihrer Bewältigung über den Zeitraum eines Budgetjahres sich hinauserstrecken, sondern im Haushaltsvoranschlag des kommenden Jahres schon ihren Niederschlag finden werden.

Und so glaube ich, war es doch angebracht, Gedanken über das zur Beschlußfassung kommende Budget hinaus zu machen.

Nehmen Sie, sehr verehrte Damen und Herren, meine begleitenden - wieder einen Slogan in der modernen Terminologie - flankierenden Worte als Anregung für eine gedeihliche Zusammenarbeit im Interesse aller unserer Bürger. Stellen Sie manchmal auftretenden Kleinmut über die Sache, der wir zu dienen uns verpflichtet haben und geben Sie einhellig dem Antrag, den ich Ihnen zur Verlesung bringen werde, Ihre Zustimmung.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

1) Ha-3500/70

Antrag auf Feststellung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1971.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1971 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen

mit je S 135,485.500,-

der außerordentliche Haushalt ausgeglichen mit je S 65,290.000,-

festgestellt, im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Darlehensaufnahme, Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die mit den Sammelnachweisen zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städt. Wirt-

schaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für Berufsschulen.

Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift Zl. 5209/1948 in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt:
Der Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 22,828.500 und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 4,370.000,-, der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr in Einnahmen und Ausgaben mit je S 783.000,- ausgeglichen, sowie der Voranschlag der Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden im gleichen Ausmaß wie im Jahre 1970 erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	400 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital	150 v. H.
Lohnsummensteuer	1000 v. H.

Ich erlaube mir, Ihnen diesen Antrag zur positiven Beschlußfassung zu empfehlen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Finanzreferent für seinen umfangreichen Bericht zum Voranschlag 1971. Bevor ich das Wort weiterreiche darf ich feststellen, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist, daß wir aber gemäß unseren neuen Spielregeln im Gemeinderat, die sich dadurch dokumentieren, daß mehr als früher diskutiert wird, auch eine Neueinführung getroffen haben. Wir werden, wenn es erforderlich ist, wieder eine Pause einschalten; wenn nicht, wird während der Sitzung eine kleine Erfrischung serviert werden, ich hoffe, daß das angenehm vermerkt wird und darf nunmehr die Diskussion eröffnen. Als Erster hat sich Herr Stadtrat Kinzelhofer zu Wort gemeldet. Bitte!

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Hochverehrter Gemeinderat! Meine Damen und Herren!

Die alljährliche Budgetdebatte gibt natürlich Anlaß, Lob und Kritik in dem höchsten Forum, das eine Gemeinde bietet, auszusprechen. Dabei stellt sich immer heraus, daß zwar die gemeinsame Verantwortung des Gemeinderates ein bestimmender Bestandteil unserer Kommunalpolitik seit Jahren ist, der Erfolg dieser Politik jedoch sehr viele Väter hat, während unpopuläre Maßnahmen und Aufgaben, die aus zwingenden Gründen nicht erledigt wurden, als uneheliche Kinder nur Kritiker finden. Als Fraktionsvorsitzender der Sozialistischen Partei möchte ich daher eindeutig feststellen, daß das demokratische Grundrecht der Kritik nicht so verstanden werden kann, daß all das, was die sozialistische Mehrheit dieses Hauses Erfreuliches und Positives beschließt, zu Allgemeingut aller politischen Gruppierungen des Gemeinderates wird, während dort, wo verantwortliche Entscheidungen im Interesse der gesamten Stadt getroffen werden müssen, die oft auch Belastungen der Bevölkerung mit sich bringen, diese lediglich uns Sozialisten angelastet werden.

Verantwortung hat jeder von uns, der durch das Vertrauen der Wähler in den Steyrer Gemeinderat berufen wurde. Wir Sozialisten sind auch bereit - und werden das auch in Zukunft sein - diese Verantwortung für alles, was hier

beschlossen wurde, ungeteilt zu tragen. Und ich appelliere an die Vertreter der übrigen politischen Parteien, bei der Beurteilung der Aufgaben dieses Gemeinderates denselben Maßstab anzulegen. Es geht leider nicht an, daß man sich aus dem kommunalen Kuchen nur die Rosinen heraussucht; auch das übrige - mag es mitunter etwas unangenehm und unpopulär sein - gehört dazu.

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Diese Einleitung habe ich deshalb gemacht, um nochmals klarzustellen, in welchem Geiste die sozialistische Mehrheit dieses Gemeinderates auf die Erstellung des Budgets Einfluß genommen hat. In zweitägigen Beratungen haben wir Aufgabe für Aufgabe, Punkt für Punkt, dieses Voranschlages durchbesprochen. Die breite Streuung der Mitglieder unserer Sozialistischen Gemeinderatsfraktion auf alle Bevölkerungsschichten hat es uns dabei ermöglicht, eine Lösung zu finden, die wir allen Gemeindebürgern gegenüber wohl vertreten können.

Als Fraktionsvorsitzender ist es nicht meine Aufgabe, einzelne Gebiete besonders hervorzuheben, ich werde zwar einige Punkte herausstreichen, obwohl diese Fragen für mich als Sportreferent doch sehr verfänglich sind, ist es doch von einiger Bedeutung, wenn heute Steyr wohl die schönste Sporthalle Oberösterreichs, eine äußerst gut frequentierte Kunsteisbahn und ab morgen ein Hallenbad mit Sauna besitzt, welches nicht nur der sporttreibenden Jugend, sondern der gesamten Bevölkerung zur Erholung und Regenerierung dient und worüber man bestimmt reden kann. All diese Ausgaben der Gegenwart sind ja auch für die Zukunft gedacht. Die Zufriedenheit unserer Mitbürger wird nur dann gegeben sein, wenn das Leben in Steyr angenehm ist, wenn es alle Vorteile der modernen Lebensauffassung bietet und wenn gesicherte Arbeitsplätze mit weit gefächerter Freizeitmöglichkeit vorhanden sind. In diesem Licht gesehen sind auch unsere Ausgaben auf dem Schulsektor wohl verständlich und festzustellen. Wir adaptieren gerade ein Gebäude in der Berggasse für unsere Pflichtschulen. Der nicht unerhebliche Kostenaufwand ist im Budget vermerkt. Mit allem Nachdruck betreiben wir in diesem Budget aber auch den Neubau einer Pflichtschule auf der Ennsleite, um diesem Stadtteil auch auf schulischem Gebiet zu seinem Recht zu verhelfen. Darüberhinaus werden Sie sich erinnern, unterstützen wir den Bund beim Ausbau der für Steyr und seine Industrie so wichtigen Höheren Technischen Lehranstalt. Sie wissen, daß bereits die Diskussion über die Verbauung des Amateurplatzes durchgegangen ist und in dieser Sicht um die Notwendigkeit zu untermauern, das Präsidium ins Auge gefaßt hat, auf dem Rennbahngelände eine zentrale Sportanlage zu errichten, um den Platz für den Ausbau dieser Schule freizubekommen.

Ebenso - der Herr Bürgermeister hat es ebenfalls angeführt - sind unsere Straßenbauvorhaben sehr hoch dotiert. Hier vorallem die Errichtung der Hundsgrabenumfahrung mit dem Bau der Schönauerbrücke über die Enns. Schritt für Schritt nähern wir uns der Verwirklichung dieses größten Straßenbauvorhabens in Steyr, das wir vor uns haben. Sicherlich, meine Damen und Herren, wird es noch Jahre dauern, bis dieser Umfahrungsstraßenteil fertiggestellt ist. Aber ebenso sicher wird es sein, daß noch dieser Gemeinderat, also wir hier gemeinsam, den Baubeschluß fassen müssen und damit den Startschuß für dieses große Kommunalvorhaben geben werden. Auch die Gestaltung unserer Straßen, die sehr große Mittel erfordert, ist im Budget verankert.

Hand in Hand werden wir auch an-

dere Projekte auf dem Wohnbausektor, die ebenfalls der Zukunft dienen, im kommenden Finanzjahr beginnen müssen. Ich denke hier vor allem an die Bebauung der Resthofgründe und an die Errichtung von Wohnbauten im Stadtzentrum, nämlich auf den Schrader-Gründen und in der Spitalskystraße. Alle diese entwicklungsfördernden Maßnahmen wären jedoch ein Torso, wenn wir nicht auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen für unsere Stadt ständig verbessern würden. Wenn wir in diesem Jahr neue Industrie- und Gewerbegründe in Münichholz erworben haben, wird es 1971 notwendig sein, Betriebe zu finden, die sich dort niederlassen und die eine wertvolle Ergänzung der Arbeitsmarktstruktur in unserer Stadt sind. In erster Linie soll diese Entwicklung dazu führen, das Wirtschaftsleben Steyrs auf eine breitere Basis zu stellen als es bisher war. Damit würde die soziale Sicherheit unserer Arbeiter und Angestellten wesentlich verbessert werden.

Nicht unerwähnt möchte ich als Fraktionsvorsitzender der Sozialistischen Gemeinderatsfraktion auch den Fremdenverkehr in Steyr lassen, der in Zukunft eine große Rolle spielen wird. Wenn auch die wachsenden Ausgaben eine neue Belastung für die Stadt Steyr darstellen, glauben wir doch, in der erhöhten Aktivität den Beginn einer Entwicklung zu erblicken, die - auf Jahre gesehen - auch hier die Erschließung neuer Einnahmequellen für unser Wirtschaftsleben bedeuten. Wir Sozialisten haben einmal "ja" zu diesem Fremdenverkehr gesagt; wir werden diese Haltung auch in Zukunft beibehalten, wenn auch noch große Probleme - ich denke hier nur an den Hotelneubau - auf uns zukommen.

Wenn ich jetzt einige Probleme erwähnt habe, möchte ich doch wieder auf den Gedanken des Budgets zurückkommen und das Budget für 1971 in seiner Gesamtheit kommentieren. Leider stehen unseren wachsenden Aufgaben auch im kommenden Jahr nicht genügend finanzielle Mittel zur Verfügung. Es wird daher notwendig sein, mehr denn je einen strengen Maßstab an alle Ausgaben anzulegen. Wenn wir heute schon wissen, daß das von uns mit diesem Budgetentwurf gesteckte kommunale Ziel, das auch im außerordentlichen Haushalt seinen Niederschlag findet, nur durch Aufnahme von Darlehen erreicht werden kann, ist damit die Verpflichtung verbunden, die Auswirkungen für die Gemeinschaft den finanziellen Belastungen genau gegenüberzustellen. Wir haben die Aufgabe, unsere Stadt den Erfordernissen der Gegenwart anzupassen und auf die Zukunft vorzubereiten. Es wäre jedoch verantwortungslos, wenn wir dieses Ziel nur mit einem Preis erkaufen würden, der der kommenden Generation unerträgliche Belastungen auferlegt. Das hat der Herr Finanzreferent in seinen Ausführungen erwähnt. Schulden müssen bezahlt werden und die Spekulation auf eine Geldentwertung ist verantwortungslos, wenn sie nicht der Realität entspricht. Prüfen wir daher stets, welche Belastungen unserer Generation zugemutet werden können und welches finanzielle Erbe wir unseren Nachfolgern in voller Verantwortung hinterlassen können. So gesehen muß auch die heutige Tarifpolitik unserer Stadt, die naturgemäß nicht zur Zufriedenheit aller durchgeführt werden kann, verstanden werden. Wer zahlt schon gerne mehr für Leistungen der Gemeinde, die er in Anspruch nimmt? Aber wer soll es schließlich wirklich bezahlen, wenn zur Deckung aller Ausgaben Schulden gemacht werden sollen, deren Tilgung später unsere Kinder vorzunehmen haben? Ich glaube daher,

daß wir mit vollem sozialem Verständnis auch hier jene Kommunalpolitik führen müssen, die wir allen gegenüber auch in Zukunft verantworten können. Zum Abschluß noch ein Problem, das für unsere Stadt sehr wichtig ist, unsere Wohlfahrtseinrichtungen. Diese garantieren uns in Steyr, daß niemand hungern oder frieren muß. Die Mittel, die wir dazu aufwenden, sind gut angelegt, denn soziale Sicherheit für jung und alt stellt mit eine gute Voraussetzung für das gesellschaftliche Klima einer Stadt dar. Wenn für die Politik das Wort gilt, daß sie die "Kunst des Möglichen" ist, so möchte ich für den Budgetentwurf 1971 den Satz prägen, daß es ein Budget des Zweckmäßigen und Vertretbaren ist. Im Namen der Sozialistischen Gemeinderatsfraktion gebe ich daher vollinhaltlich dem vorgelegten Budget die Zustimmung. Ich möchte dem Finanzreferenten der Stadt, Bürgermeister Josef Fellinger, für die geleisteten Vorarbeiten, den Beamten des Hauses für die verwaltungsmäßige Erstellung und den Mitgliedern des Gemeinderates für ihre Beiträge zu diesem Budgetentwurf danken. Wie wir aus den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters entnommen haben, haben die anderen Fraktionen den Entwurf zur Kenntnis genommen, haben aber keine Stellungnahme dazu abgegeben. Machen wir den Haushaltsvoranschlag 1971 zur Richtschnur unseres demokratischen Handelns in dieser Stadt, dann glaube ich, daß wir im nächsten Jahr wieder ein Stück weiter kommen werden. Ich glaube auch, daß dieses Budget die Voraussetzung bildet, im Interesse der gesamten Bevölkerung Steyrs die gute Zusammenarbeit zwischen den vier Fraktionen dieses Hauses weiter aufrecht zu erhalten. Kleinere Differenzen in Sachfragen soll es und wird es immer geben. In den größeren Problemen unserer Stadt aber ist Einigkeit mehr vonnöten als je vorher.

Mit diesem Bekenntnis zur demokratischen Zusammenarbeit im Namen der Sozialistischen Gemeinderatsfraktion möchte ich meine Ausführungen schließen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Stadtrat Kinzelhofer für seine Stellungnahme als Sprecher der Sozialistischen Partei. Es spricht als Nächster Herr Kollege Petermair.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Immer wenn die Sonne sich ihrem tiefsten Stande nähert, sind alle, die mit der Kommunalverwaltung irgendwie verbunden sind, in ihren Erwartungen auf einem Höhepunkt angekommen. Geht es doch darum, den Haushaltsplan für das kommende Geschäfts- und Rechnungsjahr zu erstellen, zu beraten, vorzutragen und Ausschau zu halten, welche Gemeinwirtschaft wir im kommenden Jahr erleben können. Ich habe Ihnen namens der ÖVP-Fraktion zu einigen Punkten etwas zu sagen, ich möchte aber auch grundsätzlich namens meiner Fraktion Stellung zu diesem Voranschlag nehmen. In irgendeiner Form ist der ordentliche Haushalt erstarrt, bedingt durch die uns vorgeschriebenen Ansatzposten und gesetzlichen Maßnahmen. Die Aufgaben, die einer Gemeinde gestellt werden, sind wohl wesentlich andere als die in Bund und Land. Die Mittel, die wir zur Verfügung gestellt bekommen, sind durch uns nicht immer beeinflußbar. Deshalb haben wir nicht die Absicht, auf keinen Fall hier Opposition um jeden Preis betreiben zu wollen, betreiben zu sollen.

Im außerordentlichen Haushalt haben wir seit einigen Jahren ein De-

fizit zu verzeichnen. Darüber wird Ihnen ein Kollege meiner Fraktion noch etwas zu sagen haben. Nur glaube ich, man hätte schon in früheren Jahren mit Darlehensaufnahmen arbeiten müssen, also Mittel in Anspruch nehmen, die aber dann auf mehrere Generationen verteilt gehört hätten.

Meine Damen und Herren, wir sehen im Voranschlag eine Ausweitung der Einnahmen, natürlich aber auch dadurch eine Ausweitung der Ausgaben. Eine Erscheinung, die durch die Vollbeschäftigung hervorgerufen wird. Es ist bemerkenswert, daß die gemeindeeigenen Steuern wieder im Ansteigen begriffen sind. Daß die Ausgaben vor allem im außerordentlichen Haushalt mehr werden, können wir aus den Ansatzposten des uns vorliegenden Voranschlages sehen. Wir sehen sehr hohe Ausgaben für Kanalbauten, Straßenbauten, Brücken usw. Es wird aber auf die Dauer nicht genügen, Umfahrungsstraßen zu schaffen, es muß auch an den innerstädtischen Verkehr gedacht werden, Zwischenbrücken z. B. Der innerstädtische Verkehr, der ständig zunimmt. Ein Problem, das zu meistern Aufgabe der Gemeindeverwaltung sein wird, wollen wir nicht eines Tages Überraschungen erleben.

Im Zusammenhang mit dem Verkehrsproblem und der Straßen kommt man unwillkürlich auch zum Parkproblem. Wir haben vor Jahren geglaubt, daß der Parkplatz am Ennskai Platz genug bieten würde für jene Autos, die am Stadtplatz nicht mehr abgestellt werden können. Es ist oft schon die Frage aufgetaucht, warum man denn nicht den sogenannten Flösserhafen zuschüttet und dort weitere Parkmöglichkeiten schafft. Ich weiß, daß dieses Projekt vielleicht mit einem anderen zusammenhängen kann. Allein, wenn wir diesem Projekt positiv gegenüberstehen würden, so hätten wir immerhin die Möglichkeit, uns dort auf relativ billige Art einen Parkplatz zu schaffen.

Nun gestatten Sie mir, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß ich einige Worte zur Geschäftsordnung verliere.

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß der vom Finanzausschuß eingebrachte Antrag zum Voranschlag sehr wohl in mehrere Teile zerfällt. Denn der o. H., der a. o. H., der Dienstpostenplan, die angeschlossenen Voranschläge der Wirtschaftsbetriebe und letztlich auch die Hebesätze der gemeindeeigenen Steuern, das sind doch unserer Meinung nach Einzelteile des Antrages, also Einzelteile des Voranschlages. Wie sagt es doch die Geschäftsordnung? Ich zitiere § 25, Absatz 3 unserer GO: "Besteht ein Antrag aus mehreren Teilen, kann hinsichtlich der einzelnen Teile oder wenn kein Einwand erhoben worden ist, sofort über den Antrag in seiner Gesamtheit abgestimmt werden".

Es wäre wert, diese Fragen einer Überprüfung zu unterziehen. Man wird dann auch, das ist die Meinung der ÖVP-Fraktion hier im Gemeinderat, offiziell zu einer anderen Meinung und Auffassung kommen. Warum geht ein solcher Vorgang in Linz - Linz, das man sich doch immer als Vorbild nimmt.

Und wie war es bei der letzten Gemeinderatsitzung in der Vorwoche? Hätte da nicht gleich über einen von unserer Fraktion eingebrachten Zurückstellungsantrag abgestimmt werden müssen? Ich zitiere wieder die GO: § 17, Punkt 3 und Schlußsatz "Zurückstellung eines Gegenstandes von der Tagesordnung zur neuerlichen Behandlung". Diese Anträge zur Geschäftsordnung können von jedem Mitglied des Gemeinderates jederzeit auch mündlich gestellt werden; ein solcher Antrag muß mit Einrechnung des Antragstellers von mindestens zwei Mitgliedern des Gemeinderates unterstützt sein. Über diese Anträge ist

keine Debatte zulässig."

Ich möchte in Verbindung mit § 17 auch § 22 zitieren: "Wird ein Antrag gestellt, einen Gegenstand im Gemeinderat von der Tagesordnung zur neuerlichen Beratung zurückzustellen, ist ohne weitere Wortmeldung über diesen Antrag vom Vorsitzenden abstimmen zu lassen. Wird ein solcher Antrag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden angenommen, gilt der betreffende Gegenstand als von der Tagesordnung abgesetzt".

Es würde keinem unter uns Abbruch tun, wenn wir die Anregung geben, uns einmal auch mit der Handhabung der GO zu befassen. In einer Art Schulung hiezu.

Da im Voranschlag doch auch einige Vorbringungen der letzten Jahre seitens der ÖVP-Fraktion berücksichtigt worden sind, haben wir heuer uns nur auf einige wenige Dinge beschränkt. Kleinigkeiten vielleicht, aber auch Kleinigkeiten sind oft gute Dinge und erwähnenswert. Aber gerade so kleine Dinge wurden nicht zur Kenntnis genommen oder mit banalen Worten abgetan.

Wenn wir beispielsweise einen Kinderspielplatz für den Tabor angeregt haben, so deshalb, weil für einen solchen für die Ennsleite ein Betrag von S 400.000,- angesetzt worden ist. Wir meinten, auch der Tabor hätte genannt gehört. Aber dieser Stadtteil scheint irgendwie vernachlässigt zu werden. Man sagte, da ist ohnehin ein Betrag von S 95.000,- im oH allgemein für Spielplätze vorgesehen. Ja, glaubt man denn, daß man für diesen Betrag einen ordentlichen Spielplatz für unsere Kleinen schaffen kann? Bei gutem Willen hätte man auch den Namen Tabor nennen können. Wir wissen, daß dafür schon ein Grundstück ausersehen ist. Gut so. Aber trotzdem glauben wir, daß der allgemein für Spielplätze vorgesehene Betrag von S 95.000,- zu wenig ist. Dieser Betrag, wenn er im ordentlichen Haushalt vorgesehen ist, muß doch auch noch für andere Spielplätze dienen, diese bedürfen doch auch immer wieder einer Erneuerung. Daher steht diese Post auch im oH.

Ein weiteres war die Erwähnung einer Unterführung an der Ennser Straße. Nein, eine solche soll nach dem Wunsche der Magistratsdirektion dort angebracht werden, wo lange Jahre eine solche Unterführung nicht notwendig sein wird. Beim Resthofgelände. Ja, die Ostseite der Ennser Straße Richtung Linz führend wird in den nächsten Jahren bebaut werden, so wollen wir es wenigstens hoffen. Aber glaubt denn irgendwer hier in diesem Saale, daß die Westseite auch so schnell bebaut werden wird? Wir alle, die wir hier sitzen, werden dies wohl kaum mehr erleben. Und gerade der Übergang zur Holubstraße aus dem Siedlungsgebiet der Zwettlerbauten zur neuen Taborschule birgt so viele Gefahrenmomente, daß es wert wäre, sich mit der Frage einer Unterführung eingehendst zu befassen. Aber man wünscht dies nicht.

Ein weiterer kleiner Fisch unserer Anregungen war, man möge im aoH. die S 5 Mill. für Grundankäufe mit einem kleinen Zusatz versehen, insbesondere vorgesehen für die Handelsakademie. Hier war es unser Wunsch, diesen Zusatz zumindest in einer Klammer aufzunehmen. Nein, sagte man, das geht nicht, es müßte eine eigene Voranschlagspost geschaffen werden und das macht Schwierigkeiten. Eingeweihte wissen, daß man während des Jahres neue Konten einführen kann. Das geschieht überall in der Privatwirtschaft, aber beim Magistrat macht es Schwierigkeiten.

Wir haben vor einigen Wochen Gelegenheit gehabt, das Kraftwerk Weyer und die Kraftwerksbaustelle Schönau zu besuchen. Dabei hat uns ein Herr der Ennskraftwerke auch einen sehr interessanten Kurzvortrag gehalten über eine Variante der Phyrn-

autobahn. Diese Variante wäre für die Stadt eine einmalige Gelegenheit, einen nahen Anschluß an die Nord-Süd-Verbindung zu bekommen. Wie ich höre wurde eine Vorsprache des Herrn Bürgermeisters in Linz getätigt. Ich glaube, man müßte diese Projekte stets im Auge behalten, um uns nicht einmal den Vorwurf machen zu lassen, wir hätten so gehandelt, wie unsere Väter mit der Eisenbahn. Ich möchte daher den Herrn Bürgermeister fragen, was in dieser Angelegenheit weiter unternommen worden ist, und wenn etwas unternommen worden ist, in welcher Art.

Wie ich höre, hat Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Wenzel die notwendigen Schritte hiezu in Wien bereits unternommen. Was hier geschehen kann, muß geschen, wenn Steyr verkehrspolitisch nicht im argen liegen soll. Warum zögert man bei so manchen Problemen? Z. B. was machen die Ablöseverhandlungen zur Schönauerbrücke rechtsseitig der Enns zum Hundsgraben, da muß doch noch so manches geschehen oder der zu schaffende Parkplatz vor der Bauernkammer und dem Casino, wo das im Wege stehende Haus wegkommen soll?

Verzeihen Sie mir, wenn ich sage, manchmal bekomme ich das Gefühl, als ob hier in diesem Hause eine gewisse Trägheit vorherrscht, ein gewisses Desinteresse an so manchen guten Dingen. Muß das so sein? Wozu nehmen wir die Million auf, doch nur um hier in unserer Stadt etwas für die Bevölkerung zu schaffen. Es ist jedenfalls nicht zu übersehen, daß es noch sehr viele ungelöste städtische Lebensfragen gibt. Wir bitten die Kollegen der Mehrheitsfraktion, auch die von uns vorzubringenden Anregungen zu prüfen, damit in gemeinsamer Arbeit für unsere Stadt noch mehr geleistet werden kann. Über Toleranz und Verständnis für die Gemeinschaft hat der verewigte Bundespräsident Renner ein Wort gesagt, das ich hier zitieren möchte. Es erschien gerade in diesen Tagen in einer Gewerkschaftsbeilage. Ich zitiere: "Dieses Verstehen des anderen ist die harte Probe unserer eigenen Gerechtigkeit, dieses Verstehen der anderen ist ein kategorisches Erfordernis der modernen Kultur. Niemand ist gehalten, die wirtschaftliche oder soziale Auffassung des anderen zu teilen, niemand ist gezwungen, in dem großen immerwährenden Schauspiel der Wirtschaft die Rolle des anderen zu spielen, aber im Interesse der Menschlichkeit der gesamten Menschheit soll jeder verpflichtet sein, sich die stärkste Mühe zu geben, auch den anderen zu verstehen und den anderen verstehen heißt begreifen, daß der andere ebenfalls so denken muß wie er ist und denkt."

Mit dem Argument, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, die 2/3-Mehrheit zu haben, kann man Anregungen von Minderheiten nicht abtun. Das spricht gegen die Toleranz ! Kollege Kinzelhofer hat in seinen Ausführungen ebenfalls von einer Toleranz gesprochen.

Wir haben heuer 25 Jahre Zweite Republik gefeiert, wir haben uns daran erinnert, daß vor 15 Jahren wir die volle Unabhängigkeit erhalten haben. Das war das Erfreuliche an diesem abgelaufenen Jahr, daß diese Feier zum Nationalfeiertag, eine Feier der Jugend, erhebend und zugleich für alle war. Wir wollen hoffen, daß alle unsere Wünsche in Erfüllung gehen können. Wir wollen aber auch hoffen, daß sich Erscheinungen, die sich hie und da gezeigt haben, nicht ausbreiten.

Die großen weltweiten Ereignisse werden wir nicht beeinflussen können, aber eines wird möglich sein, hier auf der Gemeindeebene sich daran zu erinnern, daß das Gemeinsame immer zum Besten war und zum Besten ist. Wir sollen und wollen im Geiste wahrer Demokratie und Toleranz unter An-

erkennung aller unserer unabdinglichen Grundsätze zusammenarbeiten, dann wird unsere Stadt auch einen entsprechenden Aufschwung nehmen. Die Bevölkerung wird uns dankbar sein. Sie will nicht Haß und will nicht Streit, sie will Freiheit, Friede und Würde, sie will teilhaftig werden an den Fortschritten unserer Zivilisation, unserer Kultur und unserer Technik. Letzten Endes ist es ja doch unsere Aufgabe, für unsere Stadt zu wirken und den Wünschen und den Sorgen unserer Mitbürger gerecht zu werden. Wir glauben - und wollen es hoffen - daß wir dadurch allen Schwierigkeiten zum Trotz auch im kommenden Jahr die Vorhaben im Interesse unserer Bevölkerung weiterführen werden können.

Unser Dank muß heute allen jenen Menschen gelten, die durch ihren Fleiß, durch ihre Tüchtigkeit, durch ihren Einsatz und ihre Leistung in Handel, Gewerbe und Industrie und allen sonstigen Wirkungsstätten beigetragen haben, die Mittel für unsere kommunale Tätigkeit und Aufgaben aufzubringen. Wir wissen es aber auch heute schon, daß es im kommenden Jahr ebenso sein wird. Zu den verschiedenen Problemen des Voranschlages werden auch noch Kollegen meiner Fraktion eingehend sprechen. Heuer gibt die ÖVP-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Steyr dem Haushaltsvoranschlag für 1971 im Glauben auf eine gedeihliche Zusammenarbeit zum Wohle unserer Stadt ihre Zustimmung.

Die Betonung aber, meine Damen und Herren, liegt dabei ausdrücklich auf der gedeihlichen Zusammenarbeit, wobei wir hoffen, daß auch seitens der Mehrheitsfraktion auf diesen Umstand im kommenden Geschäfts- und Rechnungsjahr wert gelegt wird.

Wir behalten uns aber auch ausdrücklich vor, bei späterer Behandlung jener Punkte und Vorhaben des Voranschlages, die unseren Erwägungen nicht entsprechen, Stellung zu nehmen und gegebenenfalls auch die Zustimmung zu versagen. Die heutige Zustimmung zum Voranschlag als Ganzes schließt nicht aus, daß wir unsere eigene Meinung zu den einzelnen Problemen im konkreten Fall dartun werden im Laufe des kommenden Rechnungsjahres.

Ich möchte aber auch die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, an die kommenden Tage zu erinnern, die vor uns stehen. Wir haben heuer wieder einmal gleich 3 Tage, 3 Feiertage, sozusagen drei Tage, uns dem süßen Nichtstun, aber auch der Erinnerung, der Besinnung und dem Gedenken zu widmen.

Gestatten Sie mir daher zum Schluß, daß ich allen Mitarbeitern bei der Stadtverwaltung, die ihren Geist, ihre Kraft, ihre Kenntnisse im abgelaufenen Jahr unserer Verwaltung zur Verfügung gestellt haben, namens meiner Fraktion herzlichst danke. Ich darf aber auch die Gelegenheit benützen, um Ihnen, Herr Bürgermeister, und Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates und allen Bediensteten des Magistrates im eigenen Namen wie auch namens der Fraktion der ÖVP ein frohes Weihnachtsfest zu wünschen und für das Jahr 1971 alles Gute und Beste.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Kollegen Petermair für seine grundsätzlich positiven Erklärungen zum Budget und ich darf als nächstem Redner Herrn Gemeinderat Dr. Gärber das Wort erteilen.

Dr. Stellnberger erscheint um 15.20 Uhr.

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte!

Wenn das Jahr 1969 einen Tiefstand der Steuereinnahmen überwunden und seither eine leichte Steigerung

der Einnahmen stattgefunden hat, die jährlich ungefähr 5 % beträgt, so ist doch die wirtschaftliche Gebarung der Stadt Steyr seit 1967 sehr besorgniserregend. Ich möchte nur einige Zahlen dazu anführen. 1967 hatten wir einen Abgang von S 31 Mill., 1968 einen von S 30 Mill., 1969 einen von 16 Mill., 1970 S 39 Mill., 1971, nach dem Voranschlag, von S 60 Mill. Das gibt zusammen die schöne Zahl von S 175 Mill. in 5 Jahren. Wenn Sie diese Zahlen nun betrachten, so ergibt sich pro Jahr ungefähr ein Abgang von S 35 Mill. Ich sage das deswegen, um Sie darauf aufmerksam zu machen, daß hier im Haushalt etwas nicht stimmt. Man kann auf die Dauer mit einem so großen Abgang, der mehr als 20 % des Jahreseinkommens ist, nicht weiterwirtschaften. Daraus müssen sich für uns gewisse Folgerungen ergeben. Ich muß noch eines erwähnen. Ich wurde bei meinen vorjährigen Erklärungen zum Budget immer mißverstanden, weil Sie meine Zahlen, die ich mit dem Gebarungsabgang genannt habe, immer mit dem Schuldenstand verwickelt haben. Ich habe bis jetzt nie über den Schuldenstand irgendwie besonders gesprochen. Der Schuldenstand, der jetzt mit 31. 12. 1970 ungefähr S 40 Mill. beträgt, ist für die Gemeinde Steyr absolut nichts besonderes und auch nicht besorgniserregend, nur hat sich seit 1969 eine Wende vollzogen, und zwar deswegen, weil der Gebarungsabgang der Jahre 1967 und 1968, mit einem Betrag von S 60 Mill., durch Rücklagen aufgefangen wurde. Seit 1969 ist jeder Gebarungsabgang nun gleich einer Darlehensaufnahme. Das ist der große Unterschied, warum wir jetzt sprunghaft in die Verschuldung hineinkommen. Daß Schulden notwendig sind, das habe ich schon immer gesagt. Wir waren nie gegen Schulden, nur müssen Schulden für solche Dinge angewendet werden, die wirtschaftsfördernd sind und natürlich irgendwie gewinnbringend für die Stadt an und für sich sind. Die Höhe der Einnahmen ist mit den laufend auftretenden Gebarungsabgängen jetzt nicht mehr vereinbar. Deswegen kommen wir sehr rapide in einen immer höheren Schuldenstand hinein, wir müssen schauen, wie wir mit diesem Problem fertig werden. Ich habe 1969 als Hauptpunkt kritisiert die enorme Personalkostensteigerung, die seinerzeit 17 % ausgemacht hat und gefordert, eine Rationalisierung des Amtsbetriebes und Personaleinsparung durch Umstrukturierung. Nun ist zwar seit 1969 der Bedienstetenstand gleich geblieben, was ich wohl verzeichnen möchte, die Personalkosten sind im Jahre 1970 um ungefähr 6 % gestiegen, was der normalen Entwicklung entspricht, aber 1971 haben wir eine Personalkostenerhöhung um 13 %, also das Doppelte. Nun, ein Vergleich der Personalkosten, die einige Jahre zurückliegen. Die Personalkosten im Jahre 1964 betrugen S 26,6 Mill., das waren bei den seinerzeitigen Einnahmen von S 110 Mill. 24 %. 1967 hatten wir bereits Personalkosten von S 36,9 Mill. bei Einnahmen von S 118 Mill. oder eine Personalkostenquote von 32 %. 1971 ist die Sache nun ganz drastisch. Wir haben Personalkosten von S 59 Mill. bei Einnahmen von S 125 Mill. und eine Quote von 47 %. Ich möchte dazu den Vergleich stellen - das Günstigste, was es in Österreich gibt - Vorarlberg. Die haben eine Personalkostenquote von 17,5 %. Sie sehen das Land Vorarlberg, das so vorbildlich wirtschaftet, das die beste Wirtschaft in Österreich hat, an diesem sollten wir uns ein Vorbild nehmen und schauen, wieso dort so günstig gewirtschaftet werden kann. Wir haben nun seit 1954 eine Steigerung des Personalkostenaufwandes von 125 %, während das Steueraufkommen in derselben Zeit um 14 % gestiegen ist. Nun muß diese geringe Steigerung der Einnahmen der Stadt Steyr sehr zu denken geben und ich muß sagen, daß die Hauptursache in der Wohl-

standsbequemlichkeit der Steyrer Bevölkerung liegt, die noch dazu eine ganz enorme Beanspruchung der Gemeindefinanzen mit sich bringt, da man sich heute vorstellt, daß von der Allgemeinheit alle Wünsche erfüllt werden. Man will die Schaffung einer Wohnung, die Erziehung der Kinder, die Betreuung und Pflege der Alten, die Schaffung und die Erhaltung der Sportplätze usw., alles von der Allgemeinheit verlangen, ohne dafür entsprechende geldliche Leistungen oder arbeitsmäßige Gegenleistungen zu erbringen. Man hat es sich zur Gewohnheit gemacht, trotz verbesserter Einkommensverhältnisse immer gleiche Beträge für die Existenzbedürfnisse auszugeben. Ein Musterbeispiel dafür ist die GWG. Die Mieter investieren nichts für die Wohnung, der Eigentümer, die GWG, zahlt praktisch auch nichts und die gesamten Baukosten werden fast ausschließlich von der Allgemeinheit getragen. Die Folge davon ist, daß das Geld, das sonst normalerweise ein Wohnungswerber für seine Wohnung investieren muß, nicht in Steyr bleibt, sondern dieses Geld woanders zur Befriedigung von Luxusbedürfnissen hinfließt. Deswegen ist gerade in Steyr das Steueraufkommen der Gemeinde so gering wie in keiner anderen Stadt. Nun wurden in den Jahren 1960 - 1966 trotz vorhandenen Geldes viele Versäumnisse an Investitionen begangen, sodaß wir heute fast außerstande sind, nur die notwendigsten, für einen wirtschaftlichen Aufschwung unbedingt erforderlichen Investitionen durchzuführen. Hiezu gehört vorallem, da wir von einer Verkehrslawine überrollt werden, die Erbauung der Hundsgrabenumfahrung, die ich seit Jahren gefordert habe und die nun doch endlich verwirklicht werden muß. Hiezu möchte ich noch ein kleines Detail bringen. Die Hundsgrabenumfahrung ist nun geplant und auch ein Terminplan erstellt und nun hoffe ich, daß dieser auch eingehalten wird. Es soll im Februar mit den Erdarbeiten für das Ufer begonnen werden. Es soll bis Ende 1973 die Brücke gebaut sein und ich möchte darauf dringen, daß dieser Terminplan unbedingt eingehalten wird.

Ich möchte noch einen kleinen Vorschlag machen zu dieser Planung, was mir gerade eingefallen ist, und der glaube ich, auch ohne wesentliche Kosten oder Mehrkosten verwirklicht werden könnte.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich bitte um etwas mehr Ruhe für den Sprecher.

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Es ist dies folgendes. Die Brücke soll 4 Spuren haben. Nun sind 2 Spuren abwärts der Brücke und 2 Spuren aufwärts. Nun könnte ich mir ganz gut vorstellen, daß die linke Abwärtsspur die in die Dukartstraße einbiegen sollte, von der Brücke ab auf eine Hochbahn geführt werden kann, das Terrain würde es zulassen, die anderen Spuren überbrückt, dadurch einen kreuzungsfreien Verkehr ermöglicht und dadurch am Berg in der Mitte, wieder dort einbindet. Wie weit das durchführbar ist, wird sich zeigen, aber mich haben auch nur die Terrainverhältnisse, die so günstig liegen, dazu veranlaßt, diesen Gedanken aufzugreifen. Ich werde das auch Herrn Oberbaurat Riebler mitteilen, vielleicht wird das überprüft, ob es möglich ist, das wäre eine wesentliche Vereinfachung zur Entflechtung des Verkehrs auf dem Knoten der Eisenstraße. Sie alle wissen, daß diese Erbauung der neuen Brücke sozusagen erzwungen wurde, einerseits durch den Verkehr, andererseits dadurch, daß die alten Eisenbrücken baufällig sind, nicht baufällig sondern altersschwach sind und die VÖEST die Garantie dafür nicht

mehr übernimmt.

Das zweite Problem, das auch den innerstädtischen Verkehr betrifft, ist die Seifentruhe. Sie wissen, daß Grundablöseverhandlungen durchgeführt wurden. Es wurde zwar voriges Jahr schon versprochen, daß die Seifentruhe gebaut werden sollte, aber es ist leider noch nicht dazu gekommen und es wird ein großes Anliegen der Gemeinde sein, daß dieser Bau der Seifentruhe endlich in Schwung kommt. Das nächste Problem, das schon fast gelöst ist und mit dem wir uns auch immer befaßt haben, ist das Bundesrealgymnasium. Sie wissen, das ist im Bau. Wir hoffen, daß das zügig vorwärts geht.

Die Eisenbundesstraße ist auch soweit in Angriff genommen, daß einige Baulose in der Nähe von Steyr, Freising usw. begonnen wurden und wir hoffen, daß das zügig weitergeht, obwohl die Mittel, die für die Eisenbundesstraße jährlich zur Verfügung stehen, verhältnismäßig gering sind und ich möchte bitten, daß sich die Herren Nationalräte weiter dafür einsetzen. Herr Nationalrat Peter hat sich ebenfalls heuer für die Bundesstraße eingesetzt, dies doch einen Erfolg hat und die Arbeiten in Angriff genommen wurden. Sie wissen, daß die Eisenbundesstraße nun in die Kategorie 3 eingereiht wurde, als bevorzugte Bundesstraße und wir wollen hoffen, daß diese Sache doch einer Lösung zugeführt wird. Die Voralpenbundesstraße, die Steyr auch berührt, die liegt noch im argen, man weiß noch nichts von der Umfahrung in Sierninghofen, Sierning usw., wo die Engpässe sind. Das alles ist natürlich für den Fremdenverkehr Steyr äußerst wichtig. Ein Pluspunkt, den wir feststellen können, ist die Haager Bundesstraße. Sie wurde soweit ausgebaut, daß sie im Rohbau schon ziemlich fertig ist. Was uns jetzt in das Gehege kommt, ist die Planung des Raumes Steyr - Enns und der angrenzenden Teile Niederösterreichs. Wir wissen, daß wir da ein sehr schönes Hinterland haben, wo wir Arbeitskräfte für Steyr heranziehen können und ich glaube, daß die Raumplanung für diesen Teil für Steyr besonders wichtig ist und daß wir uns auch hier besonders interessieren müssen. Etwas, was Steyr noch sehr berührt, wäre eine Schnellstädteverbindung Linz über Steyr nach Graz, weil der Weg viel näher ist wie über die Phyrnbahn und auch hier wäre es äußerst wichtig, daß wir doch einmal eine Verbindung bekommen, die über Steyr führt, weil auch hier Steyr mit Steiermark enger verbunden wäre, wenn es hier eine richtige Verbindung geben würde. Ein Problem, das uns Steyrer, jeden Einzelnen, sehr berührt, sind die Kanalprobleme. Sie wissen, daß die Kanäle leider eine dunkle Angelegenheit sind, von denen die Gemeinde nicht gerne redet, weil sie viele Kosten verursachen und man davon nichts sieht. Nun ist heuer ein Betrag von S 8,75 Mill. ausgeworfen und ich muß leider feststellen - ...

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Darf ich etwas sagen. Trotz der kleinen Erfrischung, die jetzt serviert wird, bitte ich um etwas mehr Ruhe, damit wir die Sitzung wie gewohnt in Ruhe abwickeln können.

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Zum Kanalprojekt muß ich sagen, wir haben heuer S 5,8 Mill. Geld zur Verfügung gehabt im Budget. Es wurden aber nur S 2,9 Mill. verbaut. Nun ist es sehr bedauerlich, daß wir nicht die nötigen Firmen haben, die die Aufträge durchführen können. Wenn die Verbauung von S 3 Mill. nicht stattgefunden hat, ist das wieder ein Verlust für die Gemeinde von S 300.000,-, weil alles inzwischen wieder teurer wird. Nun stehen im Jahre 1971 mit den Rücklagen von S 3 Mill. aus dem

Vorjahr weiters S 3 Mill. Kanalgebühren aus dem Jahre 1971 und 1,9 Mill. Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds, also S 7,8 Mill. zur Verfügung, die wirklich zweckgebunden für den Kanal sind. Ich glaube, daß wir heuer dieses Geld verbauen müssen, denn wir kommen sonst mit dem Bund in Rückstand, denn der Bund hat uns für 5 Jahre S 10,9 Mill. Wasserwirtschaftsdarlehen gegeben, aber wir müssen das in 5 Jahren verbauen. Und es ist nun höchste Zeit, daß wir mit den Kanälen weitertun und daß diese Gelder, die zur Verfügung stehen und auch vorhanden sind, entsprechend eingesetzt werden. Eines möchte ich noch sagen, was ein kleiner Schönheitsfehler im ganzen Budget ist, daß die ganzen Kanalkosten im aoH sind, währenddem die Einnahmen, die dafür vorhanden sind, teils im oH stehen. Es ist mir egal, ich möchte nur die Kanalgebühren, die zweckgebunden sind und für den Kanal genützt werden müssen, daß sie auch dafür verwendet werden. Wo sie stehen, ist egal. Ich möchte das erwähnen, damit diese S 3 Mill. nicht für etwas anderes verschwinden im oH sondern für den Kanalbau verwendet werden.

Die Handelsakademie wurde heute schon angeschnitten. Ich glaube, die Errichtung der Handelsakademie ist deswegen für uns so dringend, weil wir damit Kosten aus dem Gemeindesäckel wegbringen, denn wenn wir die Handelsakademie gebaut haben, so wird sie der Bund übernehmen und für die Gemeinde Steyr bleiben weiter keine Verpflichtungen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Wenn es wahr ist!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Das ist überall. Schauen Sie kleine Orte, wie Perg an, die haben das gebaut binnen kurzem und der Bund übernimmt das. Wenn man so schaut in den kleineren Orten, Märkten oder Städten, was die in letzter Zeit an Schulen errichtet haben, um die Wirtschaft zu fördern, so müssen wir sagen, sind wir in Steyr doch wirklich arm daran, weil für höhere Schulen haben wir wirklich sehr wenig gemacht in letzter Zeit. Wir haben schon unsere Volksschulen erweitert usw., aber für die höheren Schulen tun kleinere Orte weit mehr als Steyr.

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF FÜRST:

S 20 Mill, ist das Gymnasium keine höhere Schule?

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Das ist das Einzige, schauen Sie sich die Schulstädte wie z. B. Waidhofen usw. an, was sich dort am Schulsektor regt.

Ein anderes Problem für Steyr ist die Raumplanung des Wehrgrabens. Sie wissen, daß im Wehrgraben nun der Fluß zugeschüttet werden soll, es sind noch Verhandlungen mit der Kommune zu tätigen, die sich in die Länge ziehen, aber der Wehrgraben ist insofern wichtig, dort eine Raumplanung durchzuführen, weil dort soviele schöne Gegenden wären, die für Wohnbauten in Frage kämen und nahe der Stadt sind und kein neuer Grund damit verbaut werden müßte. Nun sind die meisten Häuser dort sanierungsbedürftig bzw. müssen abgebrochen werden oder ähnliches. Ich glaube, wenn wir eine Planung für Wohnbauten vorsehen, wäre auch diese Gegend einzubeziehen, weil man dort viel unterbringen könnte und das ein schönes Wohngebiet wäre, wenn der Wehrgraben saniert ist.

Als nächsten Punkt möchte ich das Altersheim streifen. Sie wissen, daß die Kosten im Altersheim im Jahre 1971 um fast S 1 Mill. gestiegen

sind, und zwar auf S 3,6 Mill. Es ergibt sich ein Zuschußbedarf der Gemeinde für einen Heimpflegling von S 9.000,- im Jahr oder S 750,- pro Monat.

Sie sehen, daß auch hier die Einnahmen und Ausgaben schwer auseinandergleiten. Außerdem möchte ich noch bemerken, daß es für unsere alte Bevölkerung der Stadt Steyr immer schwieriger wird, weil die Zahl der alten Menschen zunimmt und ihnen der Verbleib in den alten Wohnungen langsam unerträglich wird, weil sie mit den Heizungen nicht mehr zusammen kommen, weil die alten Leute die Kohlen nicht mehr tragen können, weil sie vieles nicht mehr herbeischaffen können und so ist das einzusehen, daß wir jetzt beim Fürsorgeamt 398 Anträge zur Aufnahme in das Altersheim haben. Sie sehen, wir haben im Altersheim nur ca. 400 Pfleglinge, sodaß für die Zukunft sehr große Sorgen für das Alter bevorstehen. Ich möchte nur bemerken, daß wir derzeit 60 dringliche Fälle im Fürsorgeamt vorgemerkt haben. Aber es gibt keine Möglichkeit, diese unterzubringen. Daher werden wir uns schon bemühen müssen, in nächster Zeit Abhilfe zu schaffen. Ich möchte noch bemerken, daß der Abgang durch Todesfälle im Altersheim nur 140 jährlich beträgt. Wenn wir 398 Neuaufnahmen vermerkt haben, so dauert das allein 3 Jahre, bis wir nur die schon jetzt Vorgemerkten unterbringen können. Jetzt kommt noch der Zugang dazu. Das heißt, wir müssen uns damit befassen, das Altersheim irgendwie zu vergrößern. Sonst werden wir wohl von den Alten den Vorwurf bekommen ...

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Das ist eine neue Sozialleistung, Herr Gemeinderat, das paßt Ihnen nicht!

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Zuerst haben Sie das kritisiert, Herr Doktor!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Ich habe nichts kritisiert. Die Leute bekommen doch jedes Jahr ihre Zulagen durch die Dynamisierung, warum steigt man den nicht hinauf mit dem Dynamisieren? Es war vorgesehen vom Gemeinderat, die Dynamisierung der Verpflegskosten mit 1. Februar durchzuführen, erfolgt ist sie im August. Wieder ein Verlust von einigen hunderttausenden Schillingen für das Altersheim. Ich bin neugierig, wie es am 1. Februar aussehen wird. Sehen Sie, die Leute bekommen ja deswegen ihre Dynamisierung, damit sie die Steigerung der Lebenshaltungskosten mitbezahlen können. Die Leute sind ja bereit, etwas zu bezahlen, sie wollen nicht alles umsonst haben. Aber sie wollen ein ordentliches Dasein haben. Wenn Sie die alten Leute in ihren Wohnungen anschauen, das ist oft zum Verzweifeln, unter welchen Verhältnissen sie dort leben müssen. Daß die alten Wohnungen verfallen sind, da ist auch wieder der Gesetzgeber schuld, weil man eben das Gesetz nicht geändert hat und daher diese Wohnungen in den alten Häusern verfallen müssen, weil es gar nicht möglich ist, mit einem Zins von S 20,- ein Haus herzurichten.

Außer den Altersheimvormerkungen gibt es noch das sogenannte Pensionistenheim. Auch das ist wesentlich zu klein, viel zu wenig Wohnungen. Wir haben 387 Vormerkungen für das Pensionistenheim. Sie wissen, daß unsere beiden Pensionistenheime 110 Wohnungen beinhalten. Nun sind schon wieder 387 Ansuchen da. Ich muß sagen, daß muß doch für die Gemeinde nicht kostendeckend sein. Die Leute

bezahlen das gerne, das ist nicht wahr, daß sie nichts bezahlen wollen. Ich habe noch keinen gehört, der geschimpft hat über das Pensionistenheim, weil er S 500,- bezahlen muß im Monat. Im Gegenteil, die Leute sind bereit, das zu bezahlen, aber es ist keine Möglichkeit da. Von privater Hand gibt es keinen Hausbau mehr, solange die Mietengesetze so sind, weil kein Mensch mehr Geld in ein Haus steckt, wo andere einziehen. Da sind die Gesetze schuld, da müßten Sie schauen, daß die Gesetze geändert werden. Solange kein privater Wohnbau für Mietwohnungen vorhanden ist, muß eben die Gemeinde das übernehmen, so nachteilig es für die Gemeinden ist, aber das ist die Folge der jahrelangen Politik.

Ich habe mich bemüht, punkto Wohnungen einmal nachzuforschen und habe festgestellt, daß wir in Steyr 14.731 Wohnungen haben. Ich wollte noch eine Aufschlüsselung haben, wieviele private es sind, wieviel von der GWG, von den Steyr-Werken, von der Genossenschaft usw. sind. Es liegt leider nichts vor, aber ich werde mich an Hand der neuen Volkszählung, die 1971 durchgeführt wird, dafür interessieren, daß wir diese Daten bekommen und dann vielleicht doch eine kleine Grundlagenforschung machen, um diesen Wohnbau, der wie Sie alle wissen, so darniederliegt, daß so und soviele Wohnungsvorgemerkte sind, die keine Wohnung in den nächsten Jahren bekommen können und wir alle in Betracht kommenden Wohnbaulustigen heranziehen können, um hier in Steyr etwas mehr Wohnungen zu gewinnen. Es sind 2.399 Wohnungssuchende da und ein Bedarf von jährlich ungefähr 500 Wohnungen und 130 Pensionistenwohnungen, das wäre der jährliche Bedarf, der laufend anfällt. Also 500 Normalwohnungen und 130 Pensionistenwohnungen. Was das an Geld kostet, können Sie sich beiläufig ausrechnen und wer dieses Geld aufbringt, das ist wieder eine andere Sache. Es gibt nichts anderes als daß endlich die Wohnungssuchenden selbst beitragen müssen und nicht alles von der Allgemeinheit erwarten. So wie es bei jeder anderen Genossenschaft ist, daß der Wohnungssuchende einen gewissen Betrag herlegt und mit diesem Geld wird begonnen zu bauen, sodaß nicht alles die anderen vorstrecken müssen und der Betreffende selbst nichts leistet für die Wohnung.

Ein Objekt, das die Gemeinde Steyr einmal gekauft hat, ist das Hotel Münichholz. Nun muß ich feststellen, daß im Hotel nun der Konsummarkt errichtet wurde. Dieser Großmarkt bezahlt einen lächerlichen Zins. Ich glaube nicht, daß die Gemeinde Steyr dazu da ist, diese Großeinkaufsgenossenschaften, wie Konsum, zu subventionieren. Wenn der Konsum dort S 950 monatlich bezahlt für das Riesengeschäft mit 500 m2, glaube ich, so ist das wirklich nicht in Ordnung. Ich glaube, man sollte alles daransetzen, hier einen entsprechenden Zins festzusetzen. Daß die Gemeinde das bezahlen soll, ist nicht in Ordnung. Der Konsum zahlt dort einen Quadratmeterpreis von S 2,-, während kleine Gewerbebetriebe an die Gemeinde einen Quadratmeterpreis von S 20,- bezahlen müssen. Wenn man das andere betrachtet, z. B. das Volkskino. Eine Theatervorstellung im Volkskino kostet der Stadtgemeinde Steyr an den Arbeiterverein S 4.270,- Nur ein Abend. Sehen Sie, das möchte ich schon sagen, daß man solche Dinge wie beim Konsum in Münichholz nicht durchgehen lassen kann.

Ein anderes, sehr wichtiges Kapitel für Steyr ist die Altstadtsanierung. Das muß ich sagen, diese Fassadenaktion, die begonnen wurde, die wirklich ins Laufen gekommen ist, glaube ich, ist nur zum Vorteil der Gemeinde und die Gemeinde Steyr hat

einen verhältnismäßig geringen Anteil beigetragen, das was sie selbst getragen hat, waren ganze S 114.000,- und es wurde doch sehr viel mit diesem Geld geschaffen. Weil eben die anderen soviel dazu beigetragen haben. Ich möchte das als leuchtendes Beispiel bringen, nicht daß alles die Gemeinde allein machen muß, sondern wenn die anderen Bevölkerungskreise mittun, ergibt sich ein Vielfaches von dem, was die Gemeinde einleitet. Ich gl aube, daß diese Fassadenaktion und die Altstadtsanierung in den Sinne weitergehen soll, wie es jetzt war. Das gereicht zum Wohle der ganzen Stadt, denn wenn wir schon Fremdenverkehrsstadt sind, müssen wir auch diesen Dingen größte Aufmerksamkeit zuwenden. Hier ein Vorgang, der beispielgebend ist nicht nur hier sondern auch für ganz Österreich, weil diese geringe Starthilfe der Gemeinde von S 114.000,-- ungefähr einen Geldumsatz von einer Million gebracht hat, der in diesen Häusern investiert wurde, unter Mithilfe aufgeschlossener Bevölkerungskreise.

Eine andere Sache, die den Fremdenverkehr betrifft, möchte ich ebenfalls anregen, ich habe das schon im Kulturausschuß getan, und zwar würde ich es mir sehr gut vorstellen können, wenn man in Steyr in den nächsten Jahren eine Eisenkunstwerkeausstellung veranstalten würde, und zwar in dem Rahmen, wie z. B. Krems die Gotikausstellung oder Florian die Donauschule-Ausstellung gemacht haben, also eine Ausstellung, die ausgewählte Eisenkunstdenkmäler vereinen würde, die man im Innerbergerstadel mit dem anschließenden Gebäude machen könnte und die 1/2 Jahr dort aufgestellt wird, wie alle anderen großen Ausstellungen. Ich glaube, das wäre für Steyr nicht nur als Fremdenverkehrsstadt sondern auch für die ganze Eisenindustrie der Umgebung sehr zielführend. Ich würde vorschlagen, daß man in nächster Zeit sich einmal darüber den Kopf zerbricht, wer in das Kuratorium dieser Ausstellung, z. B. Kunsthistoriker usw., hineingenommen wird, daß man das einmal bespricht und vielleicht doch im Laufe der nächsten Jahre - denn so rasch geht das nicht - diese Ausstellung vollführt. Ich glaube, es würde dem Handwerk Aufschwung geben und würde für Steyr ein Anziehungspunkt für ganz Europa sein, wenn die Ausstellung von März bis Oktober läuft und ich glaube, es wäre für alle Teile ein Vorteil gegeben.

Dann ein kleiner Wunsch, den ich auch anbringen muß, weil er immer wieder zurückgestellt wurde, das ist die Asphaltierung der Krakowitzer Straße. Diese Straße ist bei der neuen Fachschule für Damenkleidermacher. Sie ist eine ziemlich stark frequentierte Durchzugsstraße und dort ist eine riesige Staubentwicklung. Diese Straße ist die einzige Zufahrtsstraße für dieses Viertel und dieser Staub ist wirklich sehr lästig, weil alle paar Minuten dort ein Auto fährt und ich glaube, diese 150 m Asphaltierung wird hoffentlich die Gemeinde Steyr im Jahre 1971 aufbringen, um dieses Stück zu asphaltieren. Die Straße selbst habe ich mit eigener Hand und eigenen Mitteln gebaut, das hat der Gemeinde sowieso nichts gekostet.

Nun zum Abschluß möchte ich Ihnen doch wieder einige Maßnahmen vorschlagen, die ich mir vorgestellt habe, um uns aus dieser finanziellen Bedrängnis des Haushaltes herauszubringen. Ich hätte mir da folgendes vorgestellt:

1. Die Rationalisierung des Amtsbetriebes und die Verringerung der Personalkosten, ein Problem, das immer wieder angeschnitten und nie zu Ende geführt wird.
2. Der brachliegende Haus- und Grundbesitz ist ehestens einer wirtschaftlichen Verwertung zuzuführen oder abzustoßen.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Wo liegt Grund brach?

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Das alte Stadttheater, das Stohl-Haus und so und soviele Gründe. Z. B. Sierninger Straße 63, das einmal gekauft wurde beim Pfefferlberg. Das sind nur einige. Ich werde mir aber die Mühe nehmen, um in der Liegenschaftsverwaltung einmal das herauszuschreiben. Diese unbenützten Häuser verfallen noch vielmehr und es hat keinen Sinn, diese stehen zu lassen.

3. Die Altstadtsanierung ist im verstärkten Maß weiterzuführen.

STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Dieses Grundstück war geplant zur Straßenverbesserung und wird gemacht werden.

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Verkaufen brauchen wir das nicht, aber man könnte dort eine Straße errichten, um eine Einbahn zu führen. Das liegt solange, ohne daß etwas gemacht wird. Das wollte ich sagen.

4. Der Baubeginn der Seifentruhenumfahrung ist beim Bund zu urgieren, um auch in Steyrdorf zu einer Lösung der chaotischen Verkehrszustände zu kommen.
5. Sozial nicht gerechtfertigte Subventionen sind einzustellen.
6. Auf eine wirtschaftlich raschere Bauweise im öffentlichen Hoch- und Tiefbau ist zu dringen. Ich möchte immer wieder sagen, mir erzählen die Patienten, die auf eine Wohnung warten, dort wird etwas fertig und da wird etwas fertig. Aber es heißt immer, in einem halben Jahr wird es noch nicht fertig und die sagen, schauen Sie dort einmal hin, wie die Arbeiter herumstehen. Die Handwerker stehen beim Fenster und arbeiten nichts. Es wäre schon zu kontrollieren, weil es dadurch billiger wird. Sie haben jedes Jahr Lohnnachzahlungen, weil die Bauten so hinausgezogen werden. Die Gemeinde bezahlt jedes Jahr einige hunderttausende Schillinge dadurch, weil die Bauten wieder verschleppt werden.
7. Die GWG. Ich glaube, die GWG wäre zu reorganisieren, um endlich von sich aus die Finanzierung einiger Wohnbauten vorzunehmen. Sie wissen, daß die GWG gar nichts finanziert, sondern immer nur Fremdgelder beansprucht. Ich glaube, wenn man ein Vermögen hat von S 400 Mill., die zu Buch stehen, daß man doch in der Lage sein müßte, von diesem Vermögen etwas für Neubauten einzusetzen. Jeder Private muß es auch machen. Er muß 1/3 der Bausumme haben, bevor er ein Haus anfängt zu bauen.
8. Eine Darlehensaufnahme ist nur für echt wirtschaftsfördernde oder gewinnbringende Investitionen durchzuführen. Man kann nicht Darlehen aufnehmen um das Geld dann zu verschenken oder für etwas zu geben, wo es nicht mehr hereinkommt. Die Zinsenlast wird für die Gemeinde dann unerträglich.

ZWISCHENRUF STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wir können keine Brücke und keine Seifentruhenumfahrung ohne Kreditaufnahme bauen. Das ist auch nicht gewinnbringend.

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Das ist wirtschaftsfördernd oder gewinnbringend, habe ich gesagt. Aber es darf nicht verlustbringend sein, wie es sonst immer ist. Ein Brücken- oder Straßenbau, das sind alles wirtschaftsfördernde Maßnahmen. Wenn etwas geschaffen wird, bin ich absolut nicht

dagegen, ich bin nur dagegen, wenn man Geld aufnimmt, um damit Ausgaben zu decken, die keinen Gegenwert haben.

Nun, meine Damen und Herren, das war alles, was ich heuer sagen wollte. Ich möchte hoffen, daß wir in dieser schweren Zeit und in den nächsten Jahren, die vor uns liegen, wo wir uns um die finanziellen Probleme mehr bemühen müssen, wirklich in einer echten Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg uns mit diesen Schwierigkeiten befassen und ich glaube auch zu einer einvernehmlichen Lösung kommen werden, nur zum Wohle unserer Stadt. Ich danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Kollegen Gärber für seinen Beitrag. Er versteht es glänzend, die Stimmung aufzulockern, wenngleich sein Vortrag nicht immer in allen Punkten logisch ist.

Als Vorsitzender steht es mir zwar nur zu, aufklärend einige Worte zu sagen, möchte aber gerade zum Personal feststellen, daß die Personalkosten beim Magistrat Steyr unter größter Sparsamkeit anfallen, unter Anwendung aller möglicher Bestimmungen. Wir haben die Arbeitszeit verkürzt, wir werden sie mit 1. Jänner 1971 neuerlich kürzen, ohne daß wir deswegen mehr Personal einstellen und ich glaube, daß gerade das Personal des Hauses es in allen Zweigen verdient, daß hier die entsprechende Anerkennung erfolgt, auch in der Dienstbesoldung. Mir scheint nur eines unlogisch. Sie fordern einerseits mehr Plätze im Altersheim, sie fordern eine Ausweitung dort und da, alles neue Bauten und Einrichtungen, andererseits hingegen stimmten Sie im letzten Gemeinderat gegen die Regelungen, die erforderlich sind, um dieses Personal zu bezahlen, das für die Kindergärten zur Verfügung stehen muß. Ich darf auf einen Punkt hinweisen. Wir zahlen allein S 5 Mill. bei unseren drei städtischen Schulen an den Bund, Aufgaben, die der Bund selbst übernehmen müßte. Es ist bis heute nichts geschehen, die Verhandlungen laufen aber bereits in positiver Richtung. Wir eröffnen morgen ein Hallenbad und werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß wir 6 Bedienstete mehr für den Betrieb einstellen müssen. Auch das muß bei der Grundsatzbeschlußfassung mit einkalkuliert werden und daher werden die Personalkosten in dieser Richtung mit jeder Neueinrichtung steigen, denn sonst fällt das Haus oder der Bau - egal was wir errichten - wieder zusammen, wenn keine entsprechende Betreuung vorhanden ist. Das war nur nebenbei ein Einwurf.

Meine Damen und Herren, darf ich Ihnen eines vorschlagen. Es wird noch Frau Gemeinderat Kaltenbrunner sprechen und dann werden wir ca. 10 Minuten unterbrechen und eine Lüftungspause machen.

Frau Gemeinderat bitte!

GEMEINDERAT ANNA KALTENBRUNNER:

Werte Damen und Herren!

Erlauben Sie mir bitte, daß ich anläßlich unserer heutigen Budgetsitzung einige Worte zu Ihnen spreche.

Wir Frauen betrachten es als unsere Aufgabe, auf soziale Probleme hinzuweisen. Mit großer Genugtuung kann hier festgestellt werden, daß gerade bei uns in Steyr schon sehr vieles erreicht werden konnte, worauf wir alle sehr stolz sein können. Es würde entschieden zu lange dauern, wenn ich alles aufzählen würde, was wir durch einsichtsvolles Planen und Finanzieren gerade auf sozialem Gebiet der Fürsorge für unsere Mitmenschen von der Wiege - sagen wir - bis zum Alters- und Pensionistenheim in dankenswerter Weise erreichen konn-

ten.

Herr Bürgermeister Fellinger hat uns heute ausführlich den Entwurf über den ordentlichen Haushalt und über den außerordentlichen Haushalt 1971 dargelegt. Wir werden aber erst am Ende des Jahres 1971 zurückblicken können, was wir uns vorgenommen haben, was realisiert und verwirklicht wurde.

Sie können versichert sein, daß es für uns Frauen das schönste politische Ziel ist, in einer Gemeindestube zum Wohle unserer gesamten Mitmenschen wirken zu können. Und daß das Wohlfahrtswesen sowie der Wohnungsbau eine Herzensangelegenheit von uns Frauen ist, das können Sie mir glauben.

Wie Sie ja, verehrter Gemeinderat, wissen werden, führen wir Gemeinderätinnen ständige Besuche in unserem Altersheim durch. Dabei werden wir natürlich mit vielen privaten Sorgen unserer Heiminsassen konfrontiert. Und ich möchte in diesem Sinne über die "Verantwortlichkeit" der Gemeinde für unsere betagten Mitbürger sagen, daß es die Veränderung der Sozialverhältnisse in den letzten Jahrzehnten mitgebracht hat, daß die Familie Aufgaben, wozu auch die Betreuung der betagten Mitglieder gehört, nicht mehr übernimmt. Das hat natürlich zur Folge, daß die öffentliche Hand immer mehr von diesen Aufgaben übernehmen muß. Der alte, nicht mehr berufstätige Mensch, verliert soziale und menschliche Kontakte und gerät dadurch in die Gefahr der Vereinsamung! Es müssen daher den "Betagten" Einrichtungen und soziale Dienste zur Verfügung gestellt werden, die ihnen die Möglichkeit geselliger Kontakte, sinnvoller Beschäftigung sowie geistiger und körperlicher Erholung und Anregung bieten. Solche Einrichtungen und Dienste haben auch auf den Gesundheitszustand alter Menschen einen günstigen Einfluß und helfen dadurch auch andere meist kostspieligere soziale Dienste ersparen.

Unsere Gemeinde erbringt auf dem Gebiete der Betreuung alter Menschen, auf Grund gesetzlicher Verpflichtung oder auf Grund freier Initiative, große Leistungen in organisatorischer und finanzieller Hinsicht. Der Anteil unserer betagten Mitbürger wird in den kommenden Jahren immer weiter ansteigen. Damit werden auch die Aufgaben und Leistungen unserer Gemeinde noch größer, die wir aber nur erfüllen können, wenn uns dazu die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

Wir müssen uns alle damit vertraut machen, daß es für die Menschen unserer Zeit einen dritten Lebensabschnitt gibt, für den auch wir in der Gemeindestube verantwortlich sind. Es sollen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um unseren alten Menschen das Leben lebenswert zu machen.

Sehr verehrter Gemeinderat! An uns alle werden noch sehr viele Probleme herankommen. Eines steht aber fest, daß wir uns nicht gegeneinander sondern miteinander für das Wohl unserer Stadt und ihrer Bevölkerung einsetzen müssen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke der Kollegin Kaltenbrunner für ihre Ausführungen.

Wir unterbrechen die Sitzung und machen eine Pause von 10 Minuten.

- P a u s e -

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

Nach dieser Pause, die zur Stärkung gedient hat, hoffe ich, daß wir nun die Sitzung weiterführen können. Es

haben sich noch als Redner vorgemerkt - ich darf diese der Reihe nach verlesen - Herr Gemeinderat August Moser, Herr Gemeinderat Fritsch und Gherbetz, Herr Stadtrat Wallner, Herr Gemeinderat Dr. Stellnberger und Herr Stadtrat Fürst. Als 11. Redner hat sich nun noch Herr Stadtrat Wippersberger gemeldet. In dieser Reihenfolge werden wir nun die Diskussion weiterführen. Es spricht nun Herr Gemeinderat Moser.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER: Sehr geehrter Gemeinderat!

Vor mehreren Tagen erhielten wir wieder das grüne vor uns liegende Buch, das gewissermaßen den Fahrplan für das kommende Jahr für uns Gemeinderäte darstellt. Der Voranschlag für 1971, als ich ihn zur Hand nahm und durchblätterte, hat mir einen Spruch, den ich vor vielen Jahren bei einer Budgetberatung getan habe, in Erinnerung gerufen. Und zwar habe ich damals gesagt, die Budgets der Gemeinde Steyr gleichen sich von einem Jahr zum anderen wie ein Ei dem anderen gleicht. Es waren damals ausgeglichene Budgets ohne einen Schuldenstand, es war ein ganz geringer zu verzeichnen, den man gewissermaßen nur als Dekoration hineingenommen hat. Es waren geordnete Finanzen und als ich trotzdem damals auf gewissen Notstand vieler Gemeinden hingewiesen habe, hat man mir gesagt, aber Herr Kollege, Steyr ist doch eine reiche Gemeinde! Heute, das klingt wie ein Märchen, ist aus dieser reichen Gemeinde eine arme Gemeinde geworden. Ich möchte fast sagen, es klingt wie ein Märchen, daß man sagt, Steyr ist ebenfalls arm geworden. Warum fiel mir bei der Durchsicht dieses Voranschlages der damalige Ausspruch ein? Weil heute die Voranschläge schon seit einigen Jahren, Dr. Gärber hat einiges Ziffernmaterial aufgezeigt, anstatt steigender, sinkende Einnahmen zu verzeichnen sind mit Ausnahmen, es wurden auch hier Ziffern genannt. Anstatt daß wir von Rücklagen unseren Haushalt, den außerordentlichen, dotieren könnten, um ein wirklich vorwärtsdringendes Programm durchzuführen, müssen wir Darlehen aufnehmen, die die Gemeinde in immer größere Verschuldung bringen, die außerdem einen immer höheren Zinsenfuß verlangen, wobei es richtig ist, daß es andere Städte gibt, die viel mehr verschuldet sind als die Gemeinde Steyr. Die Frage ist für uns, für mich zumindest, daß ich mir sage, ist die Gemeindeverwaltung selbst, sind die Gemeinderäte in ihrer Gesamtheit an dieser Verschuldung schuld, ist es ihre Unfähigkeit oder ist eine Schlampigkeit schuld daran? Wenn man die Frage so stellt und überprüft, muß ich sagen, daß man diese Frage bestimmt und mit Sicherheit mit nein beantworten kann. Es hat ohne Zweifel Versäumnisse gegeben, die der Gemeinde in ihrer Weiterentwicklung nicht zum Nutzen waren. Aber zum Armwerden der Gemeinde haben sie sicher nicht geführt. Wir Kommunisten haben seit Jahren in den Gemeinden bei den Budgetberatungen auf die gemeindefeindliche Bundesfinanzpolitik hingewiesen und an die sozialistische Mehrheit des Gemeinderates appelliert, sich als die damals zweitstärkste Partei in Österreich gegen diese Finanzpolitik des Bundes zu wehren. Herr Bürgermeister hat bei seiner Rede zum Budget 1970 folgendes gesagt, ich darf aus dem Protokoll zitieren: "Fragen Sie mich nach der Ursache des Rückganges, so liegt die Hauptursache in der Finanzpolitik des Bundes gegenüber seinen nachgeordneten Gebietskörperschaften, nämlich den Gemeinden." Der Herr Bürgermeister verwies in seinen weiteren Ausführungen darauf, daß zu Gunsten gewisser Gruppen der Gesellschaft die Einkommenssteuerreform, die Wachstumsgesetze usw. gemacht wurden. Es waren dieselben Argumente, mit fast denselben Wor-

ten, die wir als Kommunisten seit Jahren über die Bundesfinanzgesetzgebung zum Ausdruck gebracht haben. Doch Worte allein genügen nicht, um aus diesem Dilemma herauszukommen. Es müssen von den Gemeinden Schritte unternommen werden, die Initiative müßte von den Industriegemeinden ausgehen, denn sie sind ja die am schwerst Betroffenen. Wir haben jetzt eine sozialistische Regierung, die müßte mehr Verständnis für die Nöte der Industriegemeinden haben. Ich würde daher anregen, die Gemeinden mögen bei der Regierung vorstellig werden und eine frühzeitige Neuerstellung des Finanzausgleichsgesetzes verlangen, das bekanntlich erst 1972 abläuft.

Der Herr Bürgermeister hat in seinen Ausführungen heute gesagt, die uns derzeit zur Verfügung stehenden Mittel werden nie ausreichen, um die immer mehr und neu anfallenden Aufgaben für die Gemeinden zu lösen. Wir sind ebenfalls dieser Auffassung und deshalb glauben wir, daß es unbedingt notwendig ist, daß das Finanzausgleichsgesetz, das so ungerecht gegen die Gemeinden sich auswirkt, einer früheren Abänderung zugeführt werden solle als es im Gesetz vorgesehen ist. Nach Angaben im österreichischen Städtetag und Gemeindetag benötigten die österreichischen Gemeinden in den nächsten 4 Jahren rund 44 Milliarden für Investitionen, die teils bereits begonnen, zumindestens aber grundsätzlich beschlossen wurden. Diesen Finanzbedarf können die Gemeinden im Durchschnitt nur ungefähr zu 23 % aus eigenen Mitteln decken. Weitere 23 % erhalten sie in Form von zweckgebundenen Bundes- und Landesbeiträgen und Bedarfszuweisungen. 7 % muß die Gemeindebevölkerung in Form von Aufschließungsgebühren usw. bezahlen. 47 %, das sind rund 21 Milliarden, müssen bei Sparkassen und anderen Geldinstituten aufgenommen werden. Der Zinsfuß schwankt bekanntlich zwischen 6 % und 9 % und hängt auch von der Dauer der Laufzeit ab, sodaß die Gemeinden 15 Milliarden zusätzlich an Zinsen zu bezahlen haben. Daraus ergibt sich, daß eine bessere Deckung des Finanzbedarfes der Gemeinde erreicht werden muß. Wir sind der Auffassung, daß zumindestens erstens das Finanzausgleichsgesetz schon jetzt oder ab diesem Zeitpunkt zugunsten der Gemeinden abgeändert werden soll, zweitens daß die Gemeinden durch Zinsenzuschüsse des Bundes oder der Länder in die Lage versetzt werden, billige Kredite zu erhalten, drittens die Pflichtreserven der Banken nur dann bis zum gewissen Ausmaß in Anspruch genommen werden können, wenn die freiwerdenden Beträge ausschließlich zur Deckung des Finanzbedarfes der Gemeinden mit niedrigem Zinsfuß dienen.

Die Beibehaltung des bisherigen Zustandes würde letztenendes eine Einschränkung der Investitionstätigkeit der Gemeinden und damit einen weiteren Aufschub des Baues lebenswichtiger Einrichtungen zur Folge haben. Die Voraussetzungen müssen von der Regierung geschaffen werden, um den Gemeinden wieder wirkliche Investitionstätigkeit zu ermöglichen. Alles andere ist Flickwerk und bedeutet für die Gemeinden ein "Durchwurschteln".

Ich möchte hier einige Ausführungen, die nicht von einem Kommunisten, aber von sachkundigen Leuten stammen, kurz zur Verlesung bringen. Es heißt hier: "Was haben andere zu diesen Finanzproblemen bereits erklärt? Man sage uns nicht, daß der Budgetnotstand keine anderen Wege zulasse. Die Lastenverteilung könnte auch anders sein. Der Arbeiterkammertag hat sehr konkrete Vorschläge unterbreitet, z. B. warum nicht Schluß mit den Ausfällen der direkten Steuern durch Steuerprivilegien. Die Schätzung der Arbeiterkammer beläuft sich auf 40 % Minderaufbringung durch diese Privile-

gien. Die Pauschalisierung an Kosten, die Landwirtschaft eingerechnet, S 1 - 2 Milliarden. Warum nicht Schluß mit der Gestaltungsfreiheit der Steuerleistung, die bekanntlich vielerlei Gestalten hat. Die Repräsentationsessen, die als Konferenzspesen getarnt sind, die Urlaubsreisen, die Villen, die man als Erholungsheime tarnt und einige Spesen kosten. Warum keine Progressionserhöhung für Spitzenverdiener? Auch das wäre eine Möglichkeit. Warum die schonende Behandlung der Vermögenssteuer, warum keine Sistierung der Erbschafts- und Schenkungssteuer? Warum keine, wenigstens teilweise Rücknahme der besonderen Begünstigungen der Spitzenverdiener durch die Kinderermäßigung? Warum nicht wenigstens eine Novellierung der Wachstumsgesetze und warum nicht eine Differenzierung bei den Verbrauchssteuerzuschlägen? Die bleiben lieber bei der alten Politik der Schonung der gut Situierten und Härte gegenüber den wirtschaftlich Schwachen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ERICH SABLIK:

Warum nicht zum Budget der Gemeinde?

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Das gehört zum Budget. Ich spreche von den Budgetsorgen der Gemeinde, Kollege! Wenn Sie das nicht verstehen, tun Sie mir leid. Nehmen Sie ein für allemal zur Kenntnis, ich lasse mich in meiner Redefreiheit nicht einschränken.

GEMEINDERAT ERICH SABLIK:

Das war nur ein Zwischenruf!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Wenn Sie die Absicht haben, so stoßen Sie ...

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich möchte einwenden, darf ich kurz unterbrechen. Es steht zwar dem Vorsitzenden zu, hier einige Einschränkungen vorzunehmen, das ist in der Geschäftsordnung festgelegt, ich habe davon nicht Gebrauch gemacht in der Annahme, Kollege Moser, daß Du Dich in Deinen Ausführungen ...

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ich habe mich, Herr Vorsitzender, bisher im Zusammenhang mit Gemeindefinanzen daran gehalten. Ich habe gesagt, daß die Gemeinde mehr Mittel braucht, wenn sie ihre Aufgagen durchführen soll. Es scheint mir jetzt - das möchte ich auch so zwischendurch sagen - eine Tendenz bei der Mehrheitsfraktion zu herrschen, eine gewisse Einschränkung der Redefreiheit durchzuführen. Besonders Herr Kollege Weiss als Vizebürgermeister und Vorsitzender hat schon wiederholt solche Tendenzen gezeigt. Ich möchte es ganz offen sagen, daß auch Herr Stadtrat Kinzelhofer heute in seinen Ausführungen ähnliches durchblicken ließ, daß sich gewissermaßen die Minderheiten herausnehmen zu kritisieren oder nur im Forum des Plenums zu sprechen und nicht in den Ausschüssen. Nehmen Sie zur Kenntnis, es steht der Opposition in einem demokratischen Staat diese Möglichkeit jederzeit offen, die wir uns nicht nehmen lassen. Ich möchte dazu auch folgendes sagen, auch wenn Herr Kollege Weiss letztes Mal gesagt hat in der Gemeinderatsitzung - ich werde darauf zurückkommen, das ist mir jetzt entfallen. Es hat eine ähnliche Tendenz gezeigt und darum habe ich das erwähnt. Diese Ausführungen, die ich zuletzt zum Ausdruck gebracht habe, sind von niemandem anderen als von Frau Dr. Firnberg, heute Minister für Wissenschaft und Forschung, am 26. 6. 1968 gemacht worden und ich glaube, es ist auch für uns ein Zeichen und auch für die sozialistische Fraktion soll es ein Zeichen sein, daß sie selbst ihren Pro-

grammen entsprechend, diese Forderung aufgestellt haben, die sie, wenn sie jetzt zitiert werden, nicht anhören wollen. Es heißt weiter, "natürlich würden wir bei Milliardenausgaben, die im Landwirtschaftsbeispiel drinnen sind, zu sparen beginnen, und zwar würden wir von allem Anfang an, wenn wir die Finanzpolitik zu gestalten hätten, bei den Milliardensubventionen für die Großagrarier beginnen." Diese ebenfalls hochaktuelle Erklärung stammt vom jetzigen Bundeskanzler Dr. Kreisky aus derselben Sitzung. Zum Budget konkret. Ich möchte ebenfalls sagen, daß ich über den ordentlichen Haushalt nicht viele Worte verlieren will. Es ist uns allen bekannt, daß das die Pflichtausgaben sind, die wir machen müssen. Wir freuen uns nicht über die steigenden Kosten verschiedener Gruppen, aber wir sehen sie als unvermeidlich an, das heißt, wir können nur der Magistratsverwaltung anempfehlen und befürworten, größte Sparsamkeit bei Neuanstellungen walten zu lassen und nur wenn es unbedingt notwendig ist, solche vorzunehmen. Interessant ist für mich besonders der außerordentliche Haushalt. Was ist mit S 65 Mill. geplant, die vorgesehen sind? Besonders interessant für mich ist immer, was ist vorgesehen, um den Wohnhausbau durchzuführen? Ich sehe erfreulicherweise in diesem Voranschlag trotz der schwierigen Finanzlage S 10 Mill. für den Wohnbau eingesetzt.

Ich möchte aber dazu folgendes sagen. Wir haben im Jahre 1968 ebenfalls S 10 Mill. für Wohnbauzwecke eingesetzt und es ist bekannt, daß nur S 5 Mill. zum Wohnbau verwendet wurden. Wir haben auch im Jahre 1970 S 10 Mill. eingesetzt und es wurden, glaube ich, nur S 3 Mill. für Wohnbauzwecke verwendet. Was nützt es uns, wenn wir S 10 Mill. präliminieren und nur einige Millionen wirklich für Wohnbauzwecke verwendet werden?

Was sind die Ursachen? Der sozialistische Landesrat Friedl hat uns bei einer Pressekonferenz folgenden Bericht gegeben. Vom 1. 1. 1968 bis 31. Oktober 1970 wurden in Oberösterreich aus dem Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds, aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds und aus dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 1.713 Eigenheime, 5.169 Eigentumswohnungen und 5.889 Mietwohnungen gefördert. Der Hauptanteil entfiel auf Linz mit 4.733, das sind 36,6 %, gefolgt vom Bezirk Wels-Stadt mit 2.184 Wohnungen, das sind 16,69 %. Ich frage, wo bleibt Steyr mit 385 Wohnungen und mit nur 2,94 %? Es wirft sich hier die Frage auf, ob unsere Wohnbaugenossenschaften in Steyr es nicht für notwendig befunden haben oder ob sie es übersehen haben, rechtzeitig ihren Bedarf bei der Landesregierung anzumelden. Ich würde sehr bitten, daß darüber Aufklärung gegeben wird. Wir kommen über diese Versäumnisse nicht hinweg. Wie wird es dann mit der Wohnungsvergebung 1971 aussehen? Wir haben, soweit ich im Bilde bin, verhältnismäßig wenige Wohnungen zu vergeben im kommenden Jahr. Da ist in der Wokralstraße der Bau, der fertiggestellt wird, aber der übrige Bedarf von 200 -- 300 Wohnungen, der gegeben wäre, kann nicht gedeckt werden. Wir werden 1 Jahr mindestens keine Wohnungen vergeben können, da wir wissen, daß die Fertigstellung eines Wohnbaues mindestens in Steyr 2 Jahre dauert, meist sogar länger und ich meine die Kritik, die heute schon geführt wurde bezüglich der langen Bauzeit usw., ist ohne Zweifel berechtigt. Manchesmal hat man in Steyr wirklich den Eindruck, man ist nicht interessiert daran, eine intensive Tätigkeit zu entwickeln. Man braucht nur die Fertigstellung von Wohnbauten von anderen Firmen und Genossenschaften betrachten und sehen, wie lange man bei den Gemeindebauten braucht. Wo hier der Fehler liegt, das müßte das Präsidium

der Gemeinde, die Verwaltung des Magistrates feststellen können. Manches liegt wirklich sehr im argen und es ist mir gerade aus der letzten Zeit ein Fall bekannt, wo ich selbst dahinter gewesen bin, wo wir seit Juli daranhängen und bis heute noch keine Fertigstellung und noch immer keine klare Auskunft gegeben werden kann, ob das möglich ist oder nicht. Ich glaube, daß es hier notwendig ist, auf diesem Gebiet wirklich nachzugehen und auch bezüglich des Wohnbaues und der mangelnden Zuteilung. Ich glaube, es wird sicher erklärt werden, vom Herrn Bürgermeister wahrscheinlich, daß diese mangelnde Zuteilung auf diese Einteilung zurückführt, die gegeben ist, aber wenn Linz und Wels mit einem verhältnismäßig großen Prozentsatz beteiligt sind, so muß doch das auch der Gemeinde Steyr - wenn ich nicht irre, ist sogar der Herr Magistratsdirektor in diesem Landesausschuß vertreten - möglich sein und man müßte wissen, daß man dort rechtzeitig die Anmeldungen vornimmt um auch bei der Zuteilung dann dem Bedarf entsprechend beteilt zu werden. Wir haben in der letzten Gemeinderatsitzung gehört, daß Kindergärten eine Mangelware sind. Bei dieser Diskussion wurde auch auf die Bedeutung der Kindergärten in ihrer Vorschulerziehung hingewiesen. Ich möchte darauf verweisen, daß 60 % aller Kindergärten in Oberösterreich in privaten Händen sind. Die Mittel der Gemeinden reichen sicher nicht aus, ich habe das in der letzten Gemeinderatsitzung bei aller Kritik bezüglich der Kindergartengebühren gesagt, es ist mir klar, daß der Bedarf an Kindergärten so ähnlich wie bei Garagen und Parkplätzen immer mehr steigen wird und daß deshalb die Gemeinde voraussichtlich versuchen muß, Mittel dafür zu bekommen. Daß das bei den derzeitigen Mitteln, den ganzen Bedarf an Kindergärten, der heute schon gegeben wäre zu decken, nicht durchführbar ist, ist mir klar und deshalb auch unsere Anregung uns als Gemeinde zu bemühen, das Finanzausgleichsgesetz früher abzuändern um den Gemeinden die notwendigen Mittel zuführen zu können. Das wäre unserer Auffassung nach ein Weg, mehr Mittel für die Gemeinde zu beschaffen. Der Herr Bürgermeister hat heute in seiner erklärenden Art des Budgets gesagt, man muß dabei feststellen, daß die Ansichten und Meinungen der verschiedenen Gruppen usw. in verschiedenen Aufgaben auseinandergehen. Wir sind der Auffassung, daß wir die Erziehung der vorschulpflichtigen Kinder nicht privaten Händen überlassen sollen, sondern daß das eine Aufgabe des Staates ist, daß deshalb auch den Gemeinden die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Zu einigen anderen Fragen, gewissermaßen Detailfragen. Ich möchte darauf verweisen, mir ist aufgefallen im Voranschlag bezüglich Städtische Unternehmungen, Wirtschaftsplan 1971 oder Erfolgsplan. Es heißt hier gleich im 1. Absatz, hier wird angeführt Materialaufwand S 1,009.000,-; Personalaufwand S 1,628.000,-; Anderer Aufwand S 5,516.000,-. Ich möchte hier fragen, was versteht man unter "Anderer Aufwand"? Ist das eine mehr oder weniger anonyme Post mit über S 5 Mill., dann kann man alles mögliche hineinnehmen. Ich bin der Meinung, daß bei so hohen Summen schon konkret angeführt wird, was bei dieser S 5-Mill.-Post alles mitberücksichtigt wird. Es müßten zumindest einige der markantesten angeführt werden. Wenn es sich um S 10.000,- oder S 100.000,- dreht, dann kann man das verstehen, das ist diverses anderes, aber bei so hohen Posten müßte das konkret angeführt werden. Es sind noch einige Stellen, die mit über S 1,500.000,- dotiert sind, auch wieder unter die Titulierung "Anderer Aufwand". Ich glaube, daß

das irgendwie von der Verwaltung nachgesehen werden müßte und daß der Gemeinderat berechtigt ist zu sagen, was kommt in eine solche Summe unter "Anderer Aufwand" hinein? Ich möchte daran erinnern, daß wir vergangenes Jahr - ich möchte fast sagen gemeinsam - uns dafür eingesetzt haben, daß das damals viel zu kleine Wartehäuschen in der Johannesgasse doch einer Vergrößerung zugeführt wird, weil gerade dort ein Brennpunkt des Verkehrs ist. Es wurde vielleicht nicht zu unrecht darauf verwiesen, daß im Zuge der dort notwendigen Verbreiterung usw. ja ohnehin etwas Neues geschaffen werden muß. Nun setzt man voraus, wenn etwas Neues geschaffen wird, daß es gleich den heutigen Verkehrsverhältnissen und Ansprüchen entsprechend fertiggestellt wird. Ein Wartehaus oder Wartehäuschen, wie man es bezeichnen will, soll ein Raum sein, der vor Wetter schützt, der die Passagiere, die auf den Autobus warten, wirklich die 10 Minuten - besonders jetzt in der kalten Jahreszeit - gegen Regen und Schnee schützen soll. Aber schauen Sie sich dieses sogenannte Wartehaus an. Das kann man bestenfalls als eine Station bezeichnen, daß jeder sieht, hier hält der Autobus, aber nicht als ein Wetterschutzraum. Das ist nur eine Rückwand, ein schräg gestelltes Dach, keine Seitenwände und auch vorne ganz ungeschützt. Dort können Wind und Wetter eindringen, auch gegen Schnee und Regen bietet es keinen Schutz. Hören sie sich einmal die Diskussionen an, die dort geführt werden. Ich weiß nicht, in wessen Ressort das fällt, wer dafür verantwortlich ist. Ich habe vor einigen Wochen, ca. vor 14 Tagen, im Tagblatt gelesen, da hat die sozialistische Fraktion irgend einer Gemeinde - ich glaube im Salzkammergut - den Antrag gestellt, so wie bei uns damals, daß für die Haltestelle der Autobusse ein Wetterschutzhaus gebaut werden soll. Das glaube ich, ist der richtige Ausdruck dafür, Wetterschutzhaus, nicht Wartehäuschen. Aber das, was dort ist, ist alles andere früher. Das kann sich jeder ansehen. Dabei ist es aus schwerer Eisenkonstruktion. Es könnte wahrscheinlich aus viel leichterem Material sein. Es gibt eine ganze Reihe anderer Wartehäuschen, die eine Art Glashäuschen sind, aber wo die Leute wirklich von allen Seiten vor Wind und Wetter geschützt sind und es müßte heute gerade in einer Stadt und der modernen Entwicklung entsprechend auch nicht nur ein schräges Dach sein, sondern auch vorne denEinstieg des Autobusses überdecken, nicht daß die Leute, wenn sie beim Warten geschützt sind, beim Einsteigen erst vom Regen und Schnee belästigt werden. Das ist eine Fehlkonstruktion, das muß jeder, wenn er das sachlich anschaut, zugeben. Einen Wetterschutz haben die Passagiere nicht zu verzeichnen. Ich würde bitten, daß dem nachgegangen wird und daß das geändert wird, damit die Passanten wirklich vor Wetter geschützt sind.

Ich habe im vergangenen Budget an Herrn Stadtrat Kinzelhofer des Ansuchen gestellt und den Vorschlag gemacht, die Tarife der Autobusse zu überprüfen, ob es nicht ähnlich wie in Wien und in anderen Gemeinden - auch die Bundesbahn hat das gemacht - möglich wäre, eine Tarifsenkung herbeizuführen, weil nicht immer - wie ich gesagt habe - höhere Preise zu einer Sanierung beitragen können, sondern auch eine höhere Frequenz. Es gibt verschiedene Beispiele, wo das zugetroffen hat und auch in der Presse wurde das veröffentlicht. Ich habe gleichzeitig Herrn Stadtrat Kinzelhofer ersucht, man möge überprüfen den Wunsch der Bevölkerung von Klein-aber-Mein, einen dritten Autobus in der Woche dort hinaufzuführen. Herr Stadtrat Kinzelhofer hat versprochen, dieses Begehren einer Durchrechnung zuzuführen,

ob es möglich sein wird oder nicht. Ich möchte ihn fragen, ob man diesbezüglich eine Durchrechnung vorgenommen hat, sowohl bezüglich der Senkung der Tarife als auch über die Notwendigkeit eines dritten Autobusses, ich habe Dienstag vorgeschlagen, nach Klein-aber-Mein einzuschalten.

Ich ersuche Herrn Stadtrat Kinzelhofer um eine Auskunft diesbezüglich.

Abschließend möchte ich sagen, ich betone das noch einmal, daß die Gemeinde allen Aufgaben und Problemen, die die moderne Zeit, der wachsende Verkehr, der Bedarf an Kindergärten, Heimen, Horten und Spielplätzen, die Wohnbautätigkeit usw., mit sich bringen nur dann nachkommen kann, wenn ihr von Bund und Land mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Aber dafür werden die Gemeinden kämpfen müssen. Ich glaube, daß, wenn die Regierung von den Gemeinden unter einen gewissen Druck gestellt wird, kann sie sich auch gegen die Forderung der Gemeinden nicht verschließen. Da haben sowohl Bundeskanzler Kreisky, wie Finanzminister Androsch und auch der Landwirtschaftsminister dem Druck der Bauern durch ihre Demonstration um gewisse Konzessionen nachgegeben und sie haben Konzessionen gemacht. Ich glaube, daß man sich gerade gewissen Forderungen der Industriegemeinden nicht verschließen kann, weil ja den Gemeinden, wie wir selbst wissen, immer größere Aufgaben zugeteilt werden und zufallen, wie es der Herr Bürgermeister heute selbst in seiner Perspektive, die er für die Zukunft entwickelt hat, festgestellt hat. Das ist auch uns vollkommen klar und hier decken sich unsere Meinungen, wahrscheinlich decken sie sich nicht ganz über den Weg, den wir vorgeschlagen haben, aber wir sehen, daß mit Gemeindemitteln alle diese großen Aufgaben, so wie sie jetzt den Gemeinden gestellt sind, nicht durchgeführt werden können. Da die Gemeinde trotz steigenden Schuldenstandes bemüht ist - ich darf auf den außerordentlichen Haushalt verweisen - alle jene Arbeiten durchzuführen, um einen Stillstand in der Entwicklung der Stadt zu vermeiden und den dringenden Aufgaben gerecht zu werden, in der Annahme, daß sich die Gemeinde im Sinne jener Anregung mehr Mittel für die Durchführung ihrer Aufgeben von der Regierung zu erhalten bemüht, stimme ich für den vorgelegten Haushaltsvoranschlag 1971. Sowohl für den - das ist ein Widerspruch zu der heutigen Auffassung der Mehrheit, ich sage das ausdrücklich - ordentlichen wie auch für den außerordentlichen Haushalt. Das ist in früheren Jahren immer auch von der Mehrheitsfraktion gesagt worden und angeregt worden, daß hier gewissermaßen schon Ausnahmen gemacht werden können. Ich erinnere, daß ich länger als 10 Jahre hindurch dem Budget meine Zustimmung gegeben habe und betont habe, mit Ausnahme des Polizeikostenbeitrages. Das hat sich jedes Jahr wiederholt, daß es manchmal ins Lächerliche gezogen wurde. Der Enderfolg hat mir recht gegeben. Ich sage es nicht deswegen, daß es eine neue Auffassung ist, die auch jetzt vertreten wird, daß man sich nicht über einzelne Posten des Budgets vorenthalten kann dafür zu stimmen oder nicht. Das wollte ich gesagt haben. Ich betone aber nochmals, daß ich für den heutigen Voranschlag in seiner Gesamtheit stimme.

Ich möchte abschließend allen Arbeitern und Angestellten der Gemeinde für ihre Arbeit im Dienste der Gemeinde des abgelaufenen Jahres danken und wünsche allen ein frohes Weihnachtsfest und viel Erfolg und Gesundheit für 1971. Selbstverständlich gelten diese Glückwünsche auch dem Herrn Bürgermeister, dem Präsidium und dem gesamten Gemeinderat.

Ich danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Gemeinderat Moser für seine Erläuterungen. Ich möchte aber feststellen, daß ich als Vorsitzender stets die Überlieferung in diesem Hause respektiert habe, daß jeder jedes reden kann, was er glaubt reden zu müssen. Daß dem nicht so ist, geht aus der Geschäftsordnung hervor, die wir seit 1 1/2 Jahren besitzen und nun neue Maßstäbe im Ablauf der Gemeinderatsitzungen setzt. Ich beweise das mit § 9 Abs. 2: Der Vorsitzende hat dafür zu sorgen, daß nur solche Angelegenheiten durch den Gemeinderat behandelt werden, die in den Wirkungsbereich der Stadt fallen und bezieht sich später im § 19 Abs. 4: Abschweifungen von der Sache ziehen den Ruf "Zur Sache" nach sich. Ich möchte das nur der Ordnung halber erklären. Ich habe nie davon Gebrauch gemacht und glaube auch, es ist im Sinne einer gedeihlichen Diskussion nicht notwendig. Nur möchte ich doch Erklärungen dieser Art, wie sie Gemeinderat Moser gemacht hat, ich rede hier was mir paßt, nicht hören, sie sind nicht recht am Platz, sie wirken etwas unangebracht.

Die weiteren Wortmeldungen: Herr Gemeinderat Fritsch, als 6. Diskussionsredner, außerdem haben sich noch zu Wort gemeldet Herr Gemeinderat Gherbetz, Stadtrat Wallner, Gemeinderat Dr. Stellnberger, Stadtrat Fürst und Herr Stadtrat Baumann.

GEMEINDERAT KARL FRITSCH: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Bevor ich zu einzelnen Gruppen bzw. Posten des zur Beratung aufliegenden Voranschlages Stellung nehme, gestatten Sie mir einige grundsätzliche Bemerkungen, die vielleicht gerade zur stattgefundenen Kontroverse passen:

Ich darf vielleicht zu Beginn meiner Ausführungen Herrn Stadtrat Kinzelhofer zitieren, der in der Budgetberatung am 18. 12. 1969 laut Sitzungsprotokoll sagte: "Als Mehrheitspartei sind wir uns der erhöhten demokratischen Verantwortung bewußt, die wir bei der Erstellung des Budgets gegenüber den Bürgern unserer Stadt zu tragen haben."

Was aber heißt Demokratie? Doch letzlich nichts anderes als Volksherrschaft! Das Volk wird vertreten durch Parteien bzw. Gruppen, die vielleicht weltanschaulich verschiedene Meinungen, Auffassungen und Interessen haben, jedoch letztlich alle das gleiche Endziel, die Freiheit der Person, die Achtung der Menschenwürde und den wachsenden Wohlstand der Gemeinschaft - wenn auch manchmal auf verschiedenen Wegen - erreichen wollen.

Jedoch sind dabei immer die Grundsätze der Achtung vor dem anderen, der Respektierung seiner Meinung und Person und die Möglichkeit der aktiven Mitsprache der kleineren Gruppen hochzuhalten. Dies bedingt jedoch gleichzeitig ein fallweises Nachgeben des Stärkeren, ein Eingehen auf die Gedanken des anderen und auch die Anerkennung berechtigter Wünsche von Minderheiten, genauso, wie die Mehrheitsmeinungen, so sie gerechtfertigt sind, auch von kleineren Parteien anzuerkennen sein werden. In letzter Konsequenz dieser Überlegungen ergibt sich aber automatisch das Suchen nach Kompromissen, das Streben nach Verständigung und Einigung, wobei jedoch dabei immer das Gemeinwohl vor Augen zu halten sein wird. Nun, wie schaut es damit in unserer Gemeindestube aus? Wir - das heißt, die gewählten Vertreter der ÖVP - anerkennen demokratisch die Mehrheitspartei, deren Wünsche und Interessen, fordern aber auch gleichzeitig, daß un-

sere Anregungen und Auffassungen zumindest in kleinerem Umfang respektiert und auch realisiert werden, und dies zu einem Zeitpunkt, der den gegebenen Tatsachen entspricht. Ich muß loyalerweise feststellen, daß einige unserer berechtigten Forderungen, erhoben in der Budgetdebatte 1969, wenn auch mit einjähriger Verspätung, im uns vorliegenden Voranschlag enthalten sind, darf aber gleichzeitig betonen, daß der Voranschlag 1971, dessen Entwurf uns zeitgerecht und in genügender Anzahl zur Stellungnahme zugesandt wurde, kaum die rückübermittelten Anregungen der ÖVP enthält.

Aus der Budgetdebatte vom 18. 12. 1969 erlaube ich mir, wieder den Fraktionsführer der SPÖ zu zitieren, der unter anderem sagte. "... so wird es auch möglich sein, im gemeinsamen Wollen des Gemeinderates Änderungen durchzuführen." Nun, dieses Wollen ist uns Mandataren der ÖVP nicht abzusprechen, wir lassen uns sicher vom Leitmotiv des allgemeinen Wohles der Bürger unserer Stadt lenken. Wir haben uns ehrlich und redlich bemüht, diese Zusammenarbeit anzubieten und zu suchen, sei es bei den Vorberatungen in den Ausschüssen oder aber im Plenum. Wenn nun in der letzten Sitzung des Gemeinderates am 9. 12. 1970 von Vertretern der SPÖ erklärt wurde, daß die ÖVP es im Finanz- und Rechtsausschuß verabsäumt hätte - vielleicht der politischen Effekthascherei wegen - Stellungnahmen zum Problem der Erhöhung der Kindergartenbeiträge abzugeben, so weisen wir die Unterstellung unlauterer Motive auf das Eindringlichste zurück.

Eine Tatsache läßt sich dabei jedoch nicht hinwegleugnen. Von Seiten der Mehrheitspartei wurde dabei das gemeinsame Wollen von eventuellen Änderungen nicht praktiziert bzw. angeboten.

Daher ist es zum jetzigen Zeitpunkt unvermeidbar, im Plenum verschiedene Tagesordnungspunkte zu diskutieren, was nebenbei letztlich zur Verlebendigung der Demokratie dient, und daher ist es für uns auch unvermeidbar, Änderungen zu beantragen. Änderungen, die wohlüberlegt und sachlich fundiert, dem Wohle unserer Steyrer Bürger dienen könnten.

An Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren der Mehrheitspartei, aber liegt es, unser sehr ernst gemeintes, ehrliches Anerbieten zu weiterer fruchtbringender Zusammenarbeit anzunehmen. An Ihnen liegt es, in Verhandlungsbereitschaft andere Vorschläge anzuhören und zu prüfen und auch positiv zu beachten und sich nicht, so wie bisher, Gegenvorschlägen grundsätzlich zu verschließen.

Mehrheitsbeschlüsse zu fassen, ist nicht immer angenehm und auch sicher nicht populär. Solchen Beschlüssen haftet immer das Odium des Machtgebrauches an und diesen, sowie das Recht des Stärkeren in Anspruch zu nehmen, ist nicht unbedingt als praktizierte Demokratie in letzter Vollendung zu bewerten.

Es werden grundsätzlich daher manche Verhandlungen in naher Zukunft nötig sein, um das Verhältnis der Parteien zueinander zu klären. Verhandlungen, die beweisen werden, ob das gemeinsame Wollen des Gemeinderates als ernstzunehmendes Anerbieten, oder aber nur als politische Floskel zu werten sein wird. Die Verhandlungsbereitschaft der ÖVP ist Ihnen, werte Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, somit zugesichert, ist Ihnen auch zugesichert durch unsere Zustimmung zum Voranschlag 1971, der allerdings noch in manchen Punkten zu kritisieren sein wird. Wir aber fassen dieses Ihr Wollen oder Nichtwollen zu gemeinsamer Arbeit als echte Prüfung Ihrer Einstellung zu den Minderheitsfraktionen auf, und wir werden unsere Haltung in der kommenden Zeit vom Ergebnis dieser Bera-

tungen abhängig machen müssen. Ich möchte aber der Hoffnung Ausdruck geben, daß dabei das Wohl unseres Gemeinwesens höher rangieren wird als Parteiinteressen!

Darf ich aber nun nach diesen grundsätzlichen Gedanken den Voranschlag 1971 in einzelnen Punkten näher erörtern:

Ein Voranschlag soll, wenn auch sicherlich nicht 100 %ig möglich, im großen und ganzen richtig abschätzbare Zahlen enthalten und nicht - bewußt- oder unbewußt - irreführende Summen angeben, da wir uns sonst, so wie im auslaufenden Budgetjahr oftmals praktiziert, in den ersten Lebenswochen des Budgets bereits genötigt sehen müssen, überplanmäßige Ausgaben zu bewilligen.

Betrachten wir im oH die VP 00-00 oder 00-12, so müssen wir leider feststellen, daß eine der beiden Summen nicht stimmen kann, denn sie wurden im Vergleich zum Vorjahr niedriger präliminiert bzw. 00-12 nur um S 2.000,- höher dotiert. Dies, obwohl wir alle wissen, daß einer der beiden Posten, bedingt durch einen Senatsbeschluß, um einen Betrag von S 258.000 für Reisekostenpauschale der Senatsmitglieder höher anzusetzen war!

Eine weitere irreale Zahl finden wir unter der VP 280-51 oH, den Einnahmen aus den Kindergartenbeiträgen. Der Voranschlag 1970 weist dabei S 740.000,-, der Voranschlag 1971 S 810.000,- aus, während der Rechnungsabschluß 1969 dazu bereits den Betrag von rund S 800.000,- erreicht.

Das heißt, daß im Präliminar 1971 nur eine Mehreinnahme von rund S 10.000,--, verglichen mit dem Abschluß 1969, zu erwarten ist, trotz der von Ihnen vorige Woche beschlossenen horrenden Erhöhung der Kindergartenbeiträge, die aber laut Amtsbericht Mehreinnahmen von S 800.000,- bis zu 1 Million erbringen sollen. Es ist also, sowohl im Einnahmen-, als auch im Ausgabenbereich, eine Unrichtigkeit festzustellen, es sei denn, beide Posten, Kindergartenbeiträge und Reisekostenpauschale, sollen sich irgendwie rechnerisch decken, um den Haushalt ausgeglichen gestalten zu können.

Es ist selbstverständlich, daß eine Gemeinde versucht, die eigenen Einnahmen zu steigern, um andere, große Vorhaben realisieren zu können, oder aber, um Abgänge zu decken. Es wirkt aber nicht besonders gut, wenn dies auf dem Wege der unzumutbaren Belastung von Familien geschieht, oder aber in der vom Herrn Magistratsdirektor bei der letzten Finanz- und Rechtsausschußsitzung angekündigten baldigen Erhöhung der Wassertarife, oder, wie noch schlechter, im angezogenen Verkauf bzw. in der Vermietung öffentlicher Parkplätze. Dies, und besonders das Letztere, sind keine geeigneten Mittel, die Gemeindefinanzen aufzubessern, und dürften von Seiten der ÖVP kaum eine Zustimmung finden.

Wenn schon an Mehreinnahmen gedacht wird, gäbe es andere Möglichkeiten, diese zu erschließen: Betrachtet man die Einnahmen und Ausgaben im oH an den Stätten der körperlichen Ertüchtigung, fällt eklatant auf, daß nirgends die Leistung eines auch nur ideellen Pachtschillings vom Pächter ausgewiesen ist. Vergleicht man weiters die präliminierte Relation der Einnahmen zu den Ausgaben in Prozenten, so spannt sich der Bogen von 0 % (Sportheim Ennsleite in den Jahren 1969,1970) über 1,1 % bis maximal 18,7 % beim Sportheim Münichholz, wobei dort aber die Buffetpacht mit S 16.000 der Hauptträger der Einnahmen ist. Rechnet man noch die den Sportplätzen aus dem aoH zugeführten Beträge von S 100.000,- bis S 800.000,- hinzu, sinkt der erwähnte Prozentsatz - wäre es rechnerisch möglich, unter 0 % - bzw. bis auf wenige % über Null ab. Außerdem glauben wir, daß es bestimmt nicht nötig ist, dem platzmietenden Verein Telefon-, Rundfunk- und Fernschreibegebühren aus öffentlichen Geldern zu er-

setzen, oder aber die Kanzleieinrichtung zu bezahlen. Wohin Letzteres führt, und wie öffentliche Gelder vergeudet werden, bewies treffend ein vor kurzem in der Steyrer-Zeitung veröffentlichtes Foto über die Art der Benützung von teuren Zweckräumen auf dem Sportplatz Rennbahn.

Wir Vertreter der ÖVP fordern eine gänzliche Neuauflage der Ansichten zur Sportförderung und treten für eine generelle, zeitangepaßte Regelung der Pachtverträge und Mieten ein. Man kann nicht auf der einen Seite von vielen unserer Bürger horrende Preis- und Kostensteigerungen und auf der anderen Seite, so wie das bis dato geschehen ist, für verpachtetes oder vermietetes Gemeindeeigentum nicht einen Schilling Pacht verlangen!

Dies stellt in unseren Augen nicht großzügige Sportförderung, sondern nur indirekte Subventionierung parteigebundener Vereinigungen dar. Großzügige Sportförderung wird gewährt durch den von uns ventilierten Bau des Hallenbades, das morgen feierlich seiner Bestimmung übergeben wird. Unser Hallenbad stellt, laut protokollierten Worten des stadträtlichen Sportreferenten "einen der schönsten Badekomplexe Österreichs dar". Ich freue mich, daß sich nun auch die Mehrheitspartei dieses Hauses zu dieser unserer ständig vertretenen Auffassung bekannt hat, denn ich kann mich entsinnen, daß sie bei der Budgetdebatte im Dezember 1968 noch ganz anderer Meinung war.

Großzügige Sportförderung wird auch gewährt durch den Bau der Sporthalle Tabor, deren Gesamtkosten allerdings nicht - wie ursprünglich schmackhaft gemacht - 2,5 Millionen sondern bereits ca. 7 Mill. betragen und der Ausbau und die Endausstattung noch lange nicht abgeschlossen sind. Man wird aber mit der im aoH dafür präliminierten Summe von S 440.000,- dafür kaum das Auslangen finden, denn es knistert, wie man hört, laut und vernehmlich im Gebälk.

Die ÖVP vertritt in der Angelegenheit Sporthalle weiters die Auffassung, daß man für diese Millionenbeträge sicherlich auch eine neue Mehrzweckhalle hätte errichten können.

Großzügige Sportförderung für alle aber ist sicherlich nicht der Bau des Sportplatzes Ennsleite, der bis jetzt angeblich ca. 7 Mill. an Kosten erwachsen ließ, und für den bis heute noch kein Konzept oder ein Modell vorgelegt wurde. Dem Vernehmen nach konnte noch immer keine Einigung über den tatsächlichen Ausbau erzielt werden. Dies ist der 15. Sportplatz in unserer Stadt und wir glauben, daß diese Summe von S 7 Mill. besser als Rate für die Planung und den Neubau von Zwischenbrücken hätte verwendet werden sollen. Denn die Lösung dieser Aufgabe steht uns sicher in kurzer Zeit ins Haus. Wenn auch für die Stahlbrückenreparatur 1 Mill. Schilling veranschlagt sind, darf man doch nicht übersehen, daß es sich dabei nur um ein Flickwerk handelt, für das aber noch dazu laut Amtsbericht die VÖEST jede Verantwortung und Garantie in bezug auf die Tragfähigkeit ablehnt. Ich glaube, wir sind es den Bürgern unserer Stadt schuldig, ernsthaft und ehestens an das Projekt Zwischenbrücken zu denken, um vielleicht eine Katastrophe ungeahnten Ausmaßes für unsere Stadt zu verhindern.

Wir kritisieren auch schärfstens die VP 92-912 aoH von S 260.000,- als Ersatzbau für die Werndlbaracke, der man sicherlich diesen genannten Betrag als tatsächlichen Zeitwert nicht zusprechen kann. Ersatzbauten müssen nicht unbedingt horrende Wertzunahmen im Vergleich zum Altobjekt aufweisen. Diese Überdotierung ist weder vor der Öffentlichkeit noch juridisch vertretbar.

Gestatten Sie mir nun, Ihre Aufmerksamkeit etwas auf die Gruppen zwei und drei zu lenken:

Es ist begrüßenswert, daß im

aoH 3 Mill. für den Erweiterungsbau der Ennsleitenschule vorgesehen sind. Diese Schule leidet seit Jahren unter größtem Platzmangel, und es ist hoch an der Zeit, eine Erweiterung vorzunehmen. Allerdings tröstet dies nicht über die Tatsache hinweg, daß von Anbeginn diese Schule zu klein gebaut wurde und man nicht die als sicher zu erwartende Bevölkerungszunahme auf der Ennsleite beim ursprünglichen Schulbau einplante. Dieser Fehler kostet uns jetzt zusätzliche Millionen, und wir hoffen, daß bei kommenden Schulbauten - siehe Resthofgründe - rechtzeitig genaue diesbezügliche Erhebungen gepflogen werden. Der Wunsch der ÖVP-Fraktion ist es seit langem, und er wurde wiederholt - zuletzt bei der Budgetsitzung im Dezember 1968 - vorgetragen, ehestens eine Lösung des Problems der HAK bzw. Handelsschule zu finden. Es ist zu begrüßen, daß eine Ansatzpost für den Neubau bzw. die Planung dieser Schulen im Voranschlag enthalten ist und wir betonen, daß ehestens alle nur möglichen Schritte, die zur Verbundlichung dieser städtischen Schulen führen, unternommen werden müssen. Vorwiegend ist der Ankauf eines geeigneten Grundstückes konkret voranzutreiben, um die ersten Grundlagen für die Übernahme durch den Bund zu schaffen. Je länger wir damit zuwarten, umso größer werden die Schulkosten für den Stadtsäckel, der dadurch jährlich, laut Rechnungsabschluß 1969, mit ca. 2,9 Mill. belastet wird. Das heißt, die laufenden Kosten zweier Schuljahre decken schon leicht die Grunderwerbskosten. Ich glaube auch, daß wir hier einmal der Direktion und dem Lehrkörper dieser Schulen in aller Öffentlichkeit aufrichtig danken müssen für ihre vorbildliche Unterrichtsarbeit, die sie unter schwersten, mißlichen räumlichen Verhältnissen zu leisten haben. Die allseits anerkannten erzielten Erfolge sind größtenteils auf das hohe Berufsethos und auf die mit großen Idealen ausgestatteten Lehrerpersönlichkeiten dieser Schulen zurückzuführen.

Einer Erörterung wert sind auch die Kürzungen der Ausgaben um S100.000,- bei der VP 21-52 oH, betreffend Lehr- und Lernmittel für Pflichtschulen. Ich halte diese Kürzung für bedenklich, da gerade der moderne Unterricht den gesteigerten Einsatz von neuen Lehrmitteln verlangt, und diese, wie wir alle wissen, nicht gerade billig sind. Eine Reduzierung dieser Ausgabenpost ergibt automatisch die Rückstellung berechtigter Anforderungen der Schulen und wird also - vom Lehrmittelsektor her - der Unterrichtsarbeit qualitative Einbußen erleiden lassen.

Zu kulturellen Belangen erlaube ich mir einige kurze Bemerkungen: Einer um S 30.000,- niedrigeren Dotierung anheimgefallen ist die Post 332-51 oH, Bücherankauf für die Zentralbücherei. Diese Tatsache scheint mir etwas unverständlich, da erstens die Zahl der Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt rapid steigt, und eine Bücherei in der Größenordnung unserer städtischen ständig up to date sein soll, und zweitens die Zahl der Leser und auch die der Entlehnungen ständig im Steigen begriffen ist.

Es wäre wünschenswert, im Kulturwesen Kürzungen zu vermeiden, sondern, im Gegenteil, gerade auf diesem Gebiet noch aktiver fördernd zu wirken. Ich könnte mir dabei auch vorstellen, den heimischen Autoren eine größere Förderung angedeihen zu lassen.

Die dazu notwendigen Beträge wären sicher bei gutem Willen aufbringbar, wenn man z. B. die in einer der letzten Gemeinderatssitzungen anläßlich der Neufestlegung der Theaterpreise von Herrn Bürgermeister versprochenen Revision des Pachtvertrages mit dem Verein Arbeiterheim baldigst in Angriff nehmen würde. In die-

sem Zusammenhäng fällt mir ein, daß anläßlich der Abrechnung der Kosten für die Feierstunde zum Nationalfeiertag 1970 eine Post von ca. S 2.600,-, deklariert als Volkskino - Saalmiete, auferschien. Ich betone, daß ich mit diesen Worten nichts, aber auch schon gar nichts gegen den Nationalfeiertag sprechen möchte, sondern daß ich dabei prinzipiell nur die Frage aufwerfe, ob es überhaupt rechtlich möglich ist, daß der Eigentümer eines Objektes an sich selbst bei Benützung des eigenen Gebäudes Miete zahlen kann. Es ist dabei außerdem eine Diskrepanz zwischen der Summe von rund S 2.600,- für ca. 1 1/2 Stunden Saalmiete und dem monatlichen Mietzins von S 1.000,- für das ganze Haus zu verzeichnen. Diese letzte Ausführung gilt selbstverständlich nur unter der rechtlichen Voraussetzung der Eigenmietbezahlung. Es könnte aber auch sein, daß man gewillt war, dem Mieter eine indirekte Subvention zukommen zu lassen. Sollte dies der Fall gewesen sein, so ersuchen wir, solche Transaktionen in Zukunft besser zu vermeiden.

Zum Problem Lebzelterhaus erlaube ich mir nur zu fragen: Wann wird dies endlich seiner musealen Bestimmung übergeben? Die Unsummen Geldes, die zu seiner Restaurierung aufgewendet wurden, müßten doch ehestens irgendwie verwertet werden. Oder aber soll der ehemalige Verkaufsraum, so wie von mir vor kurzem beobachtet, weiterhin als Abstellraum für irgendwelche Geräte (anscheinend Elektrogeräte) dienen? Für eine Verwendung zu diesem Zweck hätten, so glaube ich, dort nicht so große Summen investiert werden müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe im Zuge meiner Darlegungen versucht, einige Details des Budgets 1971 aus der Sicht unserer Fraktion zu beleuchten und auch zu kritisieren. Es ist nicht Aufgabe der Minderheit, unbedingt als Pro-Redner zum Voranschlag Stellung zu nehmen, sondern eine die Mehrheit kontrollierende Funktion auszuüben. Die positiven Gesichtspunkte des Voranschlages wurden, bzw. werden sicher noch von den Sprechern der SPÖ hervorgehoben.

Unsere Kritik bedingt jedoch nicht die Ablehnung des Gesamtvoranschlages, wie bereits eingangs erwähnt, obwohl wir uns selbstverständlich zum gegebenen Zeitpunkt zu einzelnen Punkten ablehnende Stellungnahmen vorbehalten werden.

Gesunde, vernünftige und sachliche Kritik ist nicht abfällig oder verletzend, sondern hat letztlich den Sinn, anregend und fruchtbringend zu wirken.

Der verfolgte Endzweck meiner Ausführungen ist somit auch die Hoffnung, daß unsere berechtigten und vernünftigen Vorschläge zum Wohle unserer Steyrer Mitbürger baldigst realisiert werden.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke. Nach Herrn Gemeinderat Fritsch hat Herr Gemeinderat Gherbetz das Wort!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Mein Fraktionskollege Dr. Gärber hat bereits zum Budget 1971 ausführlich gesprochen. Ich werde mich heute mehr ins Detail begeben.

Erlauben Sie mir aber kurz einige Bemerkungen. Ich glaube, die Aufgabe einer Stadtverwaltung muß es sein, für alle da zu sein, sowohl für die Jugend als auch für die Erwachsenen, für das Gewerbe, für unsere alten und kranken Menschen. Natürlich bei jedem in anderer Form. Wird sie beim Gewerbetreibenden dafür sorgen müssen, ihm bei der Betriebsgründung zu helfen, ihm bei der Ansiedlung zu helfen, so wird es auf dem

Sektor des Sports bei der Schaffung von Sportplätzen der Fall sein, umgekehrt wird sie auch für unsere ganz Kleinen in den Kindergärten oder in der Schule beitragen. Daß sich die Einnahmen natürlich hier nicht immer mit den Ausgaben decken, liegt auf der Hand, weil die bekanntlich größer sind als die finanziellen Mittel, die vorhanden sind. Es muß die Aufgabe einer jeden Gemeinde sein zu trachten, die Einnahmen zu erhöhen, die Ausgaben sinnvoll zu steuern und mit den Geldern, die verbleiben, Schwerpunkte zu bilden. Hier muß man die Struktur der Gemeinde sehr genau kennen und ich glaube hier haben wir alle noch etwas nachzuholen. Zur Bildung selbst. Es liegt auf der Hand, daß eine Gemeinde viele Schulmöglichkeiten haben soll. Man erreicht dadurch eine Bindung an die Stadt für die Zukunft. Hier sind wir der Meinung, müssen die Tore weit geöffnet werden, durch die die jungen Menschen gehen sollen. Auch für die Schaffung der Sportzentren soll eine Gemeinde beitragen. Ich möchte jedoch sagen, nicht für Parteigefälligkeiten. Die werden bei uns in Steyr groß geschrieben. Ich werde später im Detail darauf eingehen.

Daß auch eine sparsame Verwaltung notwendig ist, wurde schon des öfteren heute in diesem Hause erwähnt. Wenn ich denke, daß wir Personalkosten von S 59 Mill. oder 47 % des Gesamtbudgets haben, so glaube ich, muß sich auch darüber der Gemeinderat in seiner Gesamtheit im kommenden Jahr Gedanken machen. Vorallem glaube ich, dürfen wir keine neuen Aufnahmen mehr in der Hoheitsverwaltung zulassen. Daß wir für alle neuen Unternehmen oder für weitere Ausbauten im Altersheim, in den Kindergärten usw. Personal brauchen, liegt auf der Hand. Auch eine gewisse Modernisierung, Rationalisierung und Mechanisierung wird notwendig sein. Wir haben in diesem Budget bereits eine Ansatzpost von S 500.000,- drinnen. Aber wenn wir einsparen und rationalisieren, so sollten - glaube ich - auch die Politiker beispielgebend sein. Nicht, wie wir es vor einer Woche in diesem Hause erlebt haben - durch fingierte Gehaltserhöhung für eine kleine Gruppe von Funktionären. Das Ammenmärchen der pauschalierten Reisespesen, die im stillen Kämmerlein beschlossen wurden, war uns sehr peinlich und hat auch auf die andere Gruppe der Funktionäre abgefärbt. In der Stadt hat diese Tat einen sehr negativen Niederschlag gefunden. Man kann nicht auf der einen Seite Erhöhungen durchführen bzw. Angleichungen vornehmen und auf der anderen Seite sich selbst aber die Gehälter erhöhen. Meine Damen und Herren, wenn man das macht, wird man unglaubwürdig. Unglaubwürdig wollen wir doch alle nicht werden.

Nun lassen Sie mich etwas in das Detail eingehen. Daß der Ausbau unseres Straßennetzes vonnöten ist, braucht hier nicht im besonderen erwähnt werden. Wir würden aber bitten, demnächst alles für die Straßen zu verwenden und einzusetzen, was nur halbwegs möglich sein wird und uns in diesem Budget, das wir uns gesetzt haben, zur Verfügung steht oder irgendwie abgezweigt werden kann, wie es sich innerhalb dieses Jahres noch ergeben wird. Wenn ich denke, wir haben eine Verkehrsdichte - mit 1. Jänner 1970 - von 10.511 Fahrzeugen, in November 1970 10.989, also eine Steigerung von 478 Kraftfahrzeugen. Aufgegliedert ergibt das 7.052 PKW, LKW mit 651 blieben gleich hoch, die Krafträder mit 519 blieben gleichfalls gleich, die Autobusse betragen 30, Zugmaschinen mit Anhänger haben sich erhöht, und zwar die Zugmaschinen auf 146, die Anhänger auf 366. Ich glaube, was Fahrzeuge mit Anhänger in einer Stadt wie Steyr bedeuten, braucht man hier nicht näher erörtern.

Wir erleben es jeden Tag einmal bei der Neutorbrücke, einmal Zwischenbrücken oder an einem anderen neuralgischen Punkt unserer Stadt. Die Baumaschinen und Sonderfahrzeuge betragen 57 und die Mopeds 168.

Es liegt auf der Hand, meine Damen und Herren, daß wir hier uns nur mit den Mitteln, die uns außerdem zur Verfügung stehen, bis das Umfahrungsprojekt Hundsgraben und Seifentruhe zum Tragen kommt, durch Improvisieren helfen müssen. Selbst wenn Sie heute hinuntergehen auf den Stadtplatz, das merken Sie alle, es wäre wirklich unnütz, darüber Worte zu verlieren, wie es mit unserem Verkehr tatsächlich aussieht und wenn man vor einigen Jahren die Parkflächen am Stadtplatz als Lösung angesehen hat und glücklich war, so müssen wir heute bereits mit Bedauern feststellen, daß sie den Verkehr bereits behindert, denn die parkenden Autos können schon nicht mehr heraus, um sich in den fließenden Verkehr einzureihen. Es ist das ein Zeichen der zunehmenden Motorisierung, aber ich glaube, auch wir in unserer Stadt sollten dem Rechnung tragen.

Vielleicht, meine Damen und Herren des Gemeinderates, einige kleine Anregungen. Einer der neuralgischen Punkte ist auch der Wieserfeldplatz. Ich mache das schon Jahre hindurch und weise darauf hin. Es ist leider durch einen Großkaufhof dort ein gewisses Chaos entstanden. Ich würde daher bitten, vielleicht ist es möglich, die Gemeinde hat doch am Wieserfeldplatz bereits Gründe angekauft, daß man hier mit bescheidenen Mitteln auf diesen Gründen einen Parkplatz roh zur Verfügung stellen kann, nur das macht, was unbedingt notwendig ist. Man braucht, glaube ich, keinen großen Unterbau, um Pkw's abstellen zu können, aber sehen Sie sich das an, die Wieserfeldstraßen, die eine wie die andere. Es sind beides keine Einbahnstraßen und wenn man in der Mitte der Straße durchfährt, kommt der Gegenverkehr entgegen und der Verkehr stockt. Die eine Kolonne genauso wie die andere. Ich richte hier meine Bitte an den Verkehrsreferenten und ich hoffe, daß sie auf fruchtbringenden Boden gefallen ist, denn es soll eine sachliche Lösung für alle Teilnehmenden sein.

Ein weiterer neuralgischer Punkt, meine Damen und Herren, ist die Eisenbundesstraße. Ich weiß, die Gemeinde ist hiefür nicht zuständig, sondern die Bundesstraßenverwaltung. Ich möchte aber jetzt darauf aufmerksam machen. Die Kurve Treber ist durch die steigende Frequenz und eben durch die Schwarzmayrstraße auf die Ennsleite so zum neuralgischen Punkt geworden, daß jeder Fußgänger, der sich entlang dieser Steinmauer bewegt, wirklich zum Selbstmörder wird. Denn er muß dort an der Wand stehen und wird 1. bespritzt und 2. ist diese Straße derart eng und unübersichtlich, daß ein Gefahrenmoment ersten Ranges entstanden ist.

Nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf einen Punkt zu sprechen kommen, der schon - glaube ich - einige Male im Budget stand, das ist der Brucknerplatz. Ich habe voriges Jahr gesagt, alle Jahre wieder. Ich glaube, es ist seinerzeit an den Gedanken eines Heldendenkmales, das man in Steyr errichten wollte, alles zurückgestellt worden und man hat verschiedene Besichtigungen gemacht und man ist heute soweit, daß man sagt, das Schwarze Kreuz hat jegliches Interesse verloren und der KOV hat gesagt, unsere Gedanken wurden nicht aufgegriffen und ist ausgesprungen. Der Verein Heimatpflege, der versucht hätte, vielleicht ein schönes Gebäude zu restaurieren unter dem Deckmantel eines Kriegerdenkmales, ist auch gescheitert. Vielleicht hier ein Vorschlag. Man soll bestehende

Gedenkstätten, das haben wir letztlich in dem kleinen Kreis gesagt, damals, als die namhaft gemachten Vertreter beisammen waren, nicht über Nacht wegbringen und ich glaube, vielleicht hier eine Anregung zu geben, daß man diese alte Kriegergedächtnisstätte, wie sie ist, etwas renovieren wird müssen und es sind da drinnen noch 2 Tafeln - wenn ich nicht irre - die frei sind und vielleicht ließe sich hier nachdem es sich eingebürgert hat, daß die Totenfeier immer zu Allerheiligen am Heldenfriedhof ist und praktisch die ganzen Hinterbliebenen zu Weihnachten fast immer auf den Heldenfriedhof gehen, um dort für ihre Angehörigen, die nicht mehr das Glück hatten, die Heimat zu sehen, im stillen Gedenken zu verweilen, daß man bei dieser Gedächtnisstätte in der Form an den Ausbau gehen könnte, daß man die beiden Tafeln mit einer sinnvollen Überschrift, vielleicht, um nur etwas zu sagen: "Den Toten dieser Stadt" versieht. Auch sollte man endlich beginnen mit der Vorplatzgestaltung des Brucknerplatzes und ich glaube, dieses Häuschen, das an der Kirchenwand ist und nach außen das Reklameschild von "Manner" trägt, ist nicht dazu angetan - auch in fremdenverkehrlicher Hinsicht - diesen Platz zu verschönern und vielleicht findet man hier einen Weg, den Brucknerplatz in einen würdigen Zustand zu versetzen.

Weil Steyr Fremdenverkehrsstadt ist, möchte ich etwas erwähnen. Meine Damen und Herren, ich habe einen Brief, den einer geschrieben hat, der seinen Urlaub hier in Steyr verbracht hat und restlos von dieser alten und ehrwürdigen Eisenstadt begeistert war. Ich stelle Ihnen diesen Brief dann zur Verfügung. Dieser Mann schreibt, so alt und ehrwürdig diese Stadt ist, wäre es, glaube ich, doch sinnvoll, wenn die Kloanlagen nicht so alt bleiben würden. Vielleicht können Sie hier erwirken, daß man etwas tut. Es ist erfreulich, wenn man am Tabor nun endlich darangeht mit einem Aufwand von S 300.000,- etwas zu tun. Aber, meine Damen und Herren, es müßte hier gleich ein Stück weiter vorne viel billiger gehen. Ich glaube, wenn man dieses Klo endlich einmal anständig renovieren würde, man braucht es nur herunterfärbeln, wenn man die Wand von diesem schwarzen Teer, den man dort hingeschmiert hat, befreit und eine kleine Kachelung machen, ein Licht hineingeben und die Wasserberieselung erneuern würde, es wäre wieder ein Stück Kultur, möchte ich sagen. Normalerweise wenn ich wohin gehe, gehe ich auf das Klosett und dann weiß ich, mit wem ich es zu tun habe. So möchte ich es auch hier in dieser Stadt sagen. Wie die sanitären Anlagen einer Stadt sind, so glaube ich, schätzt man auch die Bevölkerung bzw. die Verwaltung dieser Stadt ein. Vielleicht kann ich hier an Sie appellieren, doch einmal daranzugehen und dieses Schandmal zu beseitigen. Daß auch Kindergärten und Spielplätze notwendig sind, wissen wir. Kollege Petermair hat schon den Kinderspielplatz am Tabor aufgezeigt. Wir alle wissen, daß am Tabor enge Straßen vorhanden sind und daß die kleinen, spärlichen Grünflächen das wunderbare Schild tragen "Betreten der Grünanlagen und Spielen verboten". Ich frage Sie, wo sollen die Kinder spielen? Dabei geht um diese Siedlung eine enorme Verkehrsader und die Autokolonnen reißen dort nicht ab. Wie sollen sich die Kinder auf die andere Straßenseite usw. bewegen? Auch hier würde ich bitten, etwas zu tun. Ein Kindergarten - ich weiß, hier trete ich ins Fettnäpfchen - Herr Kollege Kinzelhofer hat gesagt, die Kindergartengebührenerhöhung war notwendig, wir als die Mehrheit der SPÖ haben das beschlossen, wir tragen dafür die Verantwortung ...

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Entschuldigung, das hat er nicht gesagt!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Sie haben das vorher erklärt, Herr Kollege, ich habe mir das aufgeschrieben. Es ist klar, Kollege Kinzelhofer, ich möchte als Sprecher der Fraktion der FPÖ sagen, auch wir haben uns Gedanken gemacht und wir hätten es gerne gesehen, wenn diese Kindergartengebührenerhöhung gemeinsam von allen Parteien in diesem Hause beschlossen worden wäre, aber sowohl den Antrag auf Zurückstellung als auch unseren Antrag auf Neueinteilung haben Sie entschieden abgelehnt. Wenn ich etwas massiv ablehne, so kann ich der anderen politischen Partei nicht den Vorwurf machen, daß sie zu allen unpopulären Maßnahmen nein sagt und zu allen populären ja sagt. Hätten Sie hier auch etwas nachgegeben, ich glaube, Sie hätten nicht mehr sein müssen als gesprächsbereit und es hätte sich bestimmt etwas gefunden. Vielleicht wäre diese Kluft, die hier entstanden ist, oder die sich aufzeigt, vermieden worden zum Wohle dieser Stadt und zum Wohle der Bevölkerung. Im Budget 1970 habe ich gebeten, man möge endlich einmal etwas tun für die Tagesheimstätte. Der Herr Sportreferent hat mir gesagt, wir machen einen Altenklub. Nun, meine Damen und Herren, der Altenklub ist wieder nicht zum Tragen gekommen und ich appelliere neuerlich an Sie, ich glaube, es müßte doch möglich sein, im Hotel Nagl oder irgendwo einen dementsprechenden Raum zu finden. Wir haben soviele Kollegen, die bei der Presse tätig sind bzw. unsere Presseleute und ich bin sicher, von jeder Zeitung würden wir Exemplare zur Verfügung bekommen, wo sich die alten Leute hinsetzen und sich informieren und vielleicht durch Gespräche sich wieder ihren Alltag etwas erleichtern könnten. Wir wissen heute alle, nicht so sehr die materielle Not ist es, sondern - wie Frau Kollegin GR Kaltenbrunner heute schon erwähnt hat, es ist die Vereinsamung der Menschen und daher auch wieder unsere Forderung an Sie als Mehrheitsfraktion, vergessen Sie diesen Altenklub nicht. Zu den Sportzentren, meine Damen und Herren.

Wir begrüßen Sportzentren, aber diese Unmengen Gelder, die hier nach rein parteipolitischen Gesichtspunkten verbaut werden, bei denen man wenig nach Zweckmäßigkeit gefragt hat. Sie merken es jetzt, das Problem der Rennbahn kommt auf uns zu, der Amateurplatz geht verloren, der Vorwärtsplatz geht verloren. Wäre es nicht zweckmäßig gewesen, schon damals mit dem großzügigen Ausbau der Rennbahn zu beginnen? Ich glaube, wir hätten uns viel Geld, viele Spesen erspart, als jetzt, wo wir gehört haben, daß wir 15 Plätze haben. Meine Herren, weil Sie schon bei der Unterstützung sind. Kollege Fritsch hat zuerst gesagt, manche bekommen alles, andere bekommen nichts. Ich glaube, hier stimmt etwas. Wir haben auch andere Sportvereine in Steyr, ich erinnere nur an den Allgemeinen Turnverein, der 1.000 Mitglieder hat, vom kleinen dreijährigen Buben bis zum alten Herren, die alle turnen. Wer den guten Willen gehabt hat, die Einladungen waren auf den Plakaten, es wurde ein frei zugängliches Weihnachtsturnen veranstaltet, sowohl für die Jugend im Jugendturnen als auch für die Alten. Ich habe vermißt, daß sich einer der Sportfunktionäre dort gezeigt hätte, um sich ein Bild zu machen, was dieser Sportverein leistet. Wie dieser Verein seine Räumlichkeiten ausgebaut hat und eine Heizung eingebaut hat mit S 200.000,- und an die Gemeinde herangetreten ist um eine Unterstützung, sagt e man, selbstverständlich können

Sie einen Vorschuß haben, aber der wird von der Subvention abgezogen. Meine Damen und Herren, da möchte ich schon sagen, sehen Sie einmal in den Budgetrahmen des ordentlichen oder außerordentlichen Haushaltes hinein, wieviele Posten dort drinnen sind. Wenn ich allein denke 1,2 Mill. sind nur für Sportplätze, die entweder ATSV Bewegung usw. heißen, zur Verfügung. Ich habe nichts gegen Sportplätze ....

ZWISCHENRUF STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Das sind Gemeindesportplätze!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Ja, sie heißen Gemeindesportplätze, aber wenn Sie das sagen, ist das ironisch, das wissen Sie selbst am besten. Fordern Sie mich nicht heraus, denn das wäre eine Herausforderung. Ich wollte es sachte sagen, ich wollte nur verweisen, daß es auch andere gibt, nicht nur die eigenen. Da gehen Sie eben her und verpachten die Sportplätze nicht nur an den ATSV oder nur an die Bewegung. Geben Sie doch von mir aus einen an die UNION oder wie sie alle heißen. Aber Sie können nicht sagen, das sind Gemeindesportplätze, Sie zahlen sämtliche Spesen. Wir haben bereits gehört, was Sie noch alles bezahlen, sämtliche Fernsprechgebühren usw., keinen Pacht. Sie haben auf der Ennsleite ein Buffet, der Mann ist zwei Jahre drinnen und warum? Weil er ein Funktionär Ihrer Partei ist! Er bezahlt bis heute noch keinen Pacht. Was war das erste? Das Bauernhaus wurde renoviert und was war das erste? Das Buffet? Meine Damen und Herren, ist das Buffet wichtiger als der Sport? Sehen Sie, wenn auf der Ennsleite ein Ball über den Hang hinunterrollt, dann bekommen sie - wir sehen es im Stadtsenat - für jeden S 3.000,- oder S 4.000,-, das macht S 6.000,- oder S 8.000,- aus, weil sie ihn nicht mehr finden, angeblich sind die Buben mit dem Ball durchgegangen. Auf der anderen Seite machen Sie Demagogie, wenn sich jemand eine Heizung um S 200.000,- einbaut, dann sagen Sie, können Sie haben, aber nur unter der Bedingung, daß wir das auf die Subvention anrechnen. Hier müßte auch einmal etwas mehr Gerechtigkeit vorhanden sein, denn ich glaube eines, man ist hier in diesem Hause noch nicht zum Leistungsdenken gekommen. Leistungsdenken dürfte hier noch ein Fremdwort sein, meine Damen und Herren. Vielleicht wird man mit der Zeit auch dazu übergehen. Wir sind gerne bereit, auch in positivem Sinne in jeder Art mitzuarbeiten.

Lassen Sie mich jetzt noch zu den Wohnungen einige Worte sagen, meine Damen und Herren. Und zwar glaube ich, wenn man Wohnungen vergibt, dann soll man sich auch die Mieter, denen man Wohnungen gibt, ansehen. Wir haben es schon des öfteren erlebt und ich habe es im vergangenen Jahr bereits einmal angeschnitten. Man soll wirklich nur an solche Mieter vergeben, wo man weiß, der kann wirklich bezahlen. Wenn ich nun angerufen wurde, und zwar nicht von einer Stelle aus, sogar von diesem Hause, von verschiedenen Stellen aus, daß man an eine Person, die 4 Kinder hat, die eine Notstandsunterstützung von S 1.200,- hat, geschieden ist und jedes Kind von einem anderen Vater hat und schauen muß, daß sie ihr Geld zusammenbringt, wenn man die von der Steinfeldstraße von einer Einraumwohnung in den Steinbrecherring bringt, wo die Wohnung S 1.400,- kostet und S 1.200,- hat sie, da müßte man schon sagen, das können wir nicht machen, denn ich bin sicher, diese Frau ist garantiert ein sozialer Notfall, die man in eine sogenannte alte Dreiraumwohnung geben soll. Aber man soll sie nicht dort einweisen. Denn was ist das Resultat? Über kurz oder lang wird sie die Miete nicht bezahlen können, das

liegt auf der Hand und sie wird wieder kommen und dann setzt der bewußte Tausch wieder ein. Hier möchte ich, daß man den Tausch bereits früher durchführt und man soll auch den Mut haben und ihr sagen, schauen Sie, wenn Sie nicht mehr haben, dann müssen wir für Sie eine billige Wohnung beschaffen. Es ist klar, die öffentliche Hand soll hier eintreten, denn wenn die Frau geschieden ist, können die Kinder nichts dafür. Ich würde hier bitten, daß man gerade bei der Vergabe von Wohnungen nach diesem Gesichtspunkt vorgeht.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Du bist im Ausschuß. Das wurde einstimmig beschlossen!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Ich bin im Ausschuß. Ja, Kollege Besendorfer, ich werde, weil ich im Ausschuß bin, noch etwas sagen. Ich bin im Ausschuß, ich habe zwar nicht mitzubestimmen, sondern nur zuzuhören. In diesem Ausschuß hat es geheißen, ich möchte hier keine Namen nennen - Sie werden wissen, was ich meine - eine Dreiraumwohnung auf E XVIII. Wir haben ausgesprochen, dann wurde das umgeändert und jetzt sagt die Bezieherin dieser Wohnung, der Herr Stadtrat hat gesagt, Sie haben sich schon entschuldigt. Herr Kollege Besendorfer, ich habe mich für nichts zu entschuldigen. Ich weiß nicht, warum ich mich entschuldigen sollte?

STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Du redest anonym, ich weiß gar nicht wovon Du redest!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Kollege Besendorfer, Du selbst hast mich angesprochen wegen dem Wohnungsfall ...

STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Der Name ist hier nicht interessant!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Bitte hier keine Zwiegespräche führen!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Ich habe jetzt den anderen Fall angezogen, bei dem es geheißen hat, er hat sich entschuldigt. Ich habe mich daran gehalten und ich glaube, es ist keine Indiskretion, wenn ich bei einer Wohnungsausschußsitzung, wo das einstimmig festgelegt wurde, mich 8 oder 10 Tage später jemand fragt, bekomme ich eine Wohnung oder nicht und ich sage, Sie bekommen eine im E XVIII auf der Ennsleite und dann sagt der Vorsitzende nein, Sie bekommen diese nicht, Sie bekommen nur eine Zweiraumwohnung. Hier ist einwandfrei der Beschluß mißachtet worden. Dann kommt die Frau wieder und sagt, es ist alles in Ordnung, der Herr Vorsitzende hat gesagt, Sie haben sich bereits entschuldigt. Ich habe mich für nichts zu entschuldigen. Ich weiß nicht warum. Das wollte ich sagen. Daher möchte ich eines sagen, man soll mir keinen Vorwurf machen ich sei im Ausschuß.

Meine Damen und Herren, nun lassen Sie mich zum Schluß kommen. Wir Freiheitlichen haben dieses Budget genauest durchgesehen. Wenn uns der Vorwurf gemacht wurde, wir haben hier nichts dazu beigetragen, kann ich nicht umhin Ihnen zu sagen, es sind hier noch Vorschläge vom vergangenen Jahr von uns ausständig und wenn die erfüllt sind, sind wir schon froh. Wir sehen in diesem Budget etwas anderes. Wir geben diesem Budget 1971 unsere Zustimmung, wenn wir auch Kritik üben. Die Kritik müssen Sie uns zubilligen, denn wir sehen das Budget von unserer und nicht von Ihrer Seite. Wir sehen, daß hier Probleme endlich

angepackt wurden, wie die Hundsgrabenumfahrung, Seifentruhenumfahrung usw., daß positive Ansätze in diesem Budget sind und daher geben wir die Zustimmung. Für die produktiven Aufwendungen sehen wir ein, daß nicht eine Generation herangezogen werden kann, sondern daß man auch in die Tasche der anderen greifen muß. Ich glaube, das liegt auf der Hand. Eine gesunde Verschuldung ist in diesem Fall für die großen Projekte in dieser schnelllebigen Zeit eine Notwendigkeit.

Gelächter über den Ausdruck "Gesunde Verschuldung".

Wenn wir es früher gemacht hätten, hätten wir es um einige Millionen billiger haben können. Trotzdem, meine Damen und Herren, wir Freiheitlichen geben diesem Voranschlag unsere Zustimmung.

Wir erlauben uns, den Beamten des Hauses für die Mitarbeit an diesem Voranschlag und für ihre geleistete Arbeit im vergangenen Jahr herzlichst zu danken. Wir wünschen allen persönlich ein frohes Fest, viel Gesundheit im neuen Jahr und eine engere Zusammenarbeit im Jahre 1971.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke auch Herrn Gemeinderat Gherbetz für seine Grundsatzerklärung namens der Freiheitlichen Partei.

Ich darf als nächsten Redner Herrn Stadtrat Wallner bitten!

STADTRAT MANFRED WALLNER: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit eine kurze Stellungnahme zum vorliegenden Budgetentwurf aus der Sicht des Baureferenten.

Erlauben Sie mir, auf meine Ausführungen heute vor genau 2 Jahren zum Budget 1969 zu verweisen.

Ich habe damals mit Recht und unwidersprochen u. a. daran Kritik geübt, daß z. B. heute noch für das ursprüngliche Stadtgebiet ein Regulierungsplan aus dem Jahr 1930 besteht, der außer Zweifel den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht.

Weiters gibt es heute noch - so sagte ich damals - viele Gebiete in unserer Stadt, welche noch immer nicht durch konkrete Planungen erfaßt sind. Gerade in diesen Gebieten aber wollen viele unserer Mitbürger ihre Häuser erbauen und können und werden es nicht verstehen, daß sie dies nicht oder nur mit schwer erreichbaren Ausnahmegenehmigungen tun können. Einiges ist nun inzwischen geschehen. Ich habe in Anbetracht der Tatsache, daß die Generalplanung (inkl. Verkehrsplanung) zu den vordringlichsten Aufgaben der Stadtgemeinde gehört, als Vorsitzender des Bauausschusses dafür gesorgt, daß diese Problematik in den Vordergrund der Beratungen dieses Ausschusses gestellt wurde.

Es ist in der Folge zu einstimmig - also von allen im Gemeinderat vertretenen Parteien - gefaßten Beschlüssen gekommen, die das Magistratspräsidium veranlaßt haben, den Belangen der Stadtplanung mehr als bisher Beachtung zu schenken.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, allen Kollegen im Bauausschuß auch in aller Öffentlichkeit für die sachliche, von Verantwortung getragene Mitarbeit und Unterstützung herzlich zu danken.

Mit der bisherigen Arbeit in diesem Ausschuß ist der eindeutige Beweis erbracht worden, daß es durchaus möglich ist, eine Arbeit zum Wohle unserer Gemeinschaft ohne politische oder kleinkrämerische parteiliche Motive erfolgreich zu gestalten. Es wird nun - und dessen bin ich mir völlig sicher - im kommenden Jahr zu einem Beschluß der Gemeinde über die Verga-

be von Aufträgen für die Erstellung einer generellen Stadtplanung kommen und damit lassen Sie mich überleiten zu verschiedenen Ansätzen für das Budget 1971.

Im Voranschlag 1970 war für die Stadtplanung eine Post von S 100.000,- präliminiert. Für 1971 sind es wohl schon S 200.000,-.

Das dürfte aber für ein solches Vorhaben zu wenig sein. Man wird also - wenn man schon glaubt, damit für den Beginn der Planungsarbeiten im Jahre 1971 das Auslangen zu finden - jedenfalls für 1972 einen höheren Betrag ansetzen müssen.

Nun ein Wort zu den Straßen. Es ist erfreulich festzustellen, daß für die Asphaltierung entsprechend unserer immer wieder gestellten Forderungen auf höhere Dotierung statt bisher S 1,500.000,- nunmehr S 2,5 Mill. präliminiert wurden. Auch dieser Betrag ist bei dem schon oft zitierten Zustand unserer Straßen zu wenig, denn es ergab z. B. die Rechnung 1969 schon einen Betrag von rund S 2,907.000,-.

Eine Bemerkung zur Durchführung der Asphaltierungsarbeiten. Hier muß künftig unbedingt eine schnellere und koordiniertere Durchführung des Asphaltierungsprogrammes erfolgen. Es geht nicht an, daß, wenn dieses Programm im Frühjahr vom Bauamt erstellt wird, z. B. der Bautrupp am 1. Adventwochenende (also um ein 3/4 Jahr später) beim Roten Brunnen auffährt und dann ab Montag einfach die Gleinkergasse auf einen Zeitraum von ca. 3 Wochen gänzlich absperren möchte. Abgesehen davon, daß nicht einmal die Polizei von dieser geplanten Absperrung gewußt hat, ist eine solche Maßnahme gerade zur Zeit der Abwicklung der Weihnachtseinkäufe eine arge Zumutung sowohl für die Konsumenten als auch für die Geschäftsinhaber in diesem Bereich. Eine kurze Bemerkung zu dem leidlichen Problem - es war heute schon mehrmals davon die Rede - unserer altersschwachen Zwischen-Brücken. Es wäre ein Leichtes, die schon vielfach berechtigt geäußerte Forderung zu wiederholen, daß die beiden Brücken erneuert werden müßten.

Selbstverständlich müssen diese Brücken erneuert werden, doch muß zuerst die schon vorher von mir erwähnte und betriebene Stadt- und Verkehrsplanung in diesem Stadtbereich fertiggestellt sein, denn selbstverständlich wird man in unserem Zeitalter diese beiden Brücken nicht mehr so erbauen, wie sie derzeit bestehen, sondern man wird sie dem heutigen Verkehrserfordernis gemäß in das Konzept der künftigen City einbauen müssen. Hier muß aber nochmals die Kritik einsetzen, daß man bisher dem Erfordernis einer Stadtplanung keine oder eine doch zumindest zu geringe Bedeutung beigemessen hat.

Schon Moliére hat den Ausspruch getan: "Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun."

Es wird daher auf Grund dieser Versäumnisse jede Million, die zur Reparatur dieser beiden Brücken künftig aufgewendet werden muß, zur Fehlinvestition.

Ich wollte damit nur unterstreichen, in welch großem Umfang der sofort in Angriff zu nehmenden Stadtplanung Bedeutung zuzumessen ist und welche großen finanziellen Belastungen noch auf uns zukommen werden. Ich danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke. Als Nächster spricht Herr Kollege Dr. Stellnberger, anschließend Stadtrat Fürst.

GEMEINDERAT DR. ALOIS STELLNBERGER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren!

Darf ich noch einmal kurz in Erinnerung rufen, daß für 1971 die Darlehensaufnahme bedingt durch den Budgetabgang mit 58 oder 59 Mill. vorgesehen ist und daß die Kredite, die bei der Gemeinde noch für die vergangene Zeit, insbesondere durch Aufnahme vom letzten Jahr, aushaften, sich etwa auf 40 Mill. belaufen werden. Der Gesamtschuldenstand bzw. die Gesamtbelastung wird daher im Laufe des Jahres 1971 die S 100 Mill.-Grenze erreichen. Dem gegenüber verfügt die Gemeinde, wie wahrscheinlich schon aufgeführt wurde, über ein Reinvermögen von über S 400 Mill. Selbst wenn man berücksichtigt, daß ein Großteil dieses Vermögens - ich denke hiebei an die Forderungen gegenüber der GWG - praktisch unverwertbar ist, so wird der Rest dennoch genügend Sicherheit bieten für Darlehensgeber. Würde man nur die Deckungsseite und das Budgetvolumen betrachten, so könnte man sogar der Auffassung sein, daß die vorhin genannte Belastung noch steigen könnte. Nicht nur im Volksmund heißt es aber, daß Schuldenmachen bedeutet, auf Kosten der Zukunft zu leben. Wir müssen daher die Einnahmen und die Ausgaben des Haushaltes voralem im Gesichtswinkel dieser beiden Komponenten betrachten. Hiebei müssen wir feststellen, daß die für das Jahr 1971 vorgesehene Darlehensaufnahme sich gerade noch am Rande des Vertretbaren bewegt und vorallem deswegen gerechtfertigt ist, weil durch sie im wesentlichen höchst notwendige Vorhaben finanziert werden, die auch von uns mitgefordert wurden. Es wurde schon angeführt Straßen, Kanäle, Kauf von Grundstücken für Schulen und dergleichen mehr. Ich nehme an, daß die Verzinsung wiederum 7,5 % und die Tilgungsquote 2,2 % ausmacht. Nach meiner Rechnung würde daher im Laufe des Jahres 1971 bei voller Beanspruchung des Darlehens die Gesatmrückzahlungsquote, also Zinsen und Abstattungsrate, etwa 9,5 Mill. pro Jahr ausmachen, nicht wie Kollege Moser errechnet hat 15 Mill. Dies ist eine Summe, die an und für sich gemäß § 71 des Gemeindestatutes nicht der Zustimmung der Landesregierung bedarf, weil dies erst erforderlich wird, wenn die Einnahmen mit über 15 % Schuldendienst belastet werden. Der viel wichtigere § 55 des Gemeindestatutes sagt aber, daß die Gemeinde Darlehen nur insoweit aufnehmen darf, als die zu erwartenden Amortisationsverpflichtungen die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht übersteigen. Diese Leistungsfähigkeit muß in erster Linie an der Differenz zwischen den laufenden Einnahmen und Ausgaben, also an der ordentlichen Gebarung, gemessen werden. Hiebei fällt uns eine sehr traurige Zahl auf, nämlich 218.000,-. Diese kleine Summe wurde im Voranschlag als Überschuß des ordentlichen Haushaltes für das Jahr 1971 präliminiert. Ich frage, womit soll in Zukunft der Schuldendienst gezahlt werden, wenn der Überschuß nicht größer wird? Es könnte jemand, der das Budget näher kennt antworten, daß im ordentlichen Haushalt eine Schuldendienstrate enthalten ist, das stimmt. Nur beträgt diese lediglich 4,5 Mill., die aber nur dann stimmen dürfte, wenn das Darlehen erst zu Jahresende aufgenommen werden würde. Es darf aber angenommen werden, daß schon früher die Darlehensaufnahme erfolgt. Außerdem ist noch zu berücksichtigen, daß in Zukunft bedingt durch weitere Darlehensaufnahmen der Schuldendienst noch wesentlich steigen wird, und zwar um viele Millionen. Es nützt das größte Einkommen nichts, wenn es auf der anderen Seite durch die Ausgaben voll gedeckt ist und es nützt auch das schönste Vermögen nichts, wenn es keine Zinsen und keinen Ertrag abwirft. Ich glaube, man muß sich in Zukunft noch mehr anstrengen, das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben zugunsten ersterer beträchtlich zu ändern.

Diese Einnahmen könnte man durch Maßnahmen erhöhen, wie schon Herr Gemeinderat Dr. Gärber angeführt hat. Ich glaube auch, daß man hiebei an Industrieansiedlungen denken soll, an die Ausweitung der Gewerbebetriebe und daß man vorallem auch den Fremdenverkehr attraktiver gestalten müßte. Mir scheint der Vorschlag von Dr. Gärber, in Steyr eine Ausstellung zu arrangieren, die typisch für die Stadt ist, in diesem Zusammenhang sehr bemerkenswert. Auf der anderen Seite muß man trachten, die Ausgaben zu drücken. Auch mir ist aufgefallen, daß der Personalkostensektor den größten Anteil an den ordentlichen Ausgaben hat und daß auch die Steigerung hier am größten ist. Herr Vizebürgermeister Weiss mag im Prinzipiellen recht haben, daß die Personalkosten noch höher sein könnten und ich glaube, nach dem Stellenplan wären noch Posten zu besetzen. Ich glaube dennoch, daß man dort und da noch sparsamer umgehen könnte und daß man vorallem den natürlichen Abgang, nämlich die Pensionierung, dazu ausnützen könnte, nicht immer diese Abgänge durch Personal zu ersetzen, denn es ist ohnehin schwierig, geeignetes zu erhalten, sondern durch Technisierung und Vereinfachung hier Abhilfe zu schaffen. Ich denke vorallem an die Einführung von Diktiergeräten, vielleicht an die Installation einer elektronischen Datenverarbeitungsanalge und überhaupt an mehr Anschaffung von Geräten und Maschinen auch bei den handwerklichen Betrieben, um die Personalkosten zu drücken.

Nur dann, wenn die Ausgaben in Zukunft hinter den Einnahmen zurückbleiben werden, werden auch große Zukunftspläne gefahrlos verwirklicht werden können. Es denkt niemand daran, daß die ungewöhnlichen Aufgaben, die immer im ao Budget unterzubringen sind, mit Ende 1971 abrupt aufhören werden. Vielmehr werden auch weiterhin Straßen und Brücken gebaut werden müssen. Wir haben gehört, es wird ein Übergang für Fußgänger geschaffen werden müssen am Tabor, es werden in den dicht bevölkerten Stadtteilen die Kindergärten und Schulen erweitert werden müssen und es wird die Kanalisation weiter vorangetrieben werden müssen. Es wird schon an der Planung einer Kanalisation gearbeitet und ich glaube, daß die Behörde nicht nur eine mechanische Kläranlage vorschlagen wird, sondern wahrscheinlich eine biologische, die sogar wesentlich teurer ist. Es wird auf längere Sicht auch nicht zu vermeiden sein, daß eine Müllverbrennungsanlage geschaffen wird. Ich glaube, daß eine solche Maßnahme nicht nur von der betroffenen Bevölkerung sehr begrüßt würde, sondern zur Hintanhaltung der viel diskutierten und auch von Herrn Bürgermeister angeschnittenen Umweltverschmutzung in Zukunft ein Gebot der Stunde werden wird. Wir sehen also, daß eine Menge Aufgaben der Gemeinde ins Haus stehen werden, die nicht nur groß sind, sondern vorallem teuer. Diese Aufgaben könnten bei der momentanen Gebarung nicht finanziell bewältigt werden, nicht einmal mit Kreditaufnahme. Wir ersuchen in diesem Zusammenhang Herrn Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Finanzreferent, in Zukunft einen Plan ausarbeiten zu lassen und in diesam Saale in einer Informationssitzung zur Diskussion zu stellen, woraus ersichtlich ist, welche größere Vorhaben in nächster Zeit geplant sind und wie deren Finanzierung verwirklicht werden soll. Ich glaube nämlich, daß die Gemeinderäte erst, wenn sie sich einen entsprechenden Überblick verschafft haben, über diese Vorgänge in der Lage sind, die Belastungsfähigkeit des Budgets und der Gemeinde richtig zu beurteilen. Ich darf noch hinzufügen, daß eine solche Information für alle Gemeinderäte von Vorteil wäre, nicht nur für die Minder-

heitsfraktionen, die Herr Walter Moser in seinem Tagblatt als "Besserwisser" bezeichnet.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Gemeinderat Dr. Stellnberger. Als Nächsten bitte ich Herrn Stadtrat Fürst.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Durch manche Redner aufgeworfen, geistert hier eine Sorge durch den Raum, die Sorge der Verschuldung der Gemeinde und gestatten Sie mir auch einige Worte dazu zu sagen, die auf Unterlagen und Studium von dementsprechenden Schriften basieren. Ich darf dazu sagen, die richtige Voraussetzung für die Beurteilung der Verschuldung einer Gemeinde ist eine Beurteilung ihrer Ausgaben überhaupt. Es erhebt sich in erster Linie die Frage, sind diese Ausgaben produktiv? Wären diese Ausgaben unproduktiv, müßte man sie von vornherein überhaupt ablehnen. Gesteht man einer Gemeindevertretung aber die Beeinflußung von Konjunktur und Wirtschaftswachstum zu, dann muß man die Schuldenpolitik, glaube ich, in einem anderen Licht sehen. Es gibt heute keine Stadt in unserer Größenordnung, die nicht auch große wirtschaftspolitische Aufgaben zu bewältigen hätte. Die Förderung des Bildungswesens, des Gesundheitswesens, der Ausbau des Verkehrsnetzes, die Gewerbeförderung, der Wohnbau, kurz mit einem Wort der Ausbau der Infrastruktur einer Stadt. Diese Infrastruktur ist zum größten Teil die Grundlage eines gut funktionierenden Wirtschaftsablaufes in diesem Bereich überhaupt. Zur Grenze der Verschuldung eines Gemeinwesens gibt es, glaube ich, keine endgültigen Kriterien, keine endgültige Antwort. Werden doch die Verschuldungsgrenzen von jenem Betrag bestimmt, bei dem langfristig aufgenommene Schulden im Rahmen eines ausgeglichenen und gedeckten ordentlichen Haushaltes noch zurückgezahlt werden können. Diese Grenze ist auch mit der Aufnahme von Krediten für die nächsten großen Aufgaben noch bei weitem nicht erreicht. Der Großteil unseres Haushaltes sind die Pflichtausgaben, also der ordentliche Haushalt, und somit verbleibt für alle strukturverbessernden Maßnahmen nur der Ausweg der Kreditaufnahme, also der Verschuldungspolitik. Der zweite Weg zur Beschaffung von Mitteln, die Tarifpolitik, hat sehr enge Grenzen und kann zur Bewältigung der uns zukommenden Aufgaben, großen Aufgaben glaube ich, als untauglich betrachtet werden. Es zeigt sich somit, daß der Gemeinde in den letzten Jahren durch ständig steigende Aufgaben die Hauptlast der Versorgung der Bevölkerung mit Infrastruktur, zu tragen hat und daß sich dieser Umstand natürlich auch in der Kreditaufnahme niedergeschlagen hat.

Als Referent des Zentralaltersheimes erlaube ich mir, auch einige Worte zu sagen, und zwar hat Herr Gemeinderat Dr. Gärber gesagt, man müßte durch Vergrößerung des ZAH Vorsorge schaffen, daß der Andrang halbwegs bewältigt werden kann. Sie alle wissen, was die Gemeinde Steyr in den letzten 15 Jahren gerade auf diesem Sektor geleistet hat. Es ist vielleicht interessant zu wissen, daß Steyr mit seinen 380 Pflegebetten im Vergleich zu anderen Städten auch hervorragend abschneidet. St. Pölten hat 255, Wels 377, eine vergleichbare Stadt wie Wr. Neustadt sogar nur 133 Pflegebetten.

Die Entwicklung auf diesem Gebiet, glaube ich, muß in Zukunft andere Wege gehen. Der Erfolg der Pensionistenwohnungen hat, glaube ich, diesen Weg bewiesen. Die Pensionistenwohnungen, die durch ein Service

und durch Verpflegung aufgewertet werden, ich glaube, das ist in Zukunft der Weg, worauf wir größtes Augenmerk legen müssen, daß so bald wie möglich genügend Pensionistenheime entstehen. Dann wird der Druck in die Heimabteilung des ZAH abnehmen. Es sind sogar viele Insassen, die, wenn sie die Möglichkeit hätten, mit Freude aus der Heimabteilung in die Pensionistenwohnung wechseln würden. Hingegen ist die Entwicklung auf dem Sektor der Siechenbetreuung nur im ZAH möglich. Wir haben bereits viele Pflegebetten mehr als ursprünglich in diesem Heim vorgesehen waren und es ist natürlich logisch, daß gerade die Kranken- und Siechenbetreuung qualifiziertes Pflegepersonal braucht und das legt sich natürlich auch dann im Abgang in Form von Personalkosten stark nieder. Wir sind uns bewußt, daß die Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben eine soziale Leistung an unsere alte Bevölkerung darstellt und sie auch in Zukunft eine große soziale Leistung beinhalten soll. Trotz der Erhöhungen auf dem Tarifsektor sind in den letzten 2 Jahren die Einnahmen nur um S 300.000,- gestiegen, während, infolge von Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung und des durch die Vergrößerung höheren Personalbedarfes, der Abgang im selben Zeitraum um 2 Mill. gestiegen ist.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Der Beitrag ist beendet, danke. Als Nächster spricht Kollege Wippersberger.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Einige Herren der Minderheitsfraktionen haben sich unter anderem auch wieder mit Problemen des Verkehrswesens beschäftigt und Wünsche und Kritik auf diesem Gebiet geäußert und vorgebracht. Ich darf sagen, daß die Kritik im wesentlichen eine sachliche war und die Wünsche sind zum Großteil bereits bekannt. Erlauben Sie mir aber, daß ich eingangs meiner Ausführungen ganz kurz etwas Grundsätzliches dazu sage.

Das Verkehrswesen, die Lösung der Verkehrsprobleme unserer Stadt - unser Herr Bürgermeister hat es eingangs bereits anklingen lassen - ist durch die geographische Beschaffenheit und die Beengtheit des Raumes überaus schwierig und kostspielig. Weitaus schwieriger und kostspieliger als in den meisten anderen etwa gleich großen Städten unseres Landes. Unser Herr Bürgermeister hat als Vergleich die Stadt Wels genannt. Daneben gilt es bei allen unseren Überlegungen, Bedacht darauf zu nehmen, daß das Antlitz unserer schönen Stadt, auf die wir alle so stolz sind, bewahrt wird und erhalten bleibt. Das alles aber sind Dinge, die mit dem heutigen modernen, ständig zunehmenden Verkehr nur sehr schwer in Einklang zu bringen sind. Darum ist es für die Stadtplanung und für die Kommunalpolitiker sehr schwer, richtige, alle Seiten befriedigende Lösungen zu finden und wie schon erwähnt, ist dies alles mit sehr sehr großen Kosten verbunden, mit Kosten, die weit über dem Normalmaß liegen. Ich sage das, weil man nur allzu leicht geneigt ist, über verschiedene Dinge zu kritisieren und die Schwierigkeiten, die dabei zu überwinden sind, übersieht. Wir sind uns der Notwendigkeit der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse vollauf bewußt. Aber es ist, wie in anderen Gebieten, unmöglich, alle diese Wünsche, so berechtigt sie auch sein mögen, zu erfüllen. Auch unsere Fraktion hat eine Reihe von Wünschen auf diesem Gebiet herangetragen. Es ist unmöglich, alle diese Wünsche in einem Budget unterzubringen. Das war schon bisher so, meine

Damen und Herren und das wird auch in Zukunft leider nicht anders sein. Aber daß wir ernstlich bemüht sind, Lösungen herbeizuführen, Abhilfe zu schaffen, ist aus dem Ihnen vorliegenden Budget klar ersichtlich. Noch niemals zuvor, verehrte Damen und Herren, wurden in einem Jahreshaushaltsplan unserer Stadt derart große finanzielle Mittel hiefür eingesetzt, und ich bitte Sie, dies auch in Ihren Überlegungen - Sie haben es zum Teil gemacht - entsprechend zu würdigen. Lassen Sie mich das eben Gesagte durch einige Zahlen vor Augen führen.

Während wir für 1970 für die Erhaltung, den Ausbau und den Bau von Verkehrswegen insgesamt S 16 Mill. veranschlagt haben, beträgt die Summe im kommenden Jahr S 31,5 Mill. Das ist eine Verdoppelung, das ist eine Erhöhung um 100 %. Ich möchte auf die Vorhaben im einzelnen nicht eingehen. Es würde zu weit führen. Sie haben ja den Voranschlag vor sich liegen und können ihn einsehen, um Einzelheiten zu entnehmen. Unser größtes Augenmerk gilt der Schließung des innerstädtischen Verkehrsringes. Daß es uns damit ernst ist, können Sie wohl am besten aus der Tatsache entnehmen, daß wir für den Bau der Seifentruhenumfahrung und der Hundsgrabenumfahrung im kommenden Jahr S 16 Mill. ausgeben wollen. Sie werden, werte Kolleginnen und Kollegen, bereits in wenigen Wochen, Anfang des kommenden Jahres, Gelegenheit haben, in Detailpläne Einsicht zu nehmen und Beschlüsse über die weitere Bauführung des Hundsgrabens durchführen und tätigen. Die Seifentruhenumfahrung ist bekanntlich eine Angelegenheit des Bundes. Die Gemeinde muß nur einen sehr erheblichen Teil der Mittel bereitstellen. Da die Grundablösen hiefür weitgehend getätigt sind, ist zu hoffen, daß der Bund sein Versprechen einhält und mit dem Bau der Seifentruhenumfahrung im nächsten Jahr begonnen wird. Was in unserer Macht steht, verehrte Kolleginnen und Kollegen, in dieser Richtung zielführend weiterzuarbeiten - das kann ich Ihnen versprechen - wird geschehen. Einen ebenso großen Betrag, den wir für den Bau der Hundsgrabenumfahrung und der Seifentruhenumfahrung auszugeben gedenken, wollen wir auch für die Erhaltung und den Ausbau der bereits bestehenden Verkehrswege verwenden. Sicher - da komme ich auf meine einleitenden Worte zurück - können damit nicht alle vorliegenden berechtigten Wünsche erfüllt werden. Ich muß zugeben, daß es nicht möglich ist, ich habe es bereits erwähnt. Wir bemühen uns aber, werte Kolleginnen und Kollegen, im Rahmen des möglichen echte Verbesserungen herbeizuführen. Wir haben alle vorliegenden Wünsche, sofern sie im Haushaltsplan 1971 nicht untergebracht werden konnten, gleichgültig von welcher Partei, von wem sie auch kommen, vorgemerkt und werden im Rahmen des möglichen in den kommenden Jahren einer Erfüllung zugeführt werden. Sie selbst werden dann bei den Sitzungen darüber zu entscheiden und zu beschließen haben.

Als Referent für den Städt. Wirtschaftshof und nicht zuletzt als Verkehrsreferent unserer Stadt - damit will ich zum Schluß meiner Ausführungen kommen - darf ich nochmals mit Freude und Nachdruck feststellen, daß wir uns um die Lösung der Verkehrsprobleme ernsthaft bemühen und das Budget 1971 spricht davon eine sehr deutliche Sprache. Eine Erhöhung der Budgetmittel um 100 % innerhalb eines Jahres sagt bereits alles, es bestätigt meine kurzen Ausführungen. Ich danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke. Als Nächster spricht Kollege Baumann.

STADTRAT ALFRED BAUMANN: Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich wollte mich eigentlich heute gar nicht zu Wort melden, weil ich letztes Mal in meinem Bericht über die Kindergartengebühren wirklich jedem ausreichend Auskunft gegeben habe.

Die Budgetdebatte ist heute so nett wie schon lange nicht mehr. Jeder ist so sachlich, jeder sieht es ein, daß es eine Demokratie geben soll. Ich weiß nur eines, in meiner Jugend wurde mir die Demokratie beigebracht. Ich möchte ausführen, wenn andere von Demokratie reden, wir üben sie wirklich aus.

Ich möchte sagen, daß ich mit Freude die Worte des Kollegen Wallner aufgenommen habe. Schauen Sie, Herr Kollege Wallner gehört zu einer anderen Fraktion, aber wir haben trotzdem im Bauausschuß mitsammen - jeder muß das bestätigen - immer sachlich und einwandfrei gesprochen. Ob das wir waren, ob das die anderen waren, wir sind immer auf einen Nenner gekommen und wenn wir geglaubt haben, es geht nicht, haben wir immer wieder versucht, einen Ausweg zu finden, oder wir haben es auf das nächste Mal verlegt. Er wird es bestätigen und ich danke ihm dafür, daß sachlich gearbeitet wurde. Ich möchte sagen, daß auch im Wohlfahrtsausschuß allen der Dank gebührt, weil auch hier sachlich gearbeitet wird.

Jetzt lassen Sie mich zur Demokratie sprechen. Ich weiß nur eines, daß die sozialistische Fraktion immer wieder versucht, gemeinsam - ich sage es offen heraus, mir ist das am liebsten, ganz gleich, wer es immer ist, offen und ehrlich zu sein. Da muß ich Ihnen eines sagen. Werfen Sie uns etwa vor, daß wir Sie vielleicht nicht eingeladen haben, zu irgend einer Sitzung, ich denke an den Finanz- und Rechtsausschuß. Bitte, ändern Sie Ihre Politik. Wenn Sie dort keine Stellungnahme abgeben, können Sie von uns als Sozialisten nicht verlangen, daß wir das unter uns schon ausgesprochen haben, daß man auch - das nennt man dann die Mehrheit entscheidet - obwohl wir es gar nicht wollen. Das möchte ich ausdrücklich ausführen. Sie hätten die Möglichkeit gehabt im Finanz- und Rechtsausschuß Änderungen herbeizuführen und es hätte Ihnen niemand - das spreche ich offen aus - das abgeschlagen, daß dort über das eine oder über das andere gesprochen hätte werden können, aber wenn man in diesen Ausschüssen nicht dazu Stellung nimmt, dann können Sie versichert sein, wenn ich heute im Bauausschuß keine Stellungnahme dazu abgebe und gehe hinaus und sage zum Referenten servus und nachher schimpfe ich recht, da muß ich sagen, habe ich einen Fehler begangen und nicht der Referent des Bauausschusses. Du hast in Deinen Ausführungen über die Ennsleitenschule etwas gebracht über den damaligen Baureferent, der sehr hoch in Steyr geschätzt wurde und wenn Du ihn zufällig kennen solltest, es war Vizebürgermeister Paulmayr..

Schauen Sie, die Schule ist 1955 eröffnet worden. Es werden, die herinnen sitzen, es wissen. Ich möchte dem seinerzeitigen Vizebürgermeister und Baureferenten nur aussprechen, daß er versucht hat, das Beste zu machen. Ich muß Ihnen eines sagen, die Ennsleitenschule war weit und breit im Lande OÖ eine der schönsten Schulen. Es hat - ich möchte den Namen nicht nennen - mir einer gesagt, Ihr in Steyr seid Hochstapler! Schauen Sie, man hat uns seinerzeit als Hochstapler bezichtigt und heute sagt man - das ist leicht - man hätte denken sollen, hätten wir doch 10 oder 15 Klassen dazugebaut. Das war nicht drinnen. Wir werden wahrscheinlich auch in Zukunft das nicht erledigen können. Wir werden immer wieder nach einigen Jahren gerügt werden, daß das und das andere schlecht war. Wir bemühen uns doch

gemeinsam und damals haben wir keinen gehabt, der dagegen gesprochen hätte gegen die Schule, daß vielleicht wir gesagt haben, daß die Schule zu groß ist, ist etwas anderes. Aber man muß das auch nach einigen Jahren zur Kenntnis nehmen und wir werden uns bemühen müssen, sachlich zu arbeiten und jeden, der Kritik übt, zur Kenntnis nehmen und versuchen, das Beste zu erreichen.

Kollege Moser, ich möchte nur eines sagen. Schau, von Dir freut mich Demokratie ganz besonders, weil Du mir seinerzeit einmal Demokratie beigebracht hast, Du warst einer davon. Ich möchte sagen, lieber Kollege, wir haben uns, das kannst Du unserem Bürgermeister sicher zutrauen und dem Präsidium, wirklich bemüht, alles abgeklopft, jahrelang, daß wir vom Land einen Zuschuß bekommen, ob nicht die Möglichkeit besteht, einen Zuschuß von der Bundesregierung zu bekommen usw. Wenn das bis heute noch nicht erledigt ist, wir sind dort nicht in der Mehrheit in der Landesregierung, auch heute noch nicht und ich hoffe, daß es vielleicht nächstes Jahr möglich wird, daß wir für das Personal einen gewissen Zuschuß bekommen. In NÖ. tun sie sich ganz leicht. NÖ, das wissen Sie selbst, dort wird das Personal vom Land bezahlt. Das andere, was man in die Kindergärten hineinsteckt, macht vielleicht in einem Jahr S 1 Mill. aus, das vertragen wir alle mitsammen. Die S 5 Mill. sind doch ein bißchen viel, die wir zuschießen und daher mußte bedauerlicherweise diese Regelung getroffen werden.

Lieber Kollege, Du hast die privaten Kindergärten erwähnt. Wir haben nie davor gezittert oder uns gescheut, wenn jemand gesagt hat, da bauen die Schwarzen oder die Pfarrer einen Kindergarten. Wir haben gesagt, das ist nett, daß sie auch etwas machen und auch mithelfen. Ganz offen gesagt, Sie wissen es selbst, es war vor Jahren die Rede, als die Kirche noch nicht einmal gestanden ist, daß ein Kindergarten gebaut wird. Die haben sich halt auch etwas anderes gedacht und haben gesagt, wir brauchen das Geld für etwas anderes.

Kollege Heigl hat ausgeführt und erwähnt, daß die Steyr-Werke gesagt haben, Kindergartenbau ist keine Kunst, eine einmalige Ausgabe, außer bis die Reparaturen wiederkommen und die kommen sehr rasch, aber die Personalkosten sind uns zu viel Geld, obwohl sie auch eine Verpflichtung hätten dazu. So denken halt auch andere darüber. Aber, lieber Kollege, ich möchte nur kurz mitteilen, daß wir uns bemüht haben und ich habe mit Herrn Bürgermeister gesprochen, daß man Kinder, die halbtags in den Kindergarten gehen, mit 50 % belastet, weil es doch eine Ungerechtigkeit wäre, 2/3 zu verlangen. Wir haben versucht, mit Herrn Bürgermeister zu reden, daß, wenn ein Kind krank ist oder die Familie mit dem Kind in Urlaub geht, daß wir eine Wochenberechnung machen, also keine Monatsberechnung. Sie können uns zumuten, daß wir versuchen werden, alles zu machen, was möglich ist. Wir haben heute wieder versucht, daß wir eine Lohnbestätigung vom Oktober, also nicht vom November nehmen, weil der November allerlei Zusätze, wie Weihnachtsremuneration usw. beinhaltet, da gibt es alles mögliche.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Bis 15. 12. 1970 mußte die Lohnbestätigung vorgelegt werden!

STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Ja, aber wir haben festgelegt und es wurde auch von den Kindergärtnerinnen mitgeteilt, daß die Lohnbestätigung vom Oktober gilt.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, das ist lediglich eine Erklärung des Referenten.

STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Das ist nur eine Erklärung. Schauen Sie, ich bestätige wieder, daß ich mit Ihnen gerne zusammenarbeite. Ich hätte es Kollegen Moser sagen können, er hätte das heute noch in die Zeitung gegeben. Dann hätten Sie nächstes Mal in der Sitzung gesagt, das ist eine Gemeinheit vom Referenten, das hätte er uns auch sagen können. Stimmt doch? Das machen wir so und Sie können versichert sein und ich verspreche es noch einmal, Sie können jederzeit zu mir Montag oder Donnerstag auf das Amt kommen, Sie bekommen sämtliche Unterlagen zum Durchsehen, wenn Sie daran interessiert sind. Ich habe Kollegen Moser dasselbe gesagt. Ich wünsche nur eines und würde Sie ersuchen, genauso freundlich, wie Sie heute waren zu bleiben, versuchen wir mitsammen das zu meistern, was eine Gemeinde leisten muß, um die Bevölkerung zufrieden zu stellen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Beitrag des Referenten für die städt. Kindergärten. Es spricht nun Herr Kollege Kinzelhofer.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Zu den Ausschüssen möchte ich nicht mehr sehr viel sagen, darüber hat Kollege Baumann bereits gesprochen. Ich möchte nur sagen, daß es gerade die sozialistische Fraktion war, die den kleinen Fraktionen den Sitz in den Ausschüssen gesichert hat und damit die Möglichkeit geschaffen hat, in den Ausschüssen bereits mitzuarbeiten und eine gedeihliche Arbeit zu finden.

Es freut mich, daß heute die Erklärungen von allen Fraktionen erfolgt sind, um in Zusammenarbeit alle Probleme gleichwertig zu behandeln.

Kollege Moser, selbstverständlich haben wir bei den Unternehmungen den Wirtschaftsplan überprüft, betreffs Verkehrsbetriebe. Wir haben versucht, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, wir sind dabei - Du weißt es selbst vom Gemeinderat - jedes Jahr einen Linienautobus zu kaufen, um den Personalstand zu verringern, weil die ganzen Autobusse auf Einmann-Betrieb umgestellt werden. Das schafft eine Personalverminderung und dadurch eine Einsparung der Kosten. Zum Fahrpreis möchte ich erwähnen, weil Du Bahn und Post angeführt hast, daß diese nach wie vor in demselben Bereich wie unsere Linie um S 4,- fahren, wir verlangen S 3,-. Das möchte ich festgehalten haben.

Zur Linie Waldrandsiedlung. Wir haben Deine Anregung überprüft und eine Umfrage durchgeführt. Die Bewohner der Waldrandsiedlung legen grundsätzlich Wert darauf, Donnerstag und Samstag fahren zu können, Dienstag ist die Frequenz sehr gering. Ich glaube, wenn wir dorthin einen Autobus führen würden, der vielleicht zwei oder drei Fahrgäste hat, dann würde man sagen, wir führen einen Autobus mit zu geringer Frequenz. Der Zuspruch für Dienstag ist von der Waldrandsiedlung nicht vorhanden. Das wurde von den Chauffeuren, die dort fahren, einige Male durchgefragt.

Zum Kollegen Gherbetz möchte ich sagen, betreffs Kriegerdenkmal. Du kannst mir glauben, daß ich ein Verfechter des Denkmales bin, aber leider trotz Ausschreibung, trotz Wettbewerb, kommt keine Einigung, wie das aussehen soll, zustande. Ich möchte festhalten, daß die Frage Kriegerdenkmal nicht in Vergessenheit geraten ist.

Ich danke Dir, daß Du mich unterstützt, da gibt es keinen Zweifel. Damit weiß ich, daß Du auch für das Denkmal dort bei der Kirche bist und ich glaube, daß man bei der Gestaltung doch einen Weg finden wird können, um dieses Denkmal für die Opfer des zweiten Krieges zu errichten.

Zu den Sportplätzen. Ich weiß, Du wirst alle Jahre etwas böse. Aber ich nehme das gar nicht so ernst, denn Du weißt genau, daß es 3 Dachverbände gibt, ASKÖ, Allgemeiner Turnverein und UNION. Alle 3 Dachverbände - im Stadtsenat wie im Gemeinderat ist das feststellbar - daß, wenn die Vereine Sorgen haben, sie von der Gemeinde Unterstützung bekommen. Der Vorwurf, den Du gemacht hast, daß hier politisch gehandelt wird, ich weiß nicht, ich kenne sehr viele unsere Leute, die bei der UNION sporteln, ich kenne auch Deine Leute, die beim ATSV sporteln, wenn Du es so haben willst. Beim Allgemeinen Turnverein ist es genauso, man kann das nicht auf politische Ebene hinausschieben. Eines steht fest, daß die Gemeindeverwaltung sich bemüht, den Bewohnern in ihren Gebieten Sportbetätigung zu ermöglichen. Ich glaube, daß man endlich einmal aufhört zu denken, das ist ein politischer Verein. Die Sportplätze Ennsleite oder Stein, das sind in den betreffenden Gebieten die Sportplätze für die Bevölkerung.

Es ist nicht gefragt worden, ob der Verein so oder so heißt. Das muß man einmal bedenken und versuchen, die Zufriedenheit unserer Jugend zu sehen, denn wir sprechen alle davon, die Jugend zu fördern.

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:
Warum macht man keine gleiche Beurteilung?

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOL - ZINGER:
Reiner Zufall!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:
Ich danke Herrn Kollegen Kinzelhofer für seinen Beitrag. Es hat sich nur mehr ein Diskussionsredner vorgemerkt.

Als letzter spricht Gemeinderat Schwarz.

GEMEINDERAT HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich will in Dinge eingehen, die unserer Fraktion besonders am Herzen liegen. Besonders erfreulich erscheint uns, daß das Schulwesen im Vergleich zum vergangenen Jahr um nahezu S 4 Mill. aufgestockt werden konnte. Hier fällt die Post auf, daß die Planung für die neue HAK enthalten ist. Wir wissen alle, daß wir damit sicher große finanzielle Belastungen auf uns nehmen, aber wir wissen, wie wichtig der Neubau gerade der HAK für Steyr ist und wir begrüßen diesen Entschluß ganz besonders. Den Punkt Straßenbau hat Herr Kollege Wippersberger schon sehr eingehend behandelt und ich möchte diese beiden Punkte, Straßenbau und Schulwesen, zusammenfassen und feststellen, daß hier eine Schwerpunktbildung zustande kommt, daß auch bei den Darlehensaufnahmen der weitaus größte Teil der Darlehensaufnahme für diese Zwecke verwendet werden soll. War es in den abgelaufenen Jahren die körperliche Ertüchtigung, die als Schwerpunkt gegolten hat, so soll nun in den nächsten Jahren, so glaube ich und das ist ein unbedingtes Erfordernis, der Schwerpunkt auf diese beiden Sektoren gelegt werden. Ich möchte hier auch den Wohnbau anschließen. Zur Darlehensaufnahme gestatten Sie mir noch einige kurze Worte.

Herr Vizebürgermeister Petermair hat eingangs erwähnt, daß man bei der Aufnahme von Krediten berücksichtigen soll, daß diese Kredite auf mehrere Generationen rückzahlbar

verteilt werden. Hier bin ich allerdings nicht ganz dieser Ansicht. Wir alle glaube ich können sagen, daß wir froh sind, daß unsere Vorgänger keine Schulden gemacht haben. Aber die Entwicklung, die wirtschaftliche Entwicklung, die technische Entwicklung und auch die medizinischen Fortschritte gehen in so rascher Folge vor sich, daß viele Dinge einfach ohne Darlehensaufnahme nicht abgewickelt werden können. Allerdings müssen wir, glaube ich, bei der Aufnahme von Krediten ganz besonders verantwortungsbewußt sein, denn ich glaube, es ist nicht zumutbar, wenn wir allzu große Beträge jenen, die nach uns kommen, zur Rückzahlung überlassen. Sie werden uns dankbar sein, wenn wir hier wirtschaftlich arbeiten. Es wird sicher einige Punkte geben, große Brückenbauten usw., die unter Umständen nicht anders finanziert werden können, aber im wesentlichen glaube ich doch, muß man wirklich verantwortungsbewußt handeln.

Nun möchte ich dem Kollegen Fritsch auf einen Punkt antworten, den er angezogen hat, und zwar ist das der Ersatzbau für die Werndlbaracke. Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Sie alle wissen, daß in der Werndlbaracke ursprünglich die Kinderfreunde untergebracht waren und daß der Grund durch einen Schenkungsakt dem Bund übertragen wurde und daß die Kinderfreunde damit obdachlos wurden. Es liegen Zusagen seitens der ÖVP, seitens aller anderen Fraktionen vor, den Kinderfreunden einen entsprechenden Ersatz zu bieten. Ich frage Sie, ob S 260.000,- hier wirklich zu hoch gegriffen sind? Ich möchte dazu sagen, daß das ein sehr kleiner Betrag ist, wenn man beispielsweise bedenkt, daß eine Wohnung an die S 300.000,- kostet. Es ist lediglich möglich, mit diesem Betrag wiederum eine Baracke herzustellen. Das ist, glaube ich, doch gerechtfertigt. Es ist auch ein großer Platz vorhanden gewesen und alle diese Dinge gehen verloren. Ich möchte Sie bitten, daß Sie diese Dinge so sehen, denn ein Verein, der obdachlos wurde, der eine große Mitgliederzahl hat, muß doch in der Lage sein, sein Vereinsgeschehen weiter gestalten zu können und daß die Gemeinde, wenn sie daran schuld ist, daß dieser Grund und diese Baracke verloren gingen, für einen entsprechenden Ersatz zu sorgen hat. Ich betrachte diesen Betrag als ausgesprochen niedrig. Zur Subventionspolitik wurden mehrfach hier Äußerungen getan. Meine Herren Kollegen von der anderen Fraktion, ich kann Ihnen, wenn Sie wollen, jedem einzelnen von Ihnen, eine Ablichtung einer Liste übermitteln, die die Subventionen, die auf Bundesgebiet oder auf Landesebene ausgegeben wurde, enthält und wo man die Gliederung genau feststellen kann, wie die einzelnen Richtungen beteilt wurden. Ich möchte keine Zahlen nennen, aber z. B. auf Bundesebene sind die Naturfreunde vom Bundesministerium für Unterricht mit einer Subvention bedacht worden, die einfach lächerlich ist und auf der anderen Seite viele Millionenbeträge für ihre Organisationen ausgegeben wurden. Ich glaube, diese Dinge sollte man nicht in den Mund nehmen. Bei der Subventionsvergabe glaube ich, daß man doch auch die Bevölkerungsstruktur in irgend einer Form zu berücksichtigen hat. Im abgelaufenen Jahr, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurden auch des öfteren heftige Debatten geführt und es kam zu Meinungsverschiedenheiten. Nicht immer herrschte Einmütigkeit.

Herr Vizebürgermeister Petermair hat eingangs in seiner Grundsatzerklärung die Zusammenarbeit besonders hervorgestrichen und ich möchte namens der sozialistischen Fraktion hier erklären, daß die Sozialisten immer für die Zusammenarbeit gewesen

sind. Nur eines, liebe Freunde und Kollegen, möchte ich auch ausführen. Jede Partei, die hier vertreten ist, vertritt einen gewissen Wählerkreis. Sie können von uns als Sozialisten nicht verlangen, daß wir nicht im Sinne dieser Wähler, die uns die Stimme gegeben haben, handeln. Wir haben in manchen Dingen grundsätzliche Auffassungen und diese Wählermeinungen werden wir auch in den Verhandlungen immer wieder vertreten. Es kann trotzdem auch dann zu einer guten Zusammenarbeit kommen. Ich möchte damit schließen, in der Hoffnung auf ein gemeinsames Wirken im kommenden Jahr zum Wohle aller.

Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, recht frohe Festtage und ich möchte auch den Bediensteten für die im abgelaufenen Jahr geleistete Arbeit namens der sozialistischen Fraktion den herzlichsten Dank zum Ausdruck bringen und ihnen frohe Festtage und ein gutes neues Jahr wünschen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Gemeinderat Schwarz für seinen Beitrag.

Da keine Wortmeldungen mehr erfolgt sind, darf ich die Rednerliste abschließen. Ich bitte nun Herrn Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Finanzreferent, das Schlußwort zu ergreifen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Fürchten Sie keine Diskussionserwiderung von mir! Ich kann Sie hier beruhigen. Es ist gar nicht möglich, eine Erwiderung auf die breit gefächelte Diskussion von hier aus überhaupt zu führen. Eines steht fest, die Wünsche, die im Rahmen dieser Diskussion heute zum Vortrag gebracht wurden, umfassen ungefähr ein weiteres Budget, das wir natürlich nicht in der Lage sind, zu erstellen. Aber wir wissen genau, daß eben die Budgetdebatte überall und auch bei uns bestens geeignet ist, alle diese Wünsche zu dokumentieren und vorzutragen. Wir werden sehr aufmerksam das Protokoll dieser Sitzung lesen und aus diesem Lesen des Protokolls auf eine große Zahl dieser Wünsche, glaube ich, im kommenden Jahr und vorallem bei der Erstellung des nächsten Haushaltsvoranschlages eingehen. Eines kann ich auch hier versprechen. Es ist auch ein Wunsch durchgeklungen, dem wir gerade in der letzten Zeit schon etwas mehr Raum gegeben haben, und zwar die Information. Es ist richtig, daß eine Information viele Mißverständnisse beseitigen kann. Wir werden neben fraktionellen Tagungen vielleicht doch auch öfter uns zu Informations-Sitzungen zusammenfinden. Ich glaube, daß das ein Instrument sein wird und kann, das gerade die Arbeit bei uns in der Gemeindestube wesentlich verbessern kann. Ich halte es für richtig, jetzt nicht auf Details der Diskussion einzugehen. Ich will nur vielleicht stellvertretend zwei Dinge anführen.

Vielleicht das eine, um Fehlmeinungen zu beseitigen, das ist die Situation - Kollege Dr. Stellnberger hat sie uns vorgetragen - der Tilgung der Schulden. Sie sind von der Voraussetzung, die kaufmännisch sicher annehmbar ist, ausgegangen, und zwar von der Verzinsung von Fremdmittel. Wir wissen aber, wenn Sie gerade den Abschnitt Schuldendienst in unserem Haushaltsvoranschlag studieren, werden Sie sehen, daß hier die effektive Höhe der Tilgung von Kapitalien wesentlich niedriger im Durchschnitt erscheint, als sie auf dem Kapitalmarkt sich zeigen. Schon die Ziffer allein, wir haben zur Bedeckung tatsächlich nur rund S 4 Mill. einzusetzen, weil ein Großteil der Kredite gefördert wird, ein Großteil der Kredite an und für sich Bedingungen günstigerer Art hat, sodaß die durch-

schnittliche Verzinsung eben wesentlich unter dem auf dem kommerziellen Kreditmarkt vorhandenen liegt.

Zur Situation Schulden auf kommende Generationen umzuwälzen. Hier muß ich sagen, ist automatisch auch schon ein Riegel vorgeschoben, weil die Laufzeit unserer Kredite im Durchschnitt unter 20 Jahren, zum Teil wesentlich kürzer, liegt, mit Ausnahme der Wohnbaukredite und die hat nicht der Gemeindehaushalt, sondern der Mieter im großen und ganzen zu decken.

Zu einem zweiten Problem, das auch wieder stellvertretend für viele angeführte Diskussionsbeiträge ist, ist das Problem unserer Stahlbrücken. Vielleicht darf ich das mit einem Wortspiel beantworten: Arme Leute doppeln ihre Schuhe mehrmals, bevor sie sie wegwerfen. Ich glaube, das ist auch auf unsere Brücken zutreffend, bevor wir uns neue leisten können.

Sie haben im Rahmen der Diskussion auch die Zustimmungserklärung gegeben und ich bitte den Vorsitzenden in der Form, daß er den Ihnen schon vorgetragenen Antrag zur Abstimmung bringt, auch diese Dokumentation Wirklichkeit werden zu lassen.

Ich darf Ihnen nochmals recht herzlich für das Verständnis, das Sie unserem Haushaltsvoranschlag und damit der ganzen finanziellen Gebarung und Führung unserer Gemeinde entgegengebracht haben. Die Diskussion hat es, glaube ich, auch wenn sie manchmal kritisch war, zum Ausdruck gebracht.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für das Schlußwort des Bürgermeisters. Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung über den gestellten Antrag, der den Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1971 beinhaltet. Es sind hier alle genannten Teile in einem enthalten und ich bitte daher, wer für den gestellten Antrag eintritt, ein Zeichen mit der Hand als Zustimmung zu geben. Danke. Es erübrigt sich eine Gegenprobe, da wir die Einstimmigkeit schon festgestellt haben.

Ich darf allen herzlich für die Zustimmung danken, zumal sich gerade im Vorjahr gezeigt hat, daß keine Einigkeit bestanden hat. Damit hat sich die sachliche Diskussion über unseren Tagesordnungspunkt erschöpft.

Ich möchte noch eine Mitteilung machen, meine Damen und Herren des Gemeinderates.

Der Herr Bürgermeister als Referent hat in seinem Schlußwort erwähnt, daß die Informationstätigkeit im Gemeinderat gefördert werden soll. Ein erster Ansatz dazu ist bereits insofern getroffen, daß wir den Gemeinderat einladen werden, am 8. 1. 1971 um 8 Uhr an einer außerordentlichen Informationssitzung hier im Gemeinderatssaal teilzunehmen. Bei der Sitzung soll eine sehr ausführliche Information und Diskussion über das sogenannte Hundsgrabenprojekt erfolgen. Es sind auch bereits Bestrebungen im Gang, das wird zu diesem Termin zwar nicht mehr möglich sein, aber zu einem späteren Termin, zur Vorstellung an die Öffentlichkeit, ein Modell anfertigen zu lassen, das es dem Beschauer ermöglicht, zu erkennen, welche Erfordernisse diese Hundsgrabenumfahrung mit sich bringt und wir werden bei dieser Tagung am 8. 1. 1971 - so hoffe ich jedenfalls - uns einigen, damit wir den Baufortschritt, der schon sehr dringend geworden ist - das wurde von einigen Rednern erwähnt - nicht mehr hemmen und nunmehr zügig dieser Bau vorangetrieben werden kann.

Ich darf nunmehr als Vorsitzender der heutigen Gemeinderatsitzung und namens des Präsidiums die Gelegenheit ergreifen, Ihnen allen die besten Wünsche zu den bevorstehenden

Festtagen übermitteln, insbesondere aber auch für das kommende Jahr ein gutes Beginnen, Gesundheit und recht viel Erfolg für unsere gemeinsame Arbeit wünschen.

Ich möchte diese Wünsche auch erweitern auf das heute oft zitierte Personal und möchte den Bediensteten des Hauses in allen Dienststellen und ihrer Personalvertretung ebenfalls herzlich danken für die geleistete Arbeit in diesem Jahr, möchte wünschen und hoffen, daß die gemeinsame Dienstleistung an unserer Stadt Steyr im kommenden Jahr gleich erfolgreich fortgesetzt wird. Es stehen uns im Jahre 1971 - das Budget hat es gezeigt - eine ganze Reihe neuer Aufgaben bevor. Es werden auch neue Sorgen herangetragen. Diese werden wiederum die Meinungen manchmal hochtreiben, aber all das bringt uns neue Verantwortung. Ich glaube, es gerade jetzt aussprechen zu dürfen, nach dem Ablauf dieser heute sehr gut verlaufenen Budgetdiskussion, daß wir die parteipolitischen Erfordernisse natürlicherweise als Fraktionen vertreten, daß wir aber, glaube ich, übergeordnete kommunalpolitische Verantwortung haben. In diesem Sinne hoffe ich und glaube ich, nicht fehl zu gehen, im Namen aller Gemeinderäte zu sprechen, daß im kommenden Jahr die gemeinsame Arbeit weitergeführt werden kann, daß wir zu einhelligen Beschlüssen kommen und daß es vielleicht auch möglich sein wird, in den Ausschüssen eine pfleglichere Arbeit in manchen Punkten als bisher zu erreichen und wenn das geschieht, dann tun wir es im Dienste der Steyrer und im Dienste unserer Berufung für die Stadt Steyr.

Ich darf Ihnen damit herzlich danken für Ihre Mitwirkung und die heutige Sitzung als geschlossen erklären.

Ende der Sitzung: 18.45 Uhr.

DER VORSITZENDE:

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

DIE PROTOKOLLPRÜFER: